



**Sitzung des Rats des EVTZ
Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau**

5. September 2013

Landratsamt Ortenaukreis

Badstraße 20

77652 OFFENBURG

15.00 – 17.00 Uhr

Sitzungsprotokoll

Liste der Teilnehmer:

Herr Jacques BIGOT, Herr Gerhard BORCHERT, Herr Matthias BRAUN, Herr Henri BRONNER, Frau Andrée BUCHMANN, Frau Françoise BUFFET, Herr Yves BUR, Herr Hermann BURGER, Herr Dr. Walter CAROLI, Herr Dr. Karl-Heinz DEBACHER, Herr Dr. Christian DUSCH, Herr Bernard EGLES, Herr Dr. Alexandre FELTZ, Herr Alain FONTANEL, Herr Jean-Louis FREYD, Herr Jürgen GIEßLER, Herr Robert HERRMANN, Herr Alain JUND, Herr Willy KEHRET, Frau Fabienne KELLER, Herr Bruno METZ, Herr Dr. Wolfgang G. MÜLLER, Herr Klaus-Peter MUNGENAST, Herr Klaus MUTTACH, Herr Jürgen OßWALD, Frau Nawel RAFIK-ELMRINI, Frau Anne-Pernelle RICHARDOT, Herr Roland RIES, Herr Frank SCHERER, Frau Edith SCHREINER, Frau Sonja SCHUCHTER, Herr Richard SCHÜLER, Frau Eveline SEEBERGER, Herr Dr. Claus-Dieter SEUFERT, Herr Michael WELSCHE, Herr Wilhelm WUNSCH

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Präsidenten und Eröffnung der Sitzung

Herr SCHERER begrüßt die Teilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

1.1 Verabschiedung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist identisch mit der Tagesordnung der Sitzung vom 27. Juni 2013 und wird so verabschiedet.

1.2 Annahme des Protokolls

Das Protokoll der Ratssitzung vom 14. März 2013 wird einstimmig angenommen.

Herr Scherer weist auf das Protokoll der Sitzung der Ratsmitglieder vom 27. Juni 2013 hin, das zur Dokumentation von politischem Austausch und Arbeitsanweisungen an das Generalsekretariat erstellt wurde. Das Protokoll wird von allen Ratsmitgliedern angenommen.

2. Bericht aus dem Vorstand (Vorstandssitzung vom 16. Mai 2013)

Herr SCHERER verweist auf das Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2013 sowie auf die Liste von Projektförderungen und Mikroprojekten, die den Sitzungsunterlagen beiliegt.

3. Politik

3.1 Änderungen der Satzung aufgrund der Gebietserweiterung

Die Satzung des EVTZ Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau muss zur Gebietserweiterung um den Gemeindeverband der Gegend Erstein, den Gemeindeverband der Gemeinden des Rheins sowie den Gemeindeverband Benfeld und Umgebung geändert werden. Dies betrifft folgende Punkte:

1. Die Hinzufügung der neuen Kommunen in der Liste der Mitglieder
2. Die Verteilung der Sitze verschiebt sich auf französischer Seite: Die Stadtgemeinschaft Straßburg gibt 3 von 24 Sitzen im Rat an die neuen Mitglieder ab und einen Sitz von 7 im Vorstand.
3. Die Beiträge werden auf französischer Seite neu aufgeschlüsselt.

Weiterhin soll durch eine Satzungsänderung die Möglichkeit eines Umlaufverfahrens auf Ebene des Vorstands eingeführt werden.

Herr Dr. MÜLLER betont die Bedeutung dieses Schritts der Gebietserweiterung für den Eurodistrikt und weist auf die neuen Partnerschaftsmöglichkeiten hin.

Herr MUTTACH wirft die Frage auf, ob für Beschlüsse im Umlaufverfahren die einfache Mehrheit gilt, oder wie in der deutschen Gemeindeordnung das Prinzip der Einstimmigkeit. Herr SCHERER bittet um Klärung mit Juristen bis zur nächsten Ratssitzung.

Die Satzungsänderung zum Beitritt der neuen Gemeindeverbände wird einstimmig beschlossen.

Die Satzungsänderung zur Einrichtung des Umlaufverfahrens wird ebenfalls einstimmig beschlossen.

❖ Jubiläumsveranstaltung (50 Jahre Elysée-Vertrag) im Beisein von Europaminister Friedrich zum Thema berufliche Bildung am 5. November 2013

Zu diesem Informationspunkt wird auf das Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2013 verwiesen.

4. Projekte

4.1 Gesundheit: prioritäre Projekte und Umsetzung

Im Anschluss an die beim Europäischen Zentrum für Verbraucherschutz beauftragte Studie zur Einrichtung einer Pilotregion für den Zugang zu grenzüberschreitenden medizinischen Leistungen (PZGML) sollen, zusätzlich zum bereits beschlossenen Bereich der Krebsbehandlung, drei weitere Kooperationsbereiche beschlossen werden:

- Bildgebende Verfahren (zumindest im Bereich der Krebsbehandlung)
- ambulante Chirurgie
- Notfallversorgung im Bereich der Neurologie

Ziel ist es

- 1) für Patienten langfristig eine grenzüberschreitende Behandlung leichter möglich zu machen;
- 2) komplementäre Infrastruktur grenzüberschreitend zu nutzen, um die Schaffung doppelter Infrastruktur und die damit verbundenen Kosten zu vermeiden.

Mit dem Beschluss soll außerdem ein Budget zur Umsetzung aller Kooperationsbereiche von bis maximal 80.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Frau RIEDEL fasst die bisherigen Schritte zur Einleitung der Kooperation zusammen:

- Mai 2013: Besprechung mit den französischen Akteuren. In der Folge sendete die Agence Régionale de Santé (ARS) ein Schreiben mit ihrer grundsätzlichen Einverständniserklärung zur Kooperation.
- Juli 2013: Besprechung mit den deutschen Akteuren. Grundsätzliches Interesse an einer Kooperation, Notwendigkeit der Erstellung des Katalogs der betroffenen Leistungen.
- Vorgesehen für Oktober 2013: Treffen der deutschen und französischen Leistungserbringer. Erstellung eines Leistungskatalogs.
- Im Anschluss: Besprechung mit allen Akteuren zur Vorbereitung einer Kooperationsvereinbarung.

Herr BUR ruft dazu auf, der Öffentlichkeit nicht das Bild zu vermitteln, dass in absehbarer Zeit eine grenzenlose Behandlung im Gesundheitsbereich möglich sein wird. Die geplanten Kooperationsabkommen werden zunächst nur wenige Patienten betreffen, können aber ein erster Schritt sein.

Herr RIES erinnert an die langfristige Orientierung des Projekts. Ein Vorankommen ist Schritt für Schritt möglich. Langfristig ist es wichtig, Investitionen im Gesundheitsbereich auch über die Grenze hinweg abzustimmen, sodass (1) Infrastrukturen grenzüberschreitend genutzt werden können und (2) keine doppelten Infrastrukturen geschaffen werden. Beispielsweise wird in Strasbourg durch die Zusammenlegung von drei bestehenden Kliniken eine neue Klinik im Viertel Port du Rhin entstehen. Diese sollte auch Patienten der anderen Rheinseite offen stehen können.

Herr Dr. FELTZ betont, dass es die Aufgabe der Politik ist, Visionen zu schaffen und diese langsam aber sicher umzusetzen, allen politischen und administrativen Schwierigkeiten zum Trotz.

Frau KELLER schlägt vor, Arbeitsgruppen zur Begleitung der identifizierten Kooperationsbereiche einzurichten.

Herr SCHERER erklärt, dass bei der Umsetzung u.a. verschiedene juristische Gesichtspunkte zu beachten sind, weshalb professionelle Unterstützung für die Arbeitsgruppe des Eurodistrikts gefunden werden wird. Er bestätigt, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik ein ehrgeiziges Projekt ist.

Herr Dr. SEUFERT weist auf die Eröffnung der grenzüberschreitenden Substitutionspraxis in Kehl am 17. September 2013 hin. Hier wurde erstmals in einer deutschen Praxis ein französisches Behandlungssystem, die sogenannte „Microstructure“, eingeführt. Er betont, dass es in der grenzüberschreitenden Kooperation im Gesundheitsbereich auch um den Austausch von Wissen geht.

Herr BUR bestätigt, dass es ein großer Schritt ist, dass ein Behandlungssystem auf das andere Land übertragen wurde und dies von der Landesregierung Baden-Württemberg unterstützt wurde. Er unterstreicht, dass der Eurodistrikt stolz darauf sein kann, an diesem Schritt beteiligt gewesen zu sein.

Der Beschluss „Gesundheit: prioritäre Projekte und Umsetzung“ wird einstimmig angenommen.

4.2 Ergebnisse und Folgerungen aus dem Eurodistrikt-Konvent (Strategie für Zweisprachigkeit und Bildung)

Im März 2013 hat der erste Eurodistriktkonvent stattgefunden in dem mit den Bürgern des Eurodistrikts Entwicklungsvorschläge für die Bereiche Mobilität, Bilingualität, Kultur und Sport erarbeitet wurden. Von Seiten der Bürger wurde dabei besonders das Thema Bilingualität hervorgehoben.

Daher wird dem Eurodistriktrat nun eine Strategie für Bildung und Bilingualität zum Beschluss vorgeschlagen. Teil dieser Strategie ist

- die Organisation des nächsten Eurodistriktforums zum Thema Zweisprachigkeit;
- Erweiterung des Fonds für grenzüberschreitende Klassenfahrten zu einem Fonds für Bildung und Bilingualität (geringe Nutzung des bisherigen Fonds aufgrund anderer, attraktiverer Fördermöglichkeiten für Klassenfahrten);

- Einrichtung eines Projektwettbewerbs, mit dem Projekte zur Förderung der Bilingualität im Gebiet des Eurodistrikts ausgezeichnet und auch finanziell unterstützt werden können;
- Information der Schulen im Gebiet des Eurodistrikts über die Fördermöglichkeiten des Eurodistrikts im Bereich der Zweisprachigkeit;
- Weiterhin der politische Einsatz des Eurodistrikts für Zweisprachigkeit auf beiden Seiten des Rheins.

In Zusammenhang mit den Vorschlägen der Bürger im Konvent informiert Herr SCHERER zusätzlich über Aktivitäten in den Themenbereichen:

- Kultur und Sport: Hier liegen viele Projektförderungen vor, es besteht kein Nachholbedarf
- Mobilität: Die Studie zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau ist ausgeschrieben. Noch im laufenden Jahr soll ein Vorschlag zur Vergabe der Studie gemacht werden. Es geht darum, Optimierungsmöglichkeiten, auch im Hinblick auf eine eventuelle Brücke auf der Höhe Lahr-Erstein/Benfeld auszumachen. Wenn diese mit ihren Kosten identifiziert sind, kann besprochen werden, inwieweit der Eurodistrikt sich aus seinem Budget an der Verbesserung des grenzüberschreitenden ÖPNV beteiligt.

Der Beschluss zur Strategie für Zweisprachigkeit und Bildung wird einstimmig angenommen.

5. Operatives Geschäft/Verwaltung des EVTZ

Zu diesem Informationspunkt wird auf das Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2013 verwiesen.

6. Sonstiges

Herr RIES schildert seinen Eindruck der Gedenkfeier in Oradour-sur-Glane. Die Tatsache, dass sich der Präsident Frankreichs und der Präsident Deutschlands am Ort eines grausamen Kriegsverbrechens treffen, war ein bewegender Moment. Präsident Hollande und Präsident Gauck haben beide herausragende Reden gehalten, und auch die Zwangsrekrutierung von Elsässern und Mosellanern in die Wehrmacht und die Waffen-SS sowie den Elysée-Vertrag wurden angesprochen.

Fabienne KELLER, die ebenfalls an der Zeremonie teilgenommen hatte, empfand den Moment gleichfalls als ein starkes Zeichen für die deutsch-französische Freundschaft.

Herr SCHERER schließt die Sitzung um 16.15 Uhr.

Frank Scherer
Präsident des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau



Ratssitzung 5. September 2013

Landratsamt Ortenaukreis
Badstraße 20
77652 OFFENBURG

15.00 – 17.00 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Präsidenten

- 1.1 Verabschiedung der Tagesordnung
- 1.2 Annahme des Protokolls der Ratssitzung vom 14. März 2013

2. Bericht aus dem Vorstand (16.05.2013)

3. Politik

- 3.1. Änderung der Satzung aufgrund der Gebietserweiterung

4. Projekte

Eigene Maßnahmen und Beteiligungen des Eurodistrikts

- 4.1 Gesundheit : prioritäre Projekte und Umsetzung (ZOAST)
- 4.2 Ergebnisse und Folgerungen aus dem Eurodistrikt-Konvent (Strategie für Zweisprachigkeit und Bildung)

5. Sonstiges

Tagesordnung (Anlage)

Protokoll (Anlage)

Projektliste (Anlage)

Beschlussfassung (Anlage)

Beschlussfassung (Anlage)

Beschlussfassung (Anlage)



**Ratssitzung des EVTZ
Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau
14. März 2013**

Schwarzwaldhalle
Oberkircher Straße 26
APPENWEIER

15.00 – 17.00 Uhr

Sitzungsbericht

Teilnehmer :

Herr Jean-Marie BEUTEL, Herr Henri BRONNER, Frau Françoise BUFFET, Herr Herrmann BURGER, Herr Dr. Walter CAROLI, Herr Bernard EGLES, Herr Dr. Alexandre FELTZ, Herr Alain FONTANEL, Herr GISSLER, Herr Günter GORECKY, Herr Robert GROSSMANN, Herr Robert HERRMANN, Herr Klaus JEHLE, Herr Alain JUND, Herr Willy KEHRET, Herr Peter KIEFER, Herr Bruno METZ, Herr Dr. Wolfgang G. MÜLLER, Herr Klaus-Peter MUNGENAST, Herr Klaus MUTTACH, Herr Jürgen OSSWALD, Herr Norbert REINHARDT, Herr Roland RIES, Herr Frank SCHERER, Herr Eric SCHULTZ, Frau Edith SCHREINER, Frau Sonja SCHUCHTER, Herr Richard SCHÜLER, Herr Dr. Claus-Dieter SEUFERT, Herr Wilhelm WUNSCH.

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Präsidenten

Herr SCHERER begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und schlägt vor, die Sitzung trotz der Abwesenheit einiger im Verkehr feststeckender Ratsmitglieder, zu eröffnen. Er weist darauf hin, dass jene Tagesordnungspunkte, die zur Abstimmung gebracht werden und daher die Beschlussfähigkeit des Gremiums erfordern, nach Ankunft aller Mitglieder, die ihre Teilnahme an der Sitzung angekündigt haben, besprochen werden, wenn der Rat beschlussfähig ist.

Aufgrund der Abwesenheit des jüngsten Mitglieds dieses Gremiums bittet Herr SCHERER den Ratsältesten, Herrn Dr. SEUFERT, die Teilnehmer aufzurufen. Auf beiden Seiten ist das Quorum aufgrund der Verspätung einiger Mitglieder noch nicht erreicht. Herr SCHERER schlägt daher vor, die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt „2. Bericht aus dem Vorstand“ zu eröffnen, der keine Beschlussfassung erfordert.

2. Bericht aus dem Vorstand (14.02.2013)

Herr SCHERER weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern eine Übersicht über die in der Vorstandssitzung vom 14. Februar zur Abstimmung gebrachten Förderanträge zur Verfügung gestellt wurde.

Herr SCHERER begrüßt die Entscheidung des Eurodistriktvorstands, dem Projekt „Taskforce Rente“ eine Förderung in Höhe von 10.000 Euro zu gewähren. Dieses Projekt besteht in einer Verstärkung der personellen Ausstattung der INFOBEST-Einrichtungen am Oberrhein, insbesondere des Büros Kehl-Straßburg, um der steigenden Anzahl an Anfragen bezüglich die Doppelbesteuerung von Rentnern mit Wohnsitz in Frankreich, die in Deutschland gearbeitet haben, Herr zu werden. Betroffen sind 30.000 Rentner mit Wohnsitz im Elsass. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 80.000 Euro.

Herr SCHERER lädt die Ratsmitglieder ein, Fragen zu den anderen in der Vorstandssitzung am 14. Februar diskutierten Themen zu stellen. Da keine Reaktion erfolgt, dankt Herr SCHERER den Ratsmitgliedern und schließt den Tagesordnungspunkt 2.

Herr SCHERER begrüßt Herrn RIES und die anderen Personen, die während der Diskussion des Tagesordnungspunkts 2 angekommen sind. Das Gremium ist damit beschlussfähig.

Herr SCHERER begrüßt ebenfalls Herrn LEGGE, Konsul der Bundesrepublik Deutschland, und Herrn VON DROSTE HÜLSHOFF, Leiter der Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten im Regierungspräsidium Freiburg.

1.1 Verabschiedung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig verabschiedet.

1.2 Annahme des Protokolls der Ratssitzung vom 13. Dezember 2012

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

3. Politik

3.1. Haushalt

3.1.1. Wahl eines Mitgliedes des Rates für den Vorsitz der Annahme des Jahresabschlusses und der Jahresrechnung 2012

Herr SCHERER weist darauf hin, dass in Übereinstimmung mit der französischen Rechtsprechung, welcher der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau untersteht, ein Dritter den Vorsitz der Annahme des Jahresabschlusses und der Jahresrechnung 2012 führen und er sich in seiner Funktion als Präsident des Eurodistrikts zurückziehen müsse. Der Rat überträgt Herrn Dr. SEUFERT den Vorsitz der Annahme des Jahresabschlusses 2012 und der Jahresrechnung 2012 des Eurodistrikts. Herr SCHERER zieht sich zurück.

3.1.2. Jahresabschluss 2012

Herr Dr. SEUFERT fragt die Ratsmitglieder, ob Sie den Bericht von Herrn Thierry LOUTON annehmen.

Er weist darauf hin, dass die Ausgaben des Eurodistrikts für das Jahr 2012 in der Kostenstelle Investitionen auf 19.507,88 Euro geschätzt werden, während sich die Ausgaben auf 85.729,74 Euro belaufen. Das Ergebnis des Geschäftsjahres in der Kostenstelle Investitionen beträgt 66.221,86 Euro.

In der Kostenstelle Betrieb werden die Ausgaben auf 929.806,48 Euro geschätzt. Die Einnahmen belaufen sich auf 850.000,00 Euro. Das Ergebnis des Geschäftsjahres in der Kostenstelle Betrieb ist -79.806,48 Euro. Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2012 liegt bei -13.584,62 Euro.

Herr Dr. SEUFERT stellt den Jahresabschluss 2012 zur Abstimmung durch die Versammlung. Es gibt zwei Enthaltungen. Der Jahresabschluss wird angenommen.

3.1.3. Jahresrechnung 2012

Das Geschäftsjahr 2012 wurde mit einem Gesamtüberschuss in Höhe von 691.133,62 Euro geschlossen. Dieser Überschuss setzt sich einerseits aus dem Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe 681.969,65 Euro und andererseits aus dem Überschuss dem Vermögengshaushalt mit einem Betrag von 9.163,97 Euro zusammen.

Herr Dr. SEUFERT stellt die Jahresrechnung 2012 zur Abstimmung durch die Versammlung. Es gibt zwei Enthaltungen. Die Jahresrechnung wird angenommen.

Herr Dr. SEUFERT dankt den Ratsmitgliedern und überträgt den Vorsitz wieder Herrn SCHERER.

3.1.4. Haushaltsplan 2013

Herr SCHERER kehrt zurück und dankt Herrn Dr. SEUFERT. Er korrigiert die deutsche Übersetzung des Titels des Punktes 3.1.4. der Tagesordnung. Es handele sich nicht um einen „vorläufigen Haushalt 2013“, sondern um einen „Haushaltsplan 2013“.

Herr SCHERER weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder in Übereinstimmung mit der französischen Rechtsprechung unter den Sitzungsunterlagen das Dokument „M14 Haushaltsplan“ sowie eine Art Übersetzung des Haushaltsplans in eine politische Sprache zur Hand haben. Letztere setzt sich wiederum aus zwei Dokumenten zusammen: einer Tabelle mit dem Titel „COMPARAISON ANNEES PRECEDENTES / VERGLEICH VORJAHRE“ und einer Tabelle mit dem Titel „PREVISIONS 2013 / HAUSHALTSPLAN 2013“. Diese Tabellen stellen die Ausgaben nach Themen sortiert dar und verbessern so die Lesbarkeit des Dokuments M14.

Herr SCHERER weist darauf hin, dass der an diesem Tag vorgestellte Haushalt bereits in einer „Grundsatzdebatte über den Haushalt“ (débat d'orientation budgétaire) in der Ratssitzung am 13. Dezember 2012 behandelt wurde. Der am heutigen Tag vorgelegte Haushalt sei mit dem in dieser Grundsatzdebatte vorgestellten Haushalt identisch, mit Ausnahme zweier nachfolgend beschriebener Änderungen:

Die erste Änderung betrifft den Restbetrag 2013 (auf das Jahr 2014), der um ungefähr 100.000 Euro niedriger liegt als in der Grundsatzdebatte über den Haushalt vorgesehen. Dies kann damit erklärt werden, dass es sich um eine Schätzung nach den ersten zehn Monaten des Geschäftsjahres mit Hochrechnung auf die verbleibenden beiden Monate handelte. Tatsächlich waren einige Rechnungen noch nicht bezahlt oder eingegangen. Ebenso lagen einige durch die Projektträger eingereichte Förderanträge, für die eine auf mehrere Jahre verteilte Auszahlung der Fördersumme beschlossen wurde, noch nicht vor.

Die zweite Änderung betrifft das Hinzufügen einer Haushaltslinie „Mikroprojektfonds“ in dem Dokument „PREVISIONS 2013 / HAUSHALTSPLAN 2013“. Sämtliche Verwaltungskosten des Mikroprojektfonds (sowohl die Personalkosten als auch die Ausgaben für die Organisation von Informationsabenden) werden in dieser Linie verbucht. 50 % dieser Ausgaben werden im Rahmen des Programms „INTERREG Oberrhein“ erstattet.

Alle anderen Punkte stimmen mit dem Dokument überein, das der Grundsatzdebatte über den Haushalt im Dezember 2012 zugrunde lag.

Herr SCHERER weist darauf hin, dass Frau ARANEDER, Finanzdirektorin der Stadt und des Stadtverbands Straßburg, anwesend ist und falls nötig auf eventuell aufkommende Fragen antworten kann.

Herr SCHERER eröffnet die Debatte. Er erteilt Herrn GROSSMANN, welcher sich äußern möchte, das Wort.

Herr GROSSMANN dankt dem Präsidenten. Er weist darauf hin, dass er sich bei der Annahme des Jahresabschlusses und der Jahresrechnung enthalten habe, da er die Dokumente erst 24 Stunden vor der Sitzung erhalten hatte, so dass er diese nicht mehr mit der nötigen Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen konnte, um sich in der heutigen Sitzung zu diesem Thema zu äußern. Hinsichtlich des Haushalts weist er darauf hin, dass nur ein Drittel des Haushalts für Maßnahmen zur Verfügung steht und zwei Drittel für den Betrieb. Dies hält er für unzureichend.

In Hinblick auf den Haushalt fragt Herr GROSSMANN, was mit „eigene Projekte und Projektbeteiligungen“ und „Förderprojekte“ gemeint sei. Außerdem möchte er wissen, was genau sich hinter dem in dem Dokument erwähnten „Substitutionsprojekt“ verberge. Schließlich möchte er wissen, ob die Erstellung einer neuen partizipativen Internetseite bedeute, dass die alte Seite deaktiviert wird, oder ob es sich um eine zweite Seite handle. Es gibt eine gewisse Anzahl grenzüberschreitender Seiten sowohl von Vereinen als auch von Privatpersonen und er möchte wissen, ob besagte Seite mit den bereits bestehenden Projekten in Konkurrenz stehe. Der für die im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums des Elysee-Vertrages durchgeführten Aktionen bereitgestellte Betrag in Höhe von 5.000 Euro scheint ihm für ein Ereignis dieser Bedeutung gering zu sein.

Herr SCHERER führt aus, dass er in den letzten Monaten große Fortschritte in Bezug auf die Sitzungsunterlagen festgestellt habe. Er dankt dem Generalsekretariat, zumal die personelle Ausstattung gering sei. Er weist darauf hin, dass die Generalsekretärin später genauer auf die Anmerkung zur Bereitstellungsfrist der Sitzungsunterlagen antworten könne.

In Bezug auf den Verwaltungshaushalt wurde die Frage bereits bei der vorherigen Vorstandssitzung und der vorherigen Ratssitzung diskutiert. Ergebnis dieser Diskussionen war, dass der Haushalt relativ gut ausgeglichen ist und dass man den Eurodistrikt nicht mit Verwaltungsstrukturen mit anderen Zuständigkeiten und in anderen Kontexten vergleichen darf, sondern eher mit anderen Eurodistrikten, die eine vergleichbare Struktur aufweisen. Hinsichtlich der Betriebsausgaben des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau stehen die Personalkosten mit 34 % des Gesamthaushalts an erster Stelle. Innerhalb des Eurodistrikts Regio Pamina belaufen sich die Personalkosten auf 55,58 % des Gesamthaushalts. Herr SCHERER weist darauf hin, dass ihm in der Ausübung seiner Funktion als Präsident des Eurodistrikts manchmal der Gedanke komme, dass es für den Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau gut wäre, 55 % Personalausgaben zu haben – was nicht bedeute, dass er dies vorschlagen werde. Die Struktur von Pamina sei mit unserer Struktur vergleichbar und wir könnten stolz auf unsere Zahlen sein. Der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) weist einen noch höheren Anteil an Personalkosten auf (74 %). Außerdem weist Herr SCHERER darauf hin, dass er das Gefühl habe, dass der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau mit Verwaltungsaufgaben überlastet sei. Es gibt viele Personen, die sich darüber beschwerten, dass ihre Briefe oder Förderanträge nicht schnell genug beantwortet werden. Herr SCHERER unterstreicht, dass es sich seiner Ansicht nach weder um mangelnde Kompetenzen noch um einen fehlenden Willen des Teams handle, welches eine große Anzahl an Überstunden absolviert. Vielmehr sei die Anzahl der Mitarbeiter zu gering. Zurzeit sind effektiv nur vier Personen im Einsatz (eine Person ist seit mehreren Wochen krankgeschrieben). Herr SCHERER bittet die Ratsmitglieder um ihr Verständnis.

Herr SCHERER antwortet auf die Frage Herrn GROSSMANNs nach dem „Substitutionsprojekt“. Er ruft in Erinnerung, dass in der Ratssitzung vom 13. Dezember auf Initiative von Herrn Dr FELTZ und Dr SEUFERT die finanzielle Förderung der Einrichtung eines grenzüberschreitenden Substitutionszentrums in Kehl beschlossen wurde und dass dies ein Leuchtturmprojekt für den Eurodistrikt sei.

In Bezug auf die Bemerkung Herrn GROSSMANNs zur Internetseite: der Eurodistrikt hatte den Wunsch, die Bürgerbeteiligung zu fördern und daher die Bewohner des Eurodistrikts dazu zu ermutigen, Ihre Erwartungen an den Eurodistrikt zu formulieren. Dies ermöglicht es den Vertretern des Eurodistrikts, die Erwartungen ihrer Mitbürger zu kennen und darauf zu reagieren. Auf der Internetseite wurde eine erste Online-Abstimmung eingerichtet, weitere sollen folgen. Es stellt sich heraus, dass die erste Online-Abstimmung positiv aufgenommen wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass die Erwartungen der Bürger sich vor allem auf die Bereiche Verkehr und Bilingualität konzentrieren. Die Beteiligung an den folgenden Umfragen sollte noch höher ausfallen. Diese Maßnahmen greifen die öffentliche Konsultation im Jahr 2010 auf und setzen diese fort. Die Umgestaltung der

Internetseite weist also in die gleiche Richtung wie der Bürgerdialog mit Kommunalpolitikern („Eurodistriktkonvent“), der im Anschluss an die heutige Ratssitzung stattfinden wird.

In Bezug auf die Unterlagen erteilt Herr SCHERER Frau RIEDEL das Wort. Frau RIEDEL erklärt, dass die Sitzungsunterlagen einschließlich der Dokumente zum Haushalt am Freitag vor der Sitzung abends per E-Mail verschickt wurden. Eine weitere E-Mail wurde am Montagvormittag an die Personen geschickt, von denen das Generalsekretariat im Laufe des Wochenendes die Meldung erhalten hatte, dass die Nachricht nicht zugestellt wurde. Außerdem wurde am Montag eine Papierversion der Unterlagen an die deutschen Mitglieder mit bekannter Adresse und den Stadtverband Straßburg für die französischen Mitglieder verteilt. Die vorgesehene Mindestfrist zur Übersendung der Unterlagen beträgt normalerweise sieben Tage und drei Tage in Ausnahmefällen. Die Unterlagen wurden drei Tage vor der Sitzung bereitgestellt.

Herr SCHERER fügt in Hinblick auf das Thema Haushalt hinzu, dass der Betrag von 40.000 Euro für Investitionen „einmalige Anschaffungen“ (Anschaffung von Kopiergeräten, Computern, ...) betrifft. Wenn man die jährlichen Betriebskosten berechnen wolle, müsse man diesen also abziehen. Dies zeige, dass der Betriebshaushalt in der Tat sehr begrenzt ist.

Herr RIES weist darauf hin, dass die Frage der Beziehung zwischen dem Betriebshaushalt und dem Haushalt für Projekte bereits wiederholt angesprochen wurde. In der Tat sei es wichtig, den Vergleich mit anderen Eurodistrikten anzustellen. Außerdem existierten die Betriebskosten, selbst wenn sie erst seit der rechtlichen Gründung des Eurodistrikts im Jahr 2008 sichtbar sind, bereits vorher, waren aber nicht offenkundig, da sie von den Mitgliedsstädten übernommen wurden.

Herr RIES erläutert die Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Arten von Projekten: den geförderten Projekten auf der einen und den eigenen Projekten auf der anderen Seite. Erstere sind Projekte, die von anderen Strukturen als dem Eurodistrikt durchgeführt und von den Vorstands- und Ratsmitgliedern nach den geltenden Auswahlkriterien evaluiert werden; die „eigenen Projekte“ sind vom Eurodistrikt selbst geleitete Projekte, die dieser selbst entwickelt.

Herr GROSSMANN weist darauf hin, dass man die Betriebskosten nicht auf die Personalkosten reduzieren dürfe. In der Jahresrechnung repräsentierten die Betriebskosten und die Personalkosten zusammen 50 % des Gesamthaushalts.

Herr OSWALD stellt fest, dass der Jahresabschluss einen relativ großen Restbetrag aufweise. Er fragt, ob dieser Restbetrag nur dazu verwendet werden dürfe, von Jahr zu Jahr in Bezug auf die Einnahmen des EVTZ zusätzliche Ausgaben zu decken, oder ob man ihn nicht für ein interessantes Großprojekt verwenden und im Gegenzug die Ausgaben der Struktur reduzieren sollte.

Herr SCHERER erklärt, dass selbst, wenn man auf den ersten Blick den Eindruck haben könne, dass der Restbetrag sich verringert, um Ausgabenüberschreitungen in Bezug auf die Einnahmen zu decken und man damit riskiert, in einiger Zeit nicht mehr genügend Geld zur Verfügung zu haben, dies nicht der Fall sei. Die einmaligen Ausgaben werden sich per Definition in Zukunft nicht wiederholen. Außerdem bedeuten die im Haushalt als „variabel“ gekennzeichneten Ausgaben, dass es sich dabei nicht um Festkosten der Struktur handelt. Daher diene der Überschuss spezifischen Projekten und in Hinblick auf die Struktur müsse man auch in Zukunft denselben Handlungsspielraum aufrechterhalten können.

Herr OSWALD ruft den Restbetrag des Gründungsjahres in Erinnerung, das kein vollständiges Geschäftsjahr war, und möchte wissen, ob dieser Betrag dem Haushalt hinzugefügt werden müsse.

Herr SCHERER antwortet, dass dieser Betrag bereits in dem Restbetrag zum Jahresende enthalten ist.

Herr OSWALD bittet Herrn SCHERER, ein Wort zu den gemeinsamen Fahrradstreifen der Polizeiposten des Eurodistrikts zu sagen. Herr SCHERER erklärt, dass es sich um eine Förderung zum Kauf von Fahrrädern und Uniformen für die gemeinsame Polizeistreife handelt. Es handele sich insbesondere, da die französische und

deutsche Polizei dem Tragen einer einheitlichen Uniform zugestimmt haben, um ein symbolträchtiges Projekt für den Eurodistrikt.

Herr SCHERER stellt den Haushaltsplan 2013 zur Abstimmung. Es gibt zwei Enthaltungen. Der Haushaltsplan 2013 wird angenommen.

3.2. Rahmenbedingungen Gebietserweiterung

Herr SCHERER begrüßt Herrn Jean-Marc WILLER, Bürgermeister von Erstein und Vizepräsident des GöZ Vis-à-Vis.

Herr SCHERER ruft in Erinnerung, dass die Gemeindeverbände Pays d'Erstein, Rhein sowie Benfeld und Umgebung per Schreiben vom 30. Oktober 2012 ihren Wunsch geäußert haben, dem Eurodistrikt beizutreten. Heute ginge es darum, die Beitrittsbedingungen in Bezug auf die politische Vertretung der neuen Mitglieder und auch in Bezug auf deren Beitrag zum Haushalt festzulegen, damit die betroffenen Gemeindeverbände ihrerseits die erforderlichen Beschlüsse fassen können. Danach müssten noch die Satzung und die Gründungsvereinbarung des EVTZ angepasst werden, damit die Antrag stellenden Gemeinden ab Januar 2014 offiziell Mitglieder des Eurodistrikts werden können. Zur Aufrechterhaltung des Grundsatzes deutsch-französischer Parität wird vorgeschlagen, dass die französische Seite eine neue interne Aufteilung vornimmt. Jedem beitretenden Gemeindeverband könne ein Sitz im Eurodistriktrat zugewiesen werden. Im Eurodistriktvorstand würden sich die drei Gemeindeverbände einen Sitz teilen. Alle den neuen Mitgliedern zugewiesenen Sitze werden vom Stadtverband Straßburg zur Verfügung gestellt. In Hinblick auf die Beteiligung am Haushalt, die ebenfalls im Sinne der Aufrechterhaltung der deutsch-französischen Parität erfolgen soll, wird vorgeschlagen, dass der Beitrag der beitretenden Gemeindeverbände eine Verringerung des derzeitigen Beitrags der Stadtverbands Straßburg (425.000 Euro) zur Folge hat und anteilig je nach Bevölkerungszahl berechnet wird.

Herr SCHERER dankt Herrn Jacques BIGOT, der heute leider nicht anwesend sein konnte, für die Vorbereitung des Themas.

Herr RIES macht darauf aufmerksam, dass es Herrn BIGOT im Kontext der Erweiterung sowohl in Bezug auf die deutsch-französische Parität als auch in Bezug auf das territoriale Gleichgewicht gelungen sei, ein Mittel zur Gewährleistung des Gleichgewichts im Eurodistrikt zu entwickeln. Er danke Herrn WILLER und allen, die ihren Beitrag zu diesem Thema geleistet haben, welches heute zum Beschluss steht. Er fügt hinzu, dass die Gebietserweiterung des Eurodistrikts dessen Attraktivität für die angrenzenden Gemeinden zum Ausdruck bringe. Eventuell seien auch andere Gemeinden daran interessiert, dem Eurodistrikt beizutreten; entsprechende Verhandlungen seien im Gange.

Herr Dr. MÜLLER erläutert, dass die heutige Sitzung in Appenweier den Willen des Eurodistrikts zum Ausdruck bringe, bereits heute mehr Präsenz in der Region zu zeigen. Außerdem bestätigt er, dass der Süden des Eurodistriktgebiets – trotz der weiteren Kontaktmöglichkeiten mit der französischen Seite – das Fehlen eines französischen Pendantes innerhalb des Eurodistrikts immer ein wenig bedauert habe. Er unterstreicht die Bedeutung der Ausräumung dieses Ungleichgewichts und der weiteren Verankerung des Eurodistrikts in der Region. Diese künftige Erweiterung werde auch politisch Gewicht haben, da die Anzahl der neuen Gemeinden beinahe der Anzahl der Gemeinden des Stadtverbands Straßburg entspricht und es in Zukunft einen ungefähr 50 km langen gemeinsamen Grenzabschnitt im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau geben wird.

Herr Dr. MÜLLER dankt Herrn SCHERER und Herrn RIES für Ihre Offenheit für die Erweiterung des Eurodistrikts und die rasche Aufnahme der Verhandlungen nach dem Beitrittsgesuch. Er dankt weiterhin Herrn WILLER für seinen Willen zum Beitritt und die Bereitschaft, über die Kooperation im Rahmen des Grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverbands (GöZ) „Vis-à-Vis“ hinauszugehen. Er hebt hervor, dass die neuen Mitglieder ein für den Eurodistrikt nützliches Knowhow mitbringen: Erfahrungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit und mit dem französischen Recht (vor allem hinsichtlich des GöZ Vis-à-Vis) sowie die Absicht, auf der Höhe von Erstein eine Brücke zu errichten.

Herr SCHERER dankt Herrn MÜLLER für seinen Beitrag. Er freut sich darüber zu sehen, dass der Eurodistrikt für neue Mitglieder attraktiv ist.

Herr CAROLI weist darauf hin, dass die Gründung des Eurodistrikts von hohen Erwartungen begleitet wurde. Die ersten Jahre nach der Gründung waren mühsam. Die aktuelle Erweiterung des Eurodistrikts stelle einen Meilenstein für dieses Projekt dar. Viele Menschen seien sich noch nicht darüber im Klaren, dass mit dem Eurodistrikt eine Institution ins Leben gerufen wurde, welche die herkömmlichen Grenzen politischer Zuständigkeiten erweitere, in der Entscheidungen gemeinsam und ohne Berücksichtigung der Grenze nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit und mit einem eigenen grenzüberschreitenden Haushalt getroffen würden, selbst wenn letzterer noch bescheiden ausfalle. Diese Erweiterung zeige, dass das Format politisch tragfähig sei, und stelle einen entscheidenden Schritt in die Zukunft des Eurodistrikts dar.

Herr WILLER äußert sich im Namen der drei beitretenden Gemeindeverbände, die sich darüber freuen, dem Eurodistrikt beitreten zu können. Er weist darauf hin, dass der Beitritt zum Eurodistrikt im Rahmen der mit dem Stadtverband Straßburg unternommenen gemeinsamen regionalen Entwicklung innerhalb des SCOTERS eine folgerichtige Entscheidung in Hinblick auf eine grenzüberschreitende territoriale Entwicklung darstelle. Er erwähnt klar, dass er die im ersten Teil der Sitzung erwähnten Schwierigkeiten bei der Umsetzung konkreter Projekte notiert habe. Die neuen Mitglieder würden gerne ihren Beitrag zu einer gemeinsamen Projektarbeit auf dem gesamten Eurodistriktgebiet leisten.

Herr SCHERER bittet die Mitglieder, den Beschluss über die Grundsätze des Beitritts der neuen Mitglieder anzunehmen.

Die Ratsmitglieder nehmen den Beschluss einstimmig an.

3. 3. Ergebnisse der Gesundheitsstudie und Handlungsempfehlungen

Herr SCHERER erteilt Frau MERIGEAU, Leiterin des Europäischen Verbraucherzentrums, das Wort.

Frau MERIGEAU stellt die vom Europäischen Verbraucherzentrum im Auftrag des Eurodistrikts durchgeführte Studie zum derzeitigen medizinischen Versorgungsangebot und der Nachfrage nach einer grenzüberschreitenden Kooperation im Gesundheitswesen auf dem Eurodistriktgebiet vor. Die Studie unterstützt die Idee der Einrichtung einer Pilotregion für den grenzüberschreitenden Zugang zu medizinischen Leistungen und identifiziert mehrere vorrangige Bereiche der Zusammenarbeit: Bildgebende Verfahren, ambulante Chirurgie, Notfallmedizin (Handchirurgie) und Krebsbehandlung.

Herr SCHERER dankt Frau MERIGEAU und ihren Mitarbeitern für die hochwertige Studie zu diesem komplexen Thema sowie für die ausgesprochenen Handlungsempfehlungen. Er unterstreicht die Bedeutung des Themas Gesundheit angesichts der Alterung der Gesellschaft sowie das Interesse der Bevölkerung an Gesundheitsfragen. Die öffentlichen Gesundheitssysteme geraten – auf beiden Seiten des Rheins – an ihre Grenzen. Daher sei es wichtig, das Thema innerhalb des Eurodistrikts anzugehen. Dieser Schritt werde auf der Internetplattform des Eurodistrikts auch von den Bürgern begrüßt und unterstützt. Herr SCHERER besteht darauf, dass es wichtig sei, konkrete Projekte umzusetzen. Er weist darauf hin, dass die Handchirurgie nicht zu den umzusetzenden Projekten gehören könne: wie Herr LÖRCH, Direktor des Ortenau Klinikum bestätigt, sei dieses medizinische Fachgebiet entgegen den Ergebnissen der Studie auch in der Ortenau abgedeckt.

Herr SCHERER schlägt nach einer kurzen Beratung mit Herrn RIES vor, den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

- Der Punkt 1) des Beschlusses zur Einrichtung der organisierten Zugangszone für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung wird nicht geändert.
- Hinzufügung eines Punkt 2) die Umsetzung der Kooperation im Bereich Krebsbehandlung wird zur Priorität erklärt, insbesondere aufgrund ihres raschen Umsetzungspotentials. Das Generalsekretariat wird damit beauftragt, die Umsetzung zu organisieren.
- Punkt 3) die Arbeitsgruppe Gesundheit des Eurodistrikts wird damit beauftragt, die anderen in der Studie unterbreiteten Vorschläge sowie die Roadmap zu analysieren und bei der nächsten Ratssitzung eine Auswahl an rasch zu realisierenden und nach Priorität geordneten Projekten vorzulegen.

- Der Punkt 4) betrifft die Resolution des Eurodistrikts zur Abschaffung der vorherigen Genehmigung. Herr SCHERER bittet Herrn FELTZ, in seiner Funktion als Experte zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Herr Dr. FELTZ unterstreicht die Wichtigkeit, die durch die Studie des Europäischen Verbraucherzentrums initiierte Dynamik aufzugreifen und weiterzuführen, insbesondere in Bezug auf die geknüpften Kontakte und Beziehungen. Er weist darauf hin, dass es in Hinblick auf diese Dynamik nützlich sei, auf einem relativ rasch umsetzbaren Gebiet wie der Krebsbehandlung weiterzuarbeiten, welche übrigens eng mit medizinischen Bildgebungsverfahren verbunden sei. Betrachte man diesen Bereich genauer, springe die Komplementarität des Angebots auf beiden Seiten des Rheins ins Auge: während auf dem französischen Teil des Eurodistriktgebiets hochspezialisierte Strukturen zur Krebsbehandlung bestünden, seien auf deutscher Seite vor allem die Strukturen zur Krebsnachsorge ausgebaut. Innerhalb des Nationalgebiets müsste man auf französischer Seite eine Strecke von 100 km bzw. auf deutscher Seite eine Strecke von 130 km zurücklegen, um vergleichbare Einrichtungen zu jenen zu finden, welche gleich auf der anderen Seite der Grenze zur Verfügung stünden. Die Priorisierung der Kooperation im Bereich Krebsbehandlung würde eine rasche Umsetzung ermöglichen. Daher stelle diese Kooperation eine echte Chance für den Eurodistrikt dar, den Alltag der Bürger zu verbessern.

Herr Dr. MÜLLER dankt Frau MERIGEAU für ihren Bericht zu den Ergebnissen der Studie sowie ihre hervorragende Übersetzung. Er merkt an, dass gewisse Bereiche wie die Kardiologie und die Herzchirurgie in der Studie keine Erwähnung finden. Er fragt, ob sie in diesen Bereichen keine Kooperationsmöglichkeiten sehe oder ob es sich lediglich um eine Frage der Prioritätensetzung handle.

Frau MERIGEAU erklärt, dass insgesamt zehn mögliche Kooperationsprojekte identifiziert worden seien und dass für den Bericht vier prioritäre Bereiche ausgewählt wurden, dass aber natürlich auch in den vorgenannten Bereichen Kooperationsmöglichkeiten bestünden.

Frau SCHREINER dankt Frau MERIGEAU ebenfalls für die geleistete Arbeit. Sie unterstreicht, dass es für sie als Krankenhausbetreiberin in der Tat interessant sei zu wissen, welches schwere medizinische Gerät in Straßburg bereits vorhanden sei und gemeinsam verwendet werden könne, um den Ankauf derselben Ausstattung in der Ortenau zu vermeiden. Sie erklärt, dass es in Deutschland die Ärzte sind, die den Patienten eine Untersuchung, die schweres medizinisches Gerät erfordert, verschreiben. Sie fragt daher Frau MERIGEAU, inwieweit es vorgesehen ist, die Ärzte für das Vorhandensein der Ausstattung auf der anderen Seite des Rheins sowie für die Tatsache, dass die Patienten dort in deutscher Sprache behandelt werden können, zu sensibilisieren. Sie erläutert, dass ein zweisprachiges Angebot die Patienten dazu ermutigen könne, sich auf der anderen Seite der Grenze behandeln zu lassen. Sie würde daher gern wissen, in welcher Weise diese Themen mit den Ärzten angegangen werden sollen.

Frau MERIGEAU erklärt, dass die meisten Ärzte in den in der Studie vorgeschlagenen Kooperationsbereichen zweisprachig sind. In den Straßburger Krankenhäusern findet man sogar oft deutsche Ärzte, die in Frankreich arbeiten. Daher sollte es kein Kommunikationsproblem mit den Patienten geben, wenn man darauf achtet, dass die zweisprachigen Ärzte zur Verfügung stehen. Sie bestätigt, dass die Sprache ein wichtiger Punkt ist in Hinblick auf das Vertrauen, das Patienten ihren Ärzten entgegenbringen.

Herr SCHERER stellt dem Rat den geänderten Beschluss (vgl. oben) vor und bittet abzustimmen.

Die Ratsmitglieder nehmen den geänderten Beschluss einstimmig an.

3. 4. Resolution Renten / Doppelbesteuerung

Herr SCHERER erläutert den Kontext der Resolution zur Besteuerung der Empfänger einer deutschen Rente mit Wohnsitz in Frankreich. Er weist darauf hin, dass die Resolution die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Rentner, welche der Eurodistrikt bereits jetzt durch die finanzielle Förderung des Projekts „Taskforce Rente“ unterstützt, auf politischer Ebene stützen soll.

Herr SCHERER bittet den Rat, über die Annahme der Resolution abzustimmen.

Die Ratsmitglieder nehmen die Resolution zur Besteuerung der Empfänger einer deutschen Rente mit Wohnsitz in Frankreich einstimmig an.

3.5 Kooperation der Arbeitsagenturen

Herr SCHERER begrüßt die grenzüberschreitende Kooperation zwischen den deutschen und französischen Behörden in Hinblick auf die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Arbeitsagentur in Kehl, in der Mitarbeiter beider Länder in einem einzigen Büro Seite an Seite arbeiten. Es handele sich um ein Pilotprojekt auf unserem Gebiet, das entlang der Grenze ausgedehnt werden könnte. Dieses Projekt sei ein positives Signal sowohl für die Arbeitssuchenden als auch für die Arbeitgeber. Einerseits sei unsere Region wirtschaftlich sehr aktiv und auf der Suche nach Fachkräften, andererseits gibt es auch zahlreiche Arbeitssuchende, vor allem unter den Jugendlichen. Daher sei es wichtig, mithilfe von Vorzeigeprojekten, wie dem beschriebenen, Synergien zu finden und zu nutzen.

Herr SCHERER erteilt Herrn GROSSMANN das Wort.

Herr GROSSMANN begrüßt diese Initiative ebenfalls. Er weist darauf hin, dass unter den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellten Zeitungsausschnitten der Artikel der satirischen Wochenzeitung *Le Canard Enchaîné* fehlt. Dieser nimmt Bezug auf diese Arbeitsagentur, die Unzufriedenheit aufgrund von Anfragen, die nicht bearbeitet werden konnten, sowie die Rücksendung von Anfragen nach Freiburg. Er möchte wissen, ob für diesen Punkt seit dem Artikel im *Canard Enchaîné* Verbesserungen erreicht wurden.

Herr SCHERER bestätigt, dass die politischen Entscheidungen in diesem Punkt tatsächlich schneller waren als deren Umsetzung auf der Verwaltungsebene. Er habe gehört, dass die Dinge nunmehr ordnungsgemäß abliefen und dass eine direkte Telefonhotline für die Anrufe eingerichtet wurde.

4. Projekte

Eigene Maßnahmen und Beteiligungen des Eurodistrikts

4.1 Kofinanzierung der Tramlinie Straßburg-Kehl

Herr SCHERER informiert, dass Herr Dr. PETRY und Herr RIES in einem Schreiben vom 04.02.2013 die Förderung durch den Eurodistrikt beantragt haben. Er unterstreicht die Bedeutung dieses grenzüberschreitenden Vorzeigeprojekts und erinnert daran, dass die Mobilität für die Bürger unserer Region ein zentrales Thema ist. Dieses von zwei Behörden – einer französischen und einer deutschen – ins Leben gerufene Projekt sei sowohl in Bezug auf seine Bedeutung für die Verbesserung der Mobilität als auch auf der Ebene seines Beitrags zu einer gemeinsamen Identität von herausragender Bedeutung. Aufgrund der Höhe der Investition könne der Eurodistrikt keinen wesentlichen Beitrag zum Bau der Linie leisten. Daher wird vorgeschlagen, die Kommunikation dieser neuen Linie finanziell zu fördern und im Gegenzug als Projektpartner genannt zu werden.

Herr SCHERER schlägt vor, die Empfehlung des Vorstands anzunehmen und dieses bedeutende Projekt durch die Bewilligung einer Kommunikationszwecken vorbehaltenen Förderung in Höhe von 100.000 Euro an die Straßburger Verkehrsbetriebe (CTS) zu begleiten.

Herr SCHERER erteilt Herrn RIES das Wort.

Herr RIES unterstreicht die politische und symbolische Bedeutung der Unterstützung dieses Projekts, welches den Alltag der Bürger auf beiden Seiten des Rheins betreffe, durch den Eurodistrikt. Wenn man nämlich die grenzüberschreitende Mobilität auf der Ebene der Arbeit erleichtern möchte, wie unter dem vorigen Tagesordnungspunkt angesprochen, müsse man auch die geografische Mobilität erleichtern. Die Tram sei ein mögliches Mittel zu diesem Zweck.

Herr RIES ruft in Erinnerung, dass die Kosten dieses Großprojekts sich auf ungefähr 87 Millionen Euro belaufen. Der Stadtverband Straßburg übernimmt 75 % dieser Kosten. Die restlichen 25 % werden von der Stadt Kehl und dem Land Baden-Württemberg getragen. Diese Kosten umfassen den Bau einer weiteren Brücke über den Rhein, die Verlängerung der Linie D bis zum Rathaus Kehl und nicht nur bis zum Bahnhof (erster Projektabschnitt). Die

Arbeiten sollen Ende 2013 beginnen. Die Verlängerung der Tramlinie wird die Entstehung des grenzüberschreitenden Großraums, welche aktuell beobachtet werden kann, beschleunigen. Ein Beitrag zur zweisprachigen Sichtbarkeit und Kommunikation dieses Projekts auf dem gesamten Gebiet entspricht vorbehaltlos dem Aufgabenbereich des Eurodistrikts und ermöglicht die wechselseitige Annäherung der Bürger.

Herr RIES dankt Herrn SCHERER für die gewährte Unterstützung des mit dem Oberbürgermeister von Kehl gemeinsam formulierten Antrags.

Herr SCHERER erteilt Herrn GROSSMANN das Wort.

Herr GROSSMANN ruft in Erinnerung, dass die Annäherung der Großräume untereinander bereits durch Buslinien etc. gewährleistet ist. Er weist darauf hin, dass ihm eine Zustimmung zu einer Kofinanzierung des Projekts durch den Eurodistrikt schwierig erscheine: einerseits sei noch keine öffentliche Umfrage durchgeführt worden, andererseits sei die Finanzierung durch Kehl noch nicht sichergestellt. Er erwähnt außerdem, dass der Eurodistrikt vom Stadtverband Straßburg kofinanziert ist und dass man nun beantrage, dass der Eurodistrikt die CTS, indirekt also den Stadtverband Straßburg finanziere.

Herr SCHERER legt Wert darauf zu unterstreichen, dass der Eurodistrikt die Tram nicht auf der Ebene der Baukosten fördert. Es gehe darum, die Nutzerfreundlichkeit der Tram nach deren Fertigstellung für die Bürger beider Länder zu erhöhen. Daher werde der Eurodistrikt nur zahlen, wenn das Projekt tatsächlich umgesetzt wird.

Herr GROSSMANN wiederholt, dass der Eurodistrikt nicht die Hinweisschilder finanziert, sondern die CTS.

Herr SCHERER erläutert, dass die vom Eurodistrikt bewilligte Förderung explizit zur Gewährleistung der Kommunikation mit der Bevölkerung bestimmt ist, einschließlich der grenzüberschreitenden zweisprachigen Beschilderung. In Übereinstimmung mit dem rechtlichen Finanzierungsverfahren müsse der Eurodistrikt diese Fördersumme an die CTS zahlen, welche für die Umsetzung der Kommunikationsmittel zuständig sei.

Herr RIES bringt sein Erstaunen zum Ausdruck über die Position von Herrn GROSSMANN, dem ehemaligen Präsidenten des Stadtverbands Straßburg mit einer Amtszeit von sieben Jahren, der meint, dass die CTS der Stadtverband Straßburg sei. Die CTS sei ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen. Selbst wenn der Stadtverband die Mehrheit des Kapitals halte, so hielten doch auch das Departement Bas-Rhin oder private Investoren Anteile an der CTS.

Herr RIES erklärt, dass es sich um ein von dem Stadtverband Straßburg finanziertes Projekt handelt, welches die CTS mit dem Bau dieser Tramlinie beauftragt hat. Es gehe also um eine Delegation der Bauherrschaft. Der Eurodistrikt fördere das Projekt auf der Ebene der Beschilderung und der Kommunikation und finanziere daher weder die CTS noch das Projekt als Ganzes.

Herr SCHERER erteilt Herrn Dr. MÜLLER das Wort.

Herr Dr. MÜLLER weist darauf hin, dass man seiner Meinung nach durchaus für dieses Projekt stimmen könne. Auch wenn es sich ursprünglich um kein vom Eurodistrikt initiiertes Projekt handle, würde doch das gesamte Eurodistriktgebiet davon profitieren. Er zieht außerdem eine Parallele zu dem Projekt einer Brücke auf der Höhe von Erstein und hofft auf eine Unterstützung, wenn die Brücke eines Tages gebaut werden sollte.

Herr SCHERER ruft in Erinnerung, dass der Bau der Brücke ein politisches Projekt darstelle und dass der Eurodistrikt diesen Brückenbau bereits in seine Überlegungen einbeziehe, da die Auswirkungen dieser Brücke auf den öffentlichen Verkehr bereits Gegenstand einer Studie zur Verbesserung der grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrsmittel sein wird, um die Argumentation zu Gunsten der Brücke mit den Ergebnissen der Studie unterstützen zu können.

Herr SCHERER erteilt Herrn SCHÜLER das Wort.

Herr SCHÜLER führt aus, das Projekt der Tram sei sehr viel weiter fortgeschritten als gesagt. Die Durchführbarkeitsstudien haben die Investitionskapazitäten, die Durchführbarkeit der Linie und auch die positive Auswirkung der Verlängerung der Linie bis zum Rathaus Kehl für die grenzüberschreitende Bevölkerung belegt.

Die Initiative wird nicht nur vom Land Baden-Württemberg, sondern auch von der Bundesrepublik Deutschland als Vorzeigeprojekt erachtet. Er ruft in Erinnerung, dass dieses Projekt in Kehl mit großer Mehrheit befürwortet wurde und dass es große Chancen für kommende Generationen biete.

Herr SCHERER bittet, zur Abstimmung zu schreiten. Die Förderung in Höhe von 100.000 Euro wird mit zwei Gegenstimmen bewilligt.

Projektförderungen

4.2 Theatersommer – Zelttheater Baal Novo

Herr SCHERER erläutert, dass das deutsch-französische Zelttheater sich in Zukunft nicht mehr nur an ein junges Publikum, sondern an alle Altersgruppen wenden möchte. Es greift den deutsch-französischen Alltag auf und würzt ihn mit einem Schuss Humor. Außerdem rückt es die Entwicklung der Bilingualität und einer Kultur jenseits der Grenzen mehr ins Zentrum. Für das neue deutsch-französische Theaterfestival, das sich derzeit in Planung befindet, beantragt Baal Novo eine Förderung für die Jahre 2013-2014. Herr SCHERER ruft in Erinnerung, dass ein früherer Antrag von Baal Novo für die Jahre 2012 und 2013 nur für das Jahr 2012 bewilligt wurde. Schließlich schlägt der Präsident vor, dieses Projekt zu unterstützen, freilich in der Perspektive, dass die maximale Dauer der Förderung eines Projekts durch den Eurodistrikt fünf Jahre beträgt.

Herr SCHERER erteilt Frau SCHREINER das Wort.

Frau SCHREINER ermuntert angesichts der geringen Zahl durch den Eurodistrikt finanzierter Kulturprojekte, welche tatsächlich die Bilingualität fördern, zur Unterstützung des Projekts, insbesondere auch aufgrund der Bedeutung dieses Projekts für die beiden Regionen. Sie schlägt sogar vor, eine langfristige Kooperation mit diesem Theater ins Leben zu rufen.

Herr SCHERER bittet um Abstimmung. Die Förderung wird einstimmig angenommen.

5. Sonstiges

Herr SCHERER ruft die Termine der folgenden Sitzungen in Erinnerung und freut sich dass die Sitzungen überall im Eurodistriktgebiet stattfinden. So wird die nächste Vorstandssitzung am 18. Mai 2013 in Ettenheim und die nächste Ratssitzung am 27. Juni 2013 in Lahr stattfinden. Herr SCHERER dankt dem Bürgermeister von Ettenheim und dem Oberbürgermeister von Lahr für die Ausrichtung dieser Sitzungen. Er dankt ebenfalls der Schwarzwaldschule, die den Kaffee für die heutige Sitzung und die Verpflegung des anschließend stattfindenden Bürgerdialogs mit Kommunalpolitikern bereitstellt.

Herr SCHERER schließt die Sitzung um 17.35 Uhr.

Frank SCHERER
Präsident des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau

Document de séance n°2/3.1/2013

Vorlage Nr. 2/3.1/2013

Séance du Conseil de l'Eurodistrict Ratssitzung des Eurodistrikts 2 / 2013	Date de la séance / Sitzungstag 05.09.2013
Dossier suivi par/ Projektbeauftragter Cordula RIEDEL	

Point n°3.1 de l'ordre du jour / Punkt Nr. 3.1 der Tagesordnung

Objet / Betreff: Proposition d'avenant à la convention et aux statuts du GECT - Modifications engendrées par l'adhésion de nouveaux membres du côté français et modification demandée par le Président / Nachtragsvorschläge für die Gründungsvereinbarung und die Satzung des EVTZ – Änderungen im Anschluss an den Beitritt neuer Mitglieder auf französischer Seite und Änderung auf Anregung des Präsidenten

I. Rapport / Sachverhalt:

Conformément à la délibération 1/3.2/2013 prise par le Conseil de l'Eurodistrict le 14 mars 2013 qui permet l'adhésion de la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin et de la Communauté de communes de Benfeld et environs il conviendrait de modifier les statuts et la convention constitutive du GECT « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » (voir ci-dessous).

Par la même occasion il est demandé, sur proposition du Président, de permettre dans certains cas le principe des consultations écrites pour les décisions des membres du Bureau.

Les modifications portent sur les points suivants :

ADHESION DE NOUVEAUX MEMBRES :

Convention constitutive

- Parties signataires : rajout des membres suivants proposé: "la Communauté de communes du Pays d'Erstein; la Communauté de communes du Rhin; la Communauté de communes de Benfeld et environs."

In Übereinstimmung mit dem Beschluss 1/3.2/2013 des Eurodistriktrates vom 14. März 2013, welcher den Beitritt des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbands der Gemeinden des Rheins sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung ermöglicht, sind die Satzung und die Gründungsvereinbarung des EVTZ „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ abzuändern (s.u.).

Bei dieser Gelegenheit wird auf Anregung des Präsidenten vorgeschlagen, in bestimmten Fällen die Anwendung von Umlaufverfahren für Beschlüsse der Vorstandsmitglieder zu erlauben.

Die Änderungen betreffen die nachstehenden Punkte:

BEITRITT NEUER MITGLIEDER:

Gründungsvereinbarung

- Unterzeichner: vorgeschlagene Hinzufügung der nachstehenden Mitglieder: „dem Gemeindeverband der Gegend Erstein, dem Verband der Gemeinden des Rheins, dem Gemeindeverband Benfeld und Umgebung“

- **Article 1:** rajout des membres suivants aux membres ayant adhéré au groupement proposé: "la Communauté de communes du Pays d'Erstein; la Communauté de communes du Rhin; la Communauté de communes de Benfeld et environs."

- **Article 4:** nouvelle rédaction et rajout de la mention suivante au périmètre géographique proposée : "de la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin, et de la Communauté de communes de Benfeld et environs"

Statuts

- **Article 3 :** nouvelle rédaction concernant les membres de la partie française et rajout des nouveaux adhérents proposée:

- «- 21 représentants de la Communauté Urbaine de Strasbourg, dont le représentant légal et le Maire de Strasbourg;
- 1 représentant de la Communauté de communes du Pays d'Erstein,
- 1 représentant de la Communauté de communes du Rhin,
- 1 représentant de la Communauté de communes de Benfeld et environs.»

- **Article 11 :** nouvelle rédaction proposée :
« 95% du montant dû par la partie française, pour la Communauté urbaine de Strasbourg, la Communauté de communes du Pays d'Erstein, la Communauté de communes du Rhin et la Communauté de communes de Benfeld et environs. La contribution est calculée en fonction du nombre d'habitants au dernier recensement général ou complémentaire connu de la Communauté Urbaine de Strasbourg, de la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin et de la Communauté de communes de Benfeld et environs».

CONSULTATIONS ECRITES :

Statuts

- **Article 7.2 :** nouvelle rédaction proposée :
«Les décisions peuvent également être prises par voie de consultation écrite par courrier, par message électronique ou par télécopie.»

- **Artikel 1:** Ergänzung der Mitglieder, welche dem Verbund beigetreten sind, durch die nachstehenden Mitglieder: „der Gemeindeverband der Gegend Erstein, der Verband der Gemeinden des Rheins, der Gemeindeverband Benfeld und Umgebung“

- **Artikel 4:** Neufassung und Hinzufügung der nachstehenden Angabe im Rahmen des geographischen Gebiets: „des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbands der Gemeinden des Rheins sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung

Satzung

- **Artikel 3:** vorgeschlagene Neufassung in Bezug auf die Mitglieder der französischen Partei und Hinzufügung der Neumitglieder:

- „- 21 Vertreter der Stadtgemeinschaft Straßburg, darunter der gesetzliche Vertreter und der Oberbürgermeister von Straßburg;
- 1 Vertreter des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein
- 1 Vertreter des Verbandes der Gemeinden des Rheins
- 1 Vertreter des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung“.

- **Artikel 11:** vorgeschlagene Neufassung:
„95% des von der französischen Seite geschuldeten Beitrags für die Stadtgemeinschaft Strasbourg, den Gemeindeverband der Gegend Erstein, den Verband der Gemeinden des Rheins sowie den Gemeindeverband Benfeld und Umgebung. Der Beitrag berechnet sich nach der Einwohnerzahl gemäß dem letzten amtlichen Zensus, der Stadtgemeinschaft Straßburg, des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbands der Gemeinden des Rheins sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung.“

UMLAUFVERFAHREN :

Satzung

- **Artikel 7.2:** vorgeschlagene Neufassung: „Beschlüsse können auch in einem Umlaufverfahren in elektronischer, schriftlicher, bzw. Form einer Telefax-Nachricht getroffen werden.

- **Article 7.4** : nouvelle rédaction proposée : «En cas de consultation écrite, le Président envoie à chaque membre par courrier, par message électronique ou par télécopie le texte des résolutions proposées, accompagné des documents nécessaires à l'information des membres du Bureau. Les membres du Bureau peuvent faire part de leur vote par courrier, par message électronique ou par télécopie pour une date limite indiquée laquelle doit laisser au moins 7 jours ouvrables à partir du jour d'envoi de la consultation. Le vote est formulé sur le texte même de chaque résolution, par mot « oui », « non » ou « abstention ». Les voix qui comptent pour la majorité sont les voix qui ont été retournées par courrier, par message électronique ou par télécopie. Toute voix manquante après le délai indiqué ci-dessus ne sera pas comptée.»

- **Article 7.9** : nouvelle rédaction proposée : «En cas de consultation écrite, il en est fait mention dans le procès-verbal auquel est annexée la réponse de chaque membre du Bureau.»

Conformément à l'article 6.1 de la convention constitutive et de l'article 14.2 des statuts, toute modification des statuts et de la convention devra faire l'objet d'une délibération du Conseil de l'Eurodistrict (à la double majorité simple des représentants statutaires français et allemands), d'une notification aux collectivités membres et d'une approbation par les autorités qui ont autorisé la création du Groupement.

- **Artikel 7.4:** vorgeschlagene Neufassung: „Im Falle eines Beschlusses durch Umlaufverfahren sendet der Präsident jedem Mitglied auf elektronischem, schriftlichen bzw. Wege einer Telefax-Nachricht den Text der Beschlussvorlage sowie die zur Information der Vorstandsmitglieder notwendigen Dokumente. Die Vorstandsmitglieder können ihre Stimme in elektronischer, schriftlicher bzw Form einer Telefax-Nachricht bis zu einem angegebenen Stichtag, der mindestens 7 Werktage nach Versenden der Dokumente liegen muss, abgeben. Die Stimmabgabe ist auf dem Text selbst in den Worten „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ vorformuliert. Für die Mehrheit entscheidend sind die auf elektronischem, schriftlichem oder dem Wege einer Telefax-Nachricht zurück gesandten Stimmen. Stimmen, die nach Ablauf der oben genannten Frist fehlen, werden nicht mitgezählt.“

- **Artikel 7.9:** vorgeschlagene Neufassung: „Im Falle eines Umlaufverfahrens wird dies im Sitzungsprotokoll als solches aufgeführt und die Stimmabgabe der Mitglieder des Vorstandes beigelegt.“

In Übereinstimmung mit Artikel 6.1 der Gründungsvereinbarung und Artikel 14.2 der Satzung bedarf jede Änderung der Satzung und der Gründungsvereinbarung eines Beschlusses des Eurodistriktrats (mit der einfachen doppelten Mehrheit der satzungsgemäßen französischen und deutschen Vertreter) und muss den als Mitglied auftretenden Gebietskörperschaften mitgeteilt und von den Behörden genehmigt werden, von denen die Gründung des Verbunds genehmigt wurde.

II. Proposition de résolution / Beschlussvorschlag:

Le Conseil de l'Eurodistrict approuve les modifications de la convention constitutive et des statuts, nécessaires à l'adhésion des communautés de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin et de la Communauté de communes de Benfeld et environs.

Der Eurodistriktrat stimmt den Änderungen der Gründungsvereinbarung und der Satzung zu, die für den Beitritt des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbandes der Gemeinden des Rheins sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung nötig sind.

Le Conseil de l'Eurodistrict approuve les modifications des statuts permettant dans certains cas le principe des consultations écrites par courrier, message électronique ou par télécopie pour les décisions des membres du Bureau.

Ces modifications seront notifiées aux collectivités membres du Groupement et la nouvelle version des statuts et de la convention constitutive sera transmise, pour validation, à l'Etat français.

Der Eurodistriktrat stimmt den Änderungen der Satzung, die Beschlüsse der Vorstandsmitglieder durch Umlaufverfahren in elektronischer, schriftlicher, bzw. Form einer Telefax-Nachricht ermöglichen, zu.

Diese Änderungen werden den als Mitglied des Verbunds auftretenden Gebietskörperschaften mitgeteilt, während die Neufassung der Satzung und der Gründungsvereinbarung dem französischen Staat zur Genehmigung übermittelt wird.

III. Résultat des délibérations / Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Accord <input type="checkbox"/> Refus <input type="checkbox"/> Résolution modifiée	<input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
--	---

Accord à l'unanimité des suffrages exprimés, adopté le 5 septembre 2013 par le Conseil de l'Eurodistrict rendu exécutoire après transmission au contrôle de légalité préfectoral et affichage au siège de l'Eurodistrict le

- 7 NOV. 2013





Proposition de révision de la convention constitutive permettant l'élargissement du périmètre du côté français

Colonne de gauche:
Convention constitutive d'origine en vigueur (en date du 04.02.2010)

Colonne de droite:
Convention constitutive modifiée en cours de validation (en date du 25.11.2010)

en gris : les modifications du 17.06.2010	en vert : les modifications du 25.11.2010 (aucune)
en jaune : les modifications engendrées par l'adhésion des nouveaux membres	

Convention constitutive du Groupement Européen de Coopération Territoriale « EURODISTRICT STRASBOURG-ORTENAU »	Convention constitutive du Groupement Européen de Coopération Territoriale « EURODISTRICT STRASBOURG-ORTENAU »
<p>Entre :</p> <ul style="list-style-type: none"> - la Communauté Urbaine de Strasbourg, - le Landkreis Ortenaukreis, - la Ville d'Offenburg, - la Ville de Lahr, - la Ville de Kehl; - la Ville d'Achern; - la Ville d'Oberkirch. <p>PREAMBULE : Vu</p> <ul style="list-style-type: none"> - la Déclaration Commune franco-allemande du Président de la République française Jacques CHIRAC et du Chancelier Gerhardt SCHRODER, à l'occasion du 40^{ème} 	<p>Entre :</p> <ul style="list-style-type: none"> - la République française - la Communauté Urbaine de Strasbourg*, - la Communauté de communes du Pays d'Erstein, - la Communauté de communes du Rhin, - la Communauté de communes de Benfeld et environs. - le Landkreis Ortenaukreis*, - la Ville d'Offenburg*, - la Ville de Lahr*, - la Ville de Kehl*; - la Ville d'Achern*; - la Ville d'Oberkirch*. <p>PREAMBULE : Vu</p> <ul style="list-style-type: none"> - la Déclaration Commune franco-allemande du Président de la République française Jacques CHIRAC et du Chancelier Gerhardt SCHRODER, à l'occasion du 40^{ème}

* Membres fondateurs

<p>anniversaire du Traité de l'Elysée, le 22 janvier 2003, selon laquelle « Nous soutenons la création d'un Eurodistrict Strasbourg-Kehl, bien desservi, ayant vocation à explorer de nouvelles formes de coopération et à accueillir des institutions européennes » ;</p> <ul style="list-style-type: none"> - la résolution commune des collectivités locales désignées ci-dessus, pour la création d'un Eurodistrict, du 24 mai 2003 ; - la note de cadrage des Ministres délégués aux affaires européennes français et allemand du 30 juin 2003 ; - la Convention relative à la création de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau, du 17 octobre 2005 ; - le Règlement CE n°1082/2006 du Parlement européen et du Conseil du 5 juillet 2006 relatif à un Groupement européen de coopération territoriale (GECT) ; - la Résolution de Lahr, du 11 octobre 2008 ; - le Rapport présenté le 3 février 2009, par MM. Bernard COTTIN et Erwin VETTER, sur demande des Ministres français et allemand délégués aux affaires européennes. 	<p>anniversaire du Traité de l'Elysée, le 22 janvier 2003, selon laquelle « <i>Nous soutenons la création d'un Eurodistrict Strasbourg-Kehl, bien desservi, ayant vocation à explorer de nouvelles formes de coopération et à accueillir des institutions européennes</i> » ;</p> <ul style="list-style-type: none"> - la résolution commune des collectivités locales désignées ci-dessus, pour la création d'un Eurodistrict, du 24 mai 2003 ; - la note de cadrage des Ministres délégués aux affaires européennes français et allemand du 30 juin 2003 ; - la Convention relative à la création de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau, du 17 octobre 2005 ; - le Règlement CE n°1082/2006 du Parlement européen et du Conseil du 5 juillet 2006 relatif à un Groupement européen de coopération territoriale (GECT) ; - la Résolution de Lahr, du 11 octobre 2008 ; - le Rapport présenté le 3 février 2009, par MM. Bernard COTTIN et Erwin VETTER, sur demande des Ministres français et allemand délégués aux affaires européennes. - de l'arrêté du Préfet de la région Alsace, en date du 28 janvier 2010, portant création du Groupement européen de coopération territoriale (GECT) dénommé « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau », composé des membres fondateurs. - de la déclaration politique signée le 4 février 2010 par les membres fondateurs, par laquelle les signataires s'engagent à modifier la
--	---

<p>DESIREUX</p> <ul style="list-style-type: none"> - d'apporter une plus-value à tous les citoyens et citoyennes de son territoire ; - de devenir un laboratoire de l'Europe unie ; - de fonder sur leurs territoires les bases d'un Eurodistrict innovant, ayant vocation à se transformer progressivement en une réelle intercommunalité transfrontalière reposant sur le principe de la codécision ; - de conforter la dimension européenne de la Ville de Strasbourg, siège d'institutions et d'organisations européennes et de s'appuyer sur l'intensité de la coopération transfrontalière préexistante ; <p>IL EST CONVENU CE QUI SUIT :</p>	<p>convention et les statuts dans le but de permettre une participation pleine et entière de la République française au Groupement</p> <p>DESIREUX</p> <ul style="list-style-type: none"> - d'apporter une plus-value à tous les citoyens et citoyennes de son territoire ; - de devenir un laboratoire de l'Europe unie ; - de fonder sur leurs territoires les bases d'un Eurodistrict innovant, ayant vocation à se transformer progressivement en une réelle intercommunalité transfrontalière reposant sur le principe de la codécision ; - de conforter la dimension européenne de la Ville de Strasbourg, siège d'institutions et d'organisations européennes et de s'appuyer sur l'intensité de la coopération transfrontalière préexistante ; <p>IL EST CONVENU CE QUI SUIT :</p>
<p>ARTICLE 1 : Constitution de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau</p> <p>1. En application du Règlement CE 1082/2006 du Parlement européen et du Conseil du 5 juillet 2006, les membres fondateurs suivants constituent un Groupement Européen de Coopération Territoriale de droit français, (GECT) dénommé « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » en français et « Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau » en allemand :</p> <ul style="list-style-type: none"> - la Communauté Urbaine de Strasbourg , - le Landkreis Ortenaukreis, - la Ville d'Offenburg, 	<p>ARTICLE 1 : Constitution de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau</p> <p>1. En application du Règlement CE 1082/2006 du Parlement européen et du Conseil du 5 juillet 2006, les membres suivants constituent un Groupement Européen de Coopération Territoriale de droit français, (GECT) dénommé « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » en français et « Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau » en allemand :</p> <p>Membres fondateurs :</p> <ul style="list-style-type: none"> - la Communauté Urbaine de Strasbourg, - le Landkreis Ortenaukreis, - la Ville d'Offenburg,

<ul style="list-style-type: none"> - la Ville de Lahr, - la Ville de Kehl, - la Ville d'Achern, - la Ville d'Oberkirch. <p>2. Le groupement peut néanmoins admettre d'autres membres tels que définis par l'article 3 du règlement communautaire 1082/2006 sus-mentionné,</p> <ul style="list-style-type: none"> - s'ils y ont un intérêt au regard de leurs compétences et de celles de l'Eurodistrict, - ou s'ils justifient d'un intérêt de nature à promouvoir l'Eurodistrict. <p>3. La demande d'adhésion de chaque membre potentiel est définie par les dispositions de l'article 6 de la présente convention constitutive.</p> <p>Ces adhésions ultérieures entraineront une modification de la convention constitutive et des statuts.</p> <p>4. Les signataires formulent le vœu que les États français et allemands adhèrent au groupement.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - la Ville de Lahr, - la Ville de Kehl, - la Ville d'Achern, - la Ville d'Oberkirch. <p>Membre(s) ayant adhéré au Groupement :</p> <ul style="list-style-type: none"> - La République française, - la Communauté de communes du Pays d'Erstein, - la Communauté de communes du Rhin, - la Communauté de communes de Benfeld et environs. <p>2. Le groupement peut néanmoins admettre d'autres membres tels que définis par l'article 3 du règlement communautaire 1082/2006 sus-mentionné,</p> <ul style="list-style-type: none"> - s'ils y ont un intérêt au regard de leurs compétences et de celles de l'Eurodistrict, - ou s'ils justifient d'un intérêt de nature à promouvoir l'Eurodistrict. <p>3. La demande d'adhésion de chaque membre potentiel est définie par les dispositions de l'article 6 de la présente convention constitutive.</p> <p>Ces adhésions ultérieures entraineront une modification de la convention constitutive et des statuts.</p> <p>4. La République Fédérale d'Allemagne et le Land de Bade-Wurtemberg ont la qualité d'observateurs au sein du Groupement. Ils participent aux débats du Conseil, mais ne prennent pas part aux votes.</p>
<p>ARTICLE 2 : Siège</p> <p>Le siège de l'Eurodistrict est situé à</p>	<p>ARTICLE 2 : Siège</p> <p>Le siège de l'Eurodistrict est situé à</p>

<p>Strasbourg. Le secrétariat est situé à Kehl.</p>	<p>Strasbourg. Le secrétariat est situé à Kehl.</p>
<p>ARTICLE 3 : Droit applicable et reconnaissance mutuelle</p> <p>1. L'Eurodistrict est régi par le Règlement CE n°1082/2006 du Parlement Européen et du Conseil du 5 juillet 2006 relatif à un Groupement européen de coopération territoriale, par le droit de l'Etat où le groupement a son siège, soit le droit français, par la convention constitutive et ses statuts.</p> <p>2. Le Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict » est un organisme de droit public créé sous la forme d'un syndicat mixte en application des articles L. 1115-4-2 et L.5721-1 et suivants du Code Général des Collectivités territoriales.</p> <p>3. Le contrôle administratif, budgétaire et financier de l'Eurodistrict sera réalisé conformément au droit français. Les autorités chargées du contrôle en France échangent toutes les informations appropriées avec les autorités allemandes équivalentes et pourront être saisies par ces dernières.</p>	<p>ARTICLE 3 : Droit applicable et reconnaissance mutuelle</p> <p>1. L'Eurodistrict est régi par le Règlement CE n°1082/2006 du Parlement Européen et du Conseil du 5 juillet 2006 relatif à un Groupement européen de coopération territoriale, par sa convention constitutive et ses statuts, et subsidiairement par le droit de l'Etat où le groupement a son siège, soit le droit français.</p> <p>2. Le Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict » est un organisme de droit public créé sous la forme d'un syndicat mixte en application des articles L. 1115-4-2 et L.5721-1 et suivants du Code Général des Collectivités territoriales.</p> <p>3. Le contrôle administratif, budgétaire et financier de l'Eurodistrict sera réalisé conformément au droit français. Les autorités chargées du contrôle en France échangent toutes les informations appropriées avec les autorités allemandes équivalentes et pourront être saisies par ces dernières.</p>
<p>ARTICLE 4 : Périmètre géographique</p> <p>L'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau couvre dans un premier temps le territoire sur lequel s'exercent les compétences des membres énumérés à l'article 1 de la présente convention.</p>	<p>ARTICLE 4 : Périmètre géographique</p> <p>L'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau couvre, le territoire de la Communauté Urbaine de Strasbourg, de la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin, et de la Communauté de communes de Benfeld et environs, pour la partie française, et le territoire sur lequel s'exercent les compétences des membres de la partie allemande énumérés à l'article 1 de la</p>

	présente convention.
<p>ARTICLE 5 : Objet et missions</p> <p>1. L'Eurodistrict a pour objet général de promouvoir, de soutenir, d'encourager et de coordonner la coopération transfrontalière en veillant à la mise en oeuvre de projets communs.</p> <p>2. Afin d'atteindre les objectifs politiques mentionnés en préambule de la présente convention, l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau se donne plus particulièrement les missions suivantes :</p> <p>a.) mettre en oeuvre des projets transfrontaliers relevant des domaines de compétences communs des membres du groupement.</p> <p>A ce titre, les champs d'intervention suivants seront considérées comme prioritaires :</p> <ul style="list-style-type: none"> - actions contribuant au développement durable et à un aménagement du territoire concerté et cohérent de part et d'autre de la frontière ; - actions visant à améliorer la vie quotidienne de la population et à supprimer les contraintes engendrées par la frontière ; - promotion et soutien du bilinguisme sur le territoire de l'Eurodistrict ; - actions visant à soutenir le développement d'un espace culturel transfrontalier ; - renforcement de l'attractivité et promotion du territoire ; - renforcement de la coopération avec les institutions et organismes européens. 	<p>ARTICLE 5 : Objet et missions</p> <p>1. L'Eurodistrict a pour objet général de promouvoir, de soutenir, d'encourager et de coordonner la coopération transfrontalière en veillant à la mise en oeuvre de projets communs.</p> <p>2. Afin d'atteindre les objectifs politiques mentionnés en préambule de la présente convention, l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau se donne plus particulièrement les missions suivantes :</p> <p>a) mettre en oeuvre des projets transfrontaliers relevant des domaines de compétences communs des membres du groupement.</p> <p>A ce titre, les champs d'intervention suivants seront considérées comme prioritaires :</p> <ul style="list-style-type: none"> - actions contribuant au développement durable et à un aménagement du territoire concerté et cohérent de part et d'autre de la frontière ; - actions visant à améliorer la vie quotidienne de la population et à supprimer les contraintes engendrées par la frontière ; - promotion et soutien du bilinguisme sur le territoire de l'Eurodistrict ; - actions visant à soutenir le développement d'un espace culturel transfrontalier ; - renforcement de l'attractivité et promotion du territoire ; - renforcement de la coopération avec les institutions et organismes européens.

<p>b.) développer des équipements communs, le cas échéant mutualiser les services présents sur le territoire ;</p> <p>c.) soutenir les réseaux de citoyens qui contribuent à la réalisation des objectifs de l'Eurodistrict ;</p> <p>d.) assurer un rôle d'impulsion, d'accompagnement, de lobbying afin de favoriser la réalisation de projets d'intérêt transfrontalier ne relevant pas de la compétence des membres du groupement, ou de la compétence de certains d'entre eux uniquement, mais qui s'inscrivent pleinement dans les objectifs affichés par l'Eurodistrict ;</p> <p>e.) solliciter des cofinancements nationaux ou européens en vue de la réalisation de ses différentes missions ;</p> <p>f.) promouvoir et faciliter la formation de réseaux transfrontaliers au niveau associatif, socio-économique, ou institutionnel ;</p> <p>g.) participer à des actions de coopération dépassant le périmètre de l'Eurodistrict, afin de renforcer la cohésion économique et sociale et le développement durable du Rhin Supérieur;</p> <p>h.) participer à des échanges d'expériences entre régions frontalières, à l'échelle nationale ou européenne;</p>	<p>b) développer des équipements communs, le cas échéant mutualiser les services présents sur le territoire ;</p> <p>c) soutenir les réseaux de citoyens qui contribuent à la réalisation des objectifs de l'Eurodistrict ;</p> <p>d) assurer un rôle d'impulsion, d'accompagnement, de lobbying afin de favoriser la réalisation de projets d'intérêt transfrontalier.</p> <p>e) solliciter des cofinancements nationaux ou européens en vue de la réalisation de ses différentes missions ;</p> <p>f) promouvoir et faciliter la formation de réseaux transfrontaliers au niveau associatif, socio-économique, ou institutionnel ;</p> <p>g) participer à des actions de coopération dépassant le périmètre de l'Eurodistrict, afin de renforcer la cohésion économique et sociale et le développement durable du Rhin Supérieur;</p> <p>h) participer à des échanges d'expériences entre régions frontalières, à l'échelle nationale ou européenne;</p>
--	--

<p>i.) assurer la représentation de l'Eurodistrict au sein d'organismes et de réseaux nationaux, européens et internationaux afin d'assurer le positionnement et la promotion commune de ce territoire ;</p> <p>j.) conforter son positionnement européen en faisant du statut de Strasbourg, capitale de l'Europe démocratique et parlementaire, un élément incontestable de l'image de marque de l'Eurodistrict.</p> <p>3. L'action commune au sein de l'Eurodistrict n'est pas exclusive d'autres formes de coopération transfrontalière pouvant être menées par les membres en fonction des projets concernés et de partenariats appropriés. L'Eurodistrict peut assister ses membres dans le montage et la mise en œuvre des projets d'intérêt transfrontalier.</p>	<p>i) assurer la représentation de l'Eurodistrict au sein d'organismes et de réseaux nationaux, européens et internationaux afin d'assurer le positionnement et la promotion commune de ce territoire ;</p> <p>j) conforter son positionnement européen en faisant du statut de Strasbourg, capitale de l'Europe démocratique et parlementaire, un élément incontestable de l'image de marque de l'Eurodistrict.</p> <p>3. L'action commune au sein de l'Eurodistrict n'est pas exclusive d'autres formes de coopération transfrontalière pouvant être menées par les membres en fonction des projets concernés et de partenariats appropriés. L'Eurodistrict peut assister ses membres dans le montage et la mise en œuvre des projets d'intérêt transfrontalier.</p>
<p>ARTICLE 6 : Modification de la présente convention</p> <p>1. Cas général: La convention est modifiée après décision du Conseil qui statue à la double majorité simple des représentants statutaires français et allemands. La délibération est notifiée aux membres</p> <p>Toute modification de la convention doit être approuvée par les autorités qui ont autorisé la création du Groupement dans les conditions fixées à l'article 4 du Règlement CE n°1082/2006.</p> <p>2. Adhésion de nouveaux membres: La demande d'adhésion de chaque nouveau membre potentiel doit être</p>	<p>ARTICLE 6 : Modification de la présente convention</p> <p>1. Cas général: La convention est modifiée après décision du Conseil qui statue à la double majorité simple des représentants statutaires français et allemands. La délibération est notifiée aux membres</p> <p>Toute modification de la convention doit être approuvée par les autorités qui ont autorisé la création du Groupement dans les conditions fixées à l'article 4 du Règlement CE n°1082/2006.</p> <p>2. Adhésion de nouveaux membres: La demande d'adhésion de chaque nouveau membre potentiel doit être</p>

formulée par écrit au Groupement et donne lieu à une recommandation du Bureau.

Le Président inscrit la demande à l'ordre du jour du Conseil.

Le Conseil décide de l'admission selon les règles de majorité prévues au point 1 du présent article.

L'admission prend effet dès l'entrée en vigueur de la modification de la convention constitutive et des statuts, après approbation de la modification de la convention et des statuts par le représentant de l'Etat qui a autorisé la création du Groupement ainsi que, le cas échéant, de l'accord de l'Etat du ressort du nouveau membre potentiel, selon les règles de son droit interne.

3. Retrait d'un membre:

La qualité de membre se perd par retrait. Tout membre peut se retirer du Groupement à l'expiration d'un exercice budgétaire, sous réserve qu'il ait notifié son intention au moins un an avant la fin de cet exercice. La décision de retrait est constatée par le Conseil et notifiée aux autres membres. Le Conseil engage en conséquence la modification de la convention constitutive et des statuts selon les règles de majorité prévues au 1^{er} paragraphe du présent article.

La délibération du Conseil est notifiée aux membres du groupement.

Le retrait prend effet dès l'entrée en vigueur de la modification de la convention constitutive et des statuts, après approbation de la modification de la convention et des statuts par le représentant de l'Etat qui a autorisé la création du Groupement ainsi que, le cas échéant, de l'accord de l'Etat dont est issu le membre exerçant son droit de retrait, selon les règles de son droit interne.

formulée par écrit au Groupement et donne lieu à une recommandation du Bureau.

Le Président inscrit la demande à l'ordre du jour du Conseil.

Le Conseil décide de l'admission selon les règles de majorité prévues au point 1 du présent article.

L'admission prend effet dès l'entrée en vigueur de la modification de la convention constitutive et des statuts, après approbation de la modification de la convention et des statuts par le représentant de l'Etat qui a autorisé la création du Groupement ainsi que, le cas échéant, de l'accord de l'Etat du ressort du nouveau membre potentiel, selon les règles de son droit interne.

3. Retrait d'un membre:

La qualité de membre se perd par retrait. Tout membre peut se retirer du Groupement à l'expiration d'un exercice budgétaire, sous réserve qu'il ait notifié son intention au moins un an avant la fin de cet exercice. La décision de retrait est constatée par le Conseil et notifiée aux autres membres. Le Conseil engage en conséquence la modification de la convention constitutive et des statuts selon les règles de majorité prévues au 1^{er} paragraphe du présent article.

La délibération du Conseil est notifiée aux membres du Groupement.

Le retrait prend effet dès l'entrée en vigueur de la modification de la convention constitutive et des statuts, après approbation de la modification de la convention et des statuts par le représentant de l'Etat qui a autorisé la création du Groupement ainsi que, le cas échéant, de l'accord de l'Etat dont est issu le membre exerçant son droit de retrait, selon les règles de son droit interne.

<p>Une convention conclue entre le membre qui exerce son droit de retrait et le Groupement règle les modalités notamment financières du retrait.</p> <p>Les membres ayant exercé leur droit de retrait engagent leur responsabilité après avoir cessé d'être membres du Groupement pour des actions découlant d'activités du Groupement réalisées alors qu'ils en étaient membres.</p> <p>Le membre se retirant participe à l'apurement des dettes proportionnellement à ses engagements financiers antérieurs tels qu'ils figurent dans le compte administratif de sa dernière année de participation au Groupement.</p>	<p>Une convention conclue entre le membre qui exerce son droit de retrait et le Groupement règle les modalités notamment financières du retrait.</p> <p>Les membres ayant exercé leur droit de retrait engagent leur responsabilité après avoir cessé d'être membres du Groupement pour des actions découlant d'activités du Groupement réalisées alors qu'ils en étaient membres.</p> <p>Le membre se retirant participe à l'apurement des dettes proportionnellement à ses engagements financiers antérieurs tels qu'ils figurent dans le compte administratif de sa dernière année de participation au Groupement.</p>
<p>ARTICLE 7 : Dissolution</p> <p>1. Outre les cas et modalités prévues par l'article 14 du Règlement CE n°1082/2006, et par l'article L 1115-4-2 du Code Général des Collectivités Territoriales, la dissolution du Groupement Européen de Coopération Territoriale Eurodistrict Strasbourg-Ortenau peut aussi être demandée par décision prise à la double majorité simple des représentants statutaires français et allemands.</p> <p>2. La dissolution est prononcée par arrêté du représentant de l'Etat, Préfet de la Région Alsace, Préfet du Bas-Rhin pris au plus tard quinze jours avant la date d'effet fixée pour la dissolution ou dès satisfaction des conditions de liquidation et d'apurement des droits des tiers.</p> <p>3. Dans le cas d'une dissolution du Groupement, l'actif et le passif et son patrimoine est réparti entre les membres mentionnés à l'article 1^{er} de la présente convention, conformément à la clé de répartition des contributions des</p>	<p>ARTICLE 7 : Dissolution</p> <p>1. Outre les cas et modalités prévues par l'article 14 du Règlement CE n°1082/2006, et par l'article L 1115-4-2 du Code Général des Collectivités Territoriales, la dissolution du Groupement Européen de Coopération Territoriale Eurodistrict Strasbourg-Ortenau peut aussi être demandée par décision prise à la double majorité simple des représentants statutaires français et allemands.</p> <p>2. La dissolution est prononcée par arrêté du représentant de l'Etat, Préfet de la Région Alsace, Préfet du Bas-Rhin pris au plus tard quinze jours avant la date d'effet fixée pour la dissolution ou dès satisfaction des conditions de liquidation et d'apurement des droits des tiers.</p> <p>3. Dans le cas d'une dissolution du Groupement, l'actif et le passif et son patrimoine est réparti entre les membres mentionnés à l'article 1^{er} de la présente convention, conformément à la clé de répartition des contributions des</p>

membres indiquée dans l'article 11 des statuts.	membres indiquée dans l'article 11 des statuts.
<p>ARTICLE 8 : Entrée en vigueur et durée</p> <p>1. Le Groupement européen de coopération territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » acquiert la personnalité juridique, après accord des autorités allemandes compétentes sur la participation des membres allemands et à compter de la date de publication de l'arrêté du représentant de l'Etat, Préfet de la Région Alsace, Préfet du Bas-Rhin, portant création du Groupement.</p> <p>2. Le Groupement européen de coopération territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » est créé pour une durée indéterminée.</p> <p>3. La présente convention sera remplacée lorsque le cadre constitutionnel, légal et conventionnel aura évolué et permettra d'ériger l'Eurodistrict en une forme inédite d'intercommunalité transfrontalière.</p>	<p>ARTICLE 8 : Entrée en vigueur et durée</p> <p>1. Le Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » acquiert la personnalité juridique, après accord des autorités allemandes compétentes sur la participation des membres allemands et à compter de la date de publication de l'arrêté du représentant de l'Etat, Préfet de la Région Alsace, Préfet du Bas-Rhin, portant création du Groupement.</p> <p>2. Le Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » est créé pour une durée indéterminée.</p> <p>3. La présente convention sera remplacée lorsque le cadre constitutionnel, légal et conventionnel aura évolué et permettra d'ériger l'Eurodistrict en une forme inédite d'intercommunalité transfrontalière.</p>
<p>ARTICLE 9 : Litiges</p> <p>1. Tout litige entre les parties se rapportant à l'exécution et/ou à l'interprétation de la présente convention, qui n'a pu faire l'objet d'un règlement amiable, relève de la compétence de la juridiction française qui se prononce sur la base de la version française de cette convention.</p> <p>2. A défaut de solution amiable ou d'accord, chaque partie contractante peut solliciter la conciliation des instances de leur Etat respectif.</p>	<p>ARTICLE 9 : Litiges</p> <p>1. Tout litige entre les parties se rapportant à l'exécution et/ou à l'interprétation de la présente convention, qui n'a pu faire l'objet d'un règlement amiable, relève de la compétence de la juridiction française qui se prononce sur la base de la version française de cette convention.</p> <p>2. A défaut de solution amiable ou d'accord, chaque partie contractante peut solliciter la conciliation des instances de leur Etat respectif.</p>
Fait àle....., en exemplaires en langues française et allemande.	Fait àle....., en exemplaires en langues française et allemande.



Proposition de révision des statuts permettant l'élargissement du périmètre du côté français

Colonne de gauche:
statuts d'origine en vigueur (en date du 04.02.2010)

Colonne de droite:
statuts modifiés en cours de validation
(en date du 25.11.2010)

en gris : les modifications du 17.06.2010	en vert : les modifications du 25.11.2010
en jaune : les modifications engendrées par l'adhésion des nouveaux membres	en bleu : les modifications sur proposition du Président

Statuts du Groupement Européen de Coopération Territoriale « EURODISTRICT STRASBOURG-ORTENAU »	Statuts du Groupement Européen de Coopération Territoriale « EURODISTRICT STRASBOURG-ORTENAU »
ARTICLE 1 : Convention constitutive Les dispositions de la convention constitutive du Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » font partie des présents statuts.	ARTICLE 1 : Convention constitutive Les dispositions de la convention constitutive du Groupement Européen de Coopération Territoriale « Eurodistrict Strasbourg-Ortenau » font partie des présents statuts.
ARTICLE 2 : Organes de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau 1. Les organes de l'Eurodistrict sont : 1 - l'assemblée, dénommée ci-après : « le Conseil ». 2 - le directeur, dénommé ci-après : « le Président ». 3 - le Vice-Président 4 - le Bureau.	ARTICLE 2 : Organes de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau 1. Les organes de l'Eurodistrict sont : 1. l'assemblée, dénommée ci-après : « le Conseil ». 2. le directeur, dénommé ci-après : « le Président ». 3. le Vice-Président 4. le Bureau.

2. Dans la mesure où les présents statuts désignent des fonctions par des termes au masculin, ces dénominations sont aussi valables pour les femmes.

ARTICLE 3 : Composition du Conseil de l'Eurodistrict

1. Le Conseil se compose de représentants de tous les membres du Groupement, de droit ou désignés par chaque assemblée délibérante des collectivités membres.

En cas de renouvellement général ou partiel des assemblées délibérantes des collectivités membres, le Conseil de l'Eurodistrict continue à fonctionner en l'état jusqu'aux nouvelles désignations des assemblées constitutives des collectivités membres.

2. Le Conseil de l'Eurodistrict se compose, pour commencer, de 48 membres répartis à parts égales entre la partie française et la partie allemande:

au titre de la partie française, 24 représentants de la Communauté Urbaine de Strasbourg, dont le représentant légal et le maire de Strasbourg;

au titre de la partie allemande

2. Dans la mesure où les présents statuts désignent des fonctions par des termes au masculin, ces dénominations sont aussi valables pour les femmes.

ARTICLE 3 : Composition du Conseil de l'Eurodistrict

1. Le Conseil se compose de représentants de tous les membres du Groupement, de droit ou désignés selon le cas par chaque assemblée délibérante des collectivités membres ou par la République française pour ce qui la concerne.

En cas de renouvellement général ou partiel des assemblées délibérantes des collectivités membres, le Conseil de l'Eurodistrict continue à fonctionner en l'état jusqu'aux nouvelles désignations des assemblées constitutives des collectivités membres.

2. Le Conseil de l'Eurodistrict se compose, pour commencer, de 50 membres répartis à parts égales entre la partie française et la partie allemande :

au titre de la partie française, 25 membres, soit :

- ~~(24)~~ 21 représentants de la Communauté Urbaine de Strasbourg, dont le représentant légal et le Maire de Strasbourg;
- 1 représentant de la Communauté de communes du Pays d'Erstein,
- 1 représentant de la Communauté de communes du Rhin,
- 1 représentant de la Communauté de communes de Benfeld et environs.
- 1 représentant de la République française.

au titre de la partie allemande

<p>24 membres, soit</p> <ul style="list-style-type: none"> - 12 représentants de l'Ortenaukreis, dont le représentant légal, - 3 représentants de la Ville d'Offenburg, dont le représentant légal, - 3 représentants de la Ville de Lahr, dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville de Kehl, dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville d'Achern dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville d'Oberkirch dont le représentant légal. <p>3. Les représentants des Etats sont invités en qualité d'observateur dans l'attente de leur adhésion. Le Conseil de l'Eurodistrict peut accorder à d'autres collectivités régionales, départementales ou locales ainsi qu'à des organismes publics locaux, le statut d'observateurs. Ils participent aux débats du Conseil mais ils ne prennent pas part au vote.</p>	<p><u>25 membres, soit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - 13 représentants de l'Ortenaukreis, dont le représentant légal, - 3 représentants de la Ville d'Offenburg, dont le représentant légal, - 3 représentants de la Ville de Lahr, dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville de Kehl, dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville d'Achern dont le représentant légal, - 2 représentants de la Ville d'Oberkirch dont le représentant légal. <p>3. Les représentants de la République Fédérale d'Allemagne et du Land de Bade-Wurtemberg sont invités en qualité d'observateurs. Le Conseil de l'Eurodistrict peut accorder à d'autres collectivités régionales, départementales ou locales ainsi qu'à des organismes publics locaux, le statut d'observateurs. Ils participent aux débats du Conseil mais ils ne prennent pas part au vote.</p>
<p>ARTICLE 4 : Fonctionnement du Conseil</p> <p>1. Le Conseil se réunit au moins 2 fois par an en séance publique, sur convocation de son Président.</p> <p>2. Le Conseil se réunit de droit dans un délai maximum de 30 jours lorsque un quart (1/4) des représentants le demande sur un ordre du jour que ceux-ci déterminent.</p> <p>3. Les délais prévus ont un caractère « franc », ils sont calculés de la manière suivante : le jour d'envoi de la</p>	<p>ARTICLE 4 : Fonctionnement du Conseil</p> <p>1. Le Conseil se réunit au moins <u>trois fois</u> par an en séance publique, sur convocation de son Président.</p> <p>2. Le Conseil se réunit de droit dans un délai maximum de 30 jours lorsque un quart (1/4) des représentants le demande sur un ordre du jour que ceux-ci déterminent.</p> <p>3. Les délais prévus ont un caractère « franc », ils sont calculés de la manière suivante : le jour d'envoi de la</p>

convocation et le jour de la réunion ne sont pas comptés. Il n'y a pas de prorogation du délai s'il expire un samedi, un dimanche ou un jour férié.

4. Les séances sont publiques. Néanmoins, si un tiers (1/3) des représentants ou le Président le demandent, le Conseil peut décider, sans débat, de se réunir à huis clos.

5. Toute convocation est faite par le Président. Elle est accompagnée des questions portées à l'ordre du jour ainsi que des documents correspondants. Une note explicative de synthèse sur les affaires soumises à délibération est jointe. Les convocations sont adressées aux représentants par écrit, sous quelque forme que ce soit, à leur domicile, sauf s'ils font le choix d'une autre adresse, 7 jours au moins avant la date de la réunion.

6. En cas d'urgence, le délai est ramené à 3 jours à l'avance. Les convocations et documents de séance peuvent être envoyés par voie électronique.

7. Les documents de séance sont rédigés en langue française et allemande. La traduction simultanée est assurée pour les délibérations du Conseil.

8. Le Conseil est présidé par le Président ou, à défaut, par le Vice-Président. Le Président ou le Vice-Président qui le remplace a seul la police du Conseil.

9. Peuvent être invités aux réunions du Conseil, tout représentant d'institution ou organisme que le Président juge utile d'entendre pour éclairer les débats. Ils peuvent participer aux débats mais ne participent pas au vote.

10. Un procès-verbal des séances est élaboré en langue française et allemande.

convocation et le jour de la réunion ne sont pas comptés. Il n'y a pas de prorogation du délai s'il expire un samedi, un dimanche ou un jour férié.

4. Les séances sont publiques. Néanmoins, si un tiers (1/3) des représentants ou le Président le demandent, le Conseil peut décider, sans débat, de se réunir à huis clos.

5. Toute convocation est faite par le Président. Elle est accompagnée des questions portées à l'ordre du jour ainsi que des documents correspondants. Une note explicative de synthèse sur les affaires soumises à délibération est jointe. Les convocations sont adressées aux représentants par écrit, sous quelque forme que ce soit, à leur domicile, sauf s'ils font le choix d'une autre adresse, 7 jours au moins avant la date de la réunion.

6. En cas d'urgence, le délai est ramené à 3 jours à l'avance. Les convocations et documents de séance peuvent être envoyés par voie électronique.

7. Les documents de séance sont rédigés en langue française et allemande. La traduction simultanée est assurée pour les délibérations du Conseil.

8. Le Conseil est présidé par le Président ou, à défaut, par le Vice-Président. Le Président ou le Vice-Président qui le remplace a seul la police du Conseil.

9. Peuvent être invités aux réunions du Conseil, tout représentant d'institution ou organisme que le Président juge utile d'entendre pour éclairer les débats. Ils peuvent participer aux débats mais ne participent pas au vote.

10. Un procès-verbal des séances est élaboré en langue française et allemande.

ARTICLE 5 : Délibérations du Conseil

1. Le Conseil de l'Eurodistrict ne délibère valablement que lorsqu'au moins la moitié des représentants de la partie française et de la partie allemande sont présents. Au cas où le quorum n'aurait pas été atteint, le Conseil est à nouveau convoqué à au moins 7 jours d'intervalle pour le même objet. Il peut alors valablement délibérer sans condition de quorum.

2. Le Conseil statue à la majorité simple des suffrages exprimés.

3. A la demande d'un tiers (1/3) des représentants présents ou représentés, le Conseil statue à la double majorité simple des suffrages exprimés de la partie allemande et de la partie française.

4. En cas d'égalité, la voix du Président, ou en son absence, du Vice-Président, est prépondérante.

5. Le vote est public. Le vote à bulletins secret est utilisé quand le tiers (1/3) des représentants présents en fait la demande.

6. Les représentants au Conseil veillent à faire connaître les résultats des délibérations de l'Eurodistrict dans leur collectivité d'origine. Ils appuient la mise en œuvre des délibérations.

7. Le Conseil se réunit dans un lieu différent du siège sur l'ensemble du territoire de l'Eurodistrict, par décision du Bureau.

8. Un représentant empêché d'assister à une séance peut donner à un autre représentant de son choix pouvoir par écrit de voter en son nom. Un même représentant ne peut être porteur que

ARTICLE 5 : Délibérations du Conseil

1. Le Conseil de l'Eurodistrict ne délibère valablement que lorsqu'au moins la moitié des représentants de la partie française et de la partie allemande sont présents. Au cas où le quorum n'aurait pas été atteint, le Conseil est à nouveau convoqué à au moins 7 jours d'intervalle pour le même objet. Il peut alors valablement délibérer sans condition de quorum.

2. Le Conseil statue à la majorité simple des suffrages exprimés.

3. A la demande d'un tiers (1/3) des représentants présents ou représentés, le Conseil statue à la double majorité simple des suffrages exprimés de la partie allemande et de la partie française.

4. En cas d'égalité, la voix du Président, ou en son absence, du Vice-Président, est prépondérante.

5. Le vote est public. Le vote à bulletins secret est utilisé quand le tiers (1/3) des représentants présents en fait la demande.

6. Les représentants au Conseil veillent à faire connaître les résultats des délibérations de l'Eurodistrict dans leur collectivité d'origine. Ils appuient la mise en œuvre des délibérations.

7. Le Conseil se réunit dans un lieu différent du siège sur l'ensemble du territoire de l'Eurodistrict, par décision du Bureau.

8. Un représentant empêché d'assister à une séance peut donner à un autre représentant de son choix pouvoir par écrit de voter en son nom. Un même représentant ne peut être porteur que

d'un seul pouvoir. Le pouvoir est toujours révocable. Sauf cas de maladie dûment constatée, il ne peut être établi pour plus d'une séance.

9. Toute personne physique ou morale a le droit de demander communication sans déplacement et de prendre copie totale ou partielle des procès-verbaux du Conseil, des budgets et des comptes ainsi que des délibérations du bureau et des arrêtés du Président. Ces documents sont disponibles sur le site de l'Eurodistrict.

d'un seul pouvoir. Le pouvoir est toujours révocable. Sauf cas de maladie dûment constatée, il ne peut être établi pour plus d'une séance.

9. Toute personne physique ou morale a le droit de demander communication sans déplacement et de prendre copie totale ou partielle des procès-verbaux du Conseil, des budgets et des comptes ainsi que des délibérations du bureau et des arrêtés du Président. Ces documents sont disponibles sur le site de l'Eurodistrict.

ARTICLE 6 : Attributions du Conseil

1. Le Conseil règle par ses délibérations les affaires relevant des missions de l'Eurodistrict définies à l'article 5 de la convention constitutive qui fait partie des statuts.

2. Le Conseil statue notamment sur les points suivants :

1 - il délibère sur les modifications de la convention constitutive et des statuts, notamment pour autoriser l'adhésion de nouveaux membres ou le retrait d'un membre;

2 - il débat de la stratégie de développement commun et sur les orientations générales de l'action de l'Eurodistrict;

3 - Il adopte le programme de travail, sur proposition du Bureau;

4 - Il vote le budget primitif (budget prévisionnel) et arrête les comptes par le vote du compte administratif qui est présenté par le Président, et du compte de gestion;

ARTICLE 6 : Attributions du Conseil

1. Le Conseil règle par ses délibérations les affaires relevant des missions de l'Eurodistrict définies à l'article 5 de la convention constitutive qui fait partie des statuts.

2. Le Conseil statue notamment sur les points suivants :

1 - il délibère sur les modifications de la convention constitutive et des statuts, notamment pour autoriser l'adhésion de nouveaux membres ou le retrait d'un membre;

2 - il débat de la stratégie de développement commun et sur les orientations générales de l'action de l'Eurodistrict;

3 - Il adopte le programme de travail, sur proposition du Bureau;

4 - Il vote le budget primitif (budget prévisionnel) et arrête les comptes par le vote du compte administratif qui est présenté par le Président, et du compte de gestion;

<p>5 - Il fixe annuellement le montant des contributions statutaires.</p> <p>6 - Il fixe la liste des emplois à créer;</p> <p>7 - Il procède en son sein à l'élection du Président, du Vice-Président et des membres du Bureau;</p> <p>8 - Il définit les pouvoirs qu'il délègue au bureau, à l'exception de l'adoption du budget, de l'arrêt des comptes, de la création d'emplois, de la conclusion de conventions qui impliquent un engagement financier de l'Eurodistrict supérieur à 50 000 € H.T;</p> <p>9 - Il décide de la mise en place et de la composition et du fonctionnement de commissions politiques et thématiques chargées de préparer les décisions ou de faire des propositions;</p> <p>10 - Il délibère sur l'approbation et la modification du règlement intérieur, sur proposition du Bureau;</p> <p>11 - Il délibère sur l'adhésion de l'Eurodistrict à un autre Groupement;</p> <p>12 - Il délibère sur la réalisation de projets et sur l'exercice de la maîtrise d'ouvrage;</p> <p>13 - Il délibère sur la dissolution de l'Eurodistrict et sur les mesures afférentes.</p>	<p>5 - Il fixe annuellement le montant des contributions statutaires.</p> <p>6 - Il fixe la liste des emplois à créer;</p> <p>7 - Il procède en son sein à l'élection du Président, du Vice-Président et des membres du Bureau;</p> <p>8 - Il définit les pouvoirs qu'il délègue au bureau, à l'exception de l'adoption du budget, de l'arrêt des comptes, de la création d'emplois, de la conclusion de conventions qui impliquent un engagement financier de l'Eurodistrict supérieur à 50 000 € H.T;</p> <p>9 - Il décide de la mise en place et de la composition et du fonctionnement de commissions politiques et thématiques chargées de préparer les décisions ou de faire des propositions;</p> <p>10 - Il délibère sur l'approbation et la modification du règlement intérieur, sur proposition du Bureau;</p> <p>11 - Il délibère sur l'adhésion de l'Eurodistrict à un autre Groupement;</p> <p>12 - Il délibère sur la réalisation de projets et sur l'exercice de la maîtrise d'ouvrage;</p> <p>13 - Il délibère sur la dissolution de l'Eurodistrict et sur les mesures afférentes.</p>
<p>ARTICLE 7 : Bureau</p>	<p>ARTICLE 7 : Bureau</p>

1. Le Bureau est élu par le Conseil de l'Eurodistrict. Il est composé du Président, du Vice-Président et de 8 à 12 membres, ces derniers doivent être issus, à parité, des collectivités de chaque partie.

2. Le Bureau se réunit sur convocation du Président au moins 3 fois par an.

3. Le Bureau règle par ses délibérations les affaires qui relèvent de son objet et qui ne sont pas de la compétence du Conseil.

4. Les décisions du Bureau sont prises à la majorité simple, lorsqu'au moins la moitié des représentants de la partie française et de la partie allemande sont présents, dont le président ou le vice-président. Au cas où le quorum n'aurait pas été atteint, le Bureau est à nouveau convoqué à au moins 7 jours d'intervalle pour le même objet. Il peut alors valablement délibérer sans condition de quorum.

1. Le Bureau est composé du Président, du Vice-Président et de 10 à 14 membres, dont le représentant de la République française, représentant paritairement la partie allemande et la partie française.

A l'exception du représentant de la République française, du Président et du Vice-Président, membres de droit du Bureau, les autres membres sont élus par le Conseil.

2. Le Bureau se réunit sur convocation du Président au moins 3 fois par an. Les décisions peuvent également être prises par voie de consultation écrite par courrier, par message électronique ou par télécopie.

3. Le Bureau règle par ses délibérations les affaires qui relèvent de son objet et qui ne sont pas de la compétence du Conseil.

4. Les décisions du Bureau sont prises à la majorité simple, lorsqu'au moins la moitié des représentants de la partie française et de la partie allemande sont présents, dont le président ou le vice-président. Au cas où le quorum n'aurait pas été atteint, le Bureau est à nouveau convoqué à au moins 7 jours d'intervalle pour le même objet. Il peut alors valablement délibérer sans condition de quorum.

En cas de consultation écrite, le Président envoie à chaque membre par courrier, par message électronique ou par télécopie le texte des résolutions proposées, accompagné des documents nécessaires à l'information des membres du Bureau. Les membres du Bureau peuvent faire part de leur vote par courrier, par message électronique ou par télécopie pour une date limite indiquée, laquelle doit laisser au moins 7 jours ouvrables à partir du jour d'envoi de la consultation. Le vote est formulé sur le texte même de chaque résolution, par mot « oui », « non » ou

5. En cas d'égalité, la voix du Président, ou en son absence, du Vice-Président, est prépondérante.

6. Le Secrétaire Général participe aux réunions du Bureau, à titre consultatif. Il ne prend pas part aux votes.

7. Les attributions du Bureau sont les suivantes :

1 - détermination des actions à conduire au sein de l'Eurodistrict et proposition du programme de travail;

2 - préparation des séances du Conseil et examen des dossiers qui seront traités à l'ordre du jour;

3 - proposition de budget et du montant des contributions annuelles des membres;

4 - détermination des postes nécessaires au fonctionnement des services.

5 - conclusion des conventions qui impliquent un engagement

« abstention ». Les voix qui comptent pour la majorité sont les voix qui ont été retournées par courrier, par message électronique ou par télécopie. Toute voix manquante après le délai indiqué ci-dessus ne sera pas comptée.

5. En cas d'égalité, la voix du Président, ou en son absence, du Vice-Président, est prépondérante.

6. Le Secrétaire Général participe aux réunions du Bureau, à titre consultatif. Il ne prend pas part aux votes.

7. Un représentant empêché d'assister à une séance peut donner à un autre représentant de son choix pouvoir par écrit de voter en son nom. Un même représentant ne peut être porteur que d'un seul pouvoir. Le pouvoir est toujours révocable. Sauf cas de maladie dûment constatée, il ne peut être établi pour plus d'une séance.

8. Les attributions du Bureau sont les suivantes :

1 - détermination des actions à conduire au sein de l'Eurodistrict et proposition du programme de travail;

2 - préparation des séances du Conseil et examen des dossiers qui seront traités à l'ordre du jour;

3 - examen préalable du budget et du montant des contributions annuelles des membres;

4 - détermination des postes nécessaires au fonctionnement des services.

5 - conclusion des conventions qui impliquent un engagement financier supérieur à 25.000€ HT et jusqu'à 50.000€ HT;

<p>financier supérieur à 25 000€ HT et jusqu'à 50 000€ HT;</p> <p>6 - choix du Secrétaire Général en accord avec le Président pour une durée maximale de cinq ans, avec possibilité de révocation ou de renouvellement.</p> <p>7 - mise en place de groupes d'expert et détermination de leur mission;</p> <p>8 - préparation du règlement intérieur;</p> <p>9 - recommandations au Conseil sur les demandes d'adhésion de nouveaux membres;</p> <p>10 - détermination du lieu de session du Conseil;</p> <p>11 - les objets délégués par le Conseil.</p> <p>8. Les documents et procès verbaux sont rédigés en langue française et allemande.</p>	<p>6 - choix du Secrétaire Général en accord avec le Président pour une durée maximale de cinq ans, avec possibilité de révocation ou de renouvellement.</p> <p>7 - mise en place de groupes d'expert et détermination de leur mission;</p> <p>8 - préparation du règlement intérieur;</p> <p>9 - recommandations au Conseil sur les demandes d'adhésion de nouveaux membres;</p> <p>10 - détermination du lieu de session du Conseil;</p> <p>11 - les objets délégués par le Conseil.</p> <p>9. Les documents et procès verbaux sont rédigés en langue française et allemande. En cas de consultation écrite, il en est fait mention dans le procès-verbal auquel est annexée la réponse de chaque membre du Bureau.</p>
<p>ARTICLE 8 : Président</p> <p>1. Le Conseil élit le Président et le Vice-Président en son sein pour une durée de 2 ans.</p> <p>2. Ils sont élus au scrutin majoritaire uninominal à deux tours.</p> <p>3. Le président élu est choisi sur proposition, alternativement, de la partie française et de la partie allemande.</p> <p>4. Le Vice-Président est choisi parmi les représentants relevant de la partie autre que celle dont le Président est issu.</p> <p>5. Le Président exerce les fonctions de directeur telles que déterminées par le Règlement 1082/2006 : il représente</p>	<p>ARTICLE 8 : Président</p> <p>1. Le Conseil élit le Président et le Vice-Président en son sein pour une durée de 2 ans.</p> <p>2. Ils sont élus au scrutin majoritaire uninominal à deux tours.</p> <p>3. Le président élu est choisi sur proposition, alternativement, de la partie française et de la partie allemande.</p> <p>4. Le Vice-Président est choisi parmi les représentants relevant de la partie autre que celle dont le Président est issu.</p> <p>5. Le Président exerce les fonctions de directeur telles que déterminées par le Règlement 1082/2006 : il représente</p>

<p>l'Eurodistrict et agit au nom et pour le compte de celui-ci.</p> <p>6. Le Président prépare et exécute les décisions du Conseil et du Bureau.</p> <p>7. Il convoque le Conseil.</p> <p>8. Il arrête l'ordre du jour du Conseil. Au cours d'une séance du Conseil, $\frac{1}{4}$ (un quart) des représentants peut décider de l'inscription de points à l'ordre du jour de la prochaine séance. Hors séance du Conseil, $\frac{1}{4}$ (un quart) des représentants peut également décider de l'inscription de points à l'ordre du jour pour la séance qui suivra immédiatement la plus prochaine séance.</p> <p>9. Il prépare le budget et présente le compte administratif ainsi que le programme de travail, soumis au vote du Conseil.</p> <p>10. Il signe les conventions jusqu'à un montant de 25 000€ inclus HT.</p> <p>11. Il est ordonnateur des dépenses et prescrit l'exécution des recettes.</p> <p>12. Il est le chef des services de l'Eurodistrict. A ce titre, il recrute le Secrétaire général ainsi que le personnel de l'Eurodistrict, en accord avec le Bureau pour les cadres. Il veille au respect du principe d'équilibre entre les deux parties.</p> <p>13. Il représente l'Eurodistrict en justice et dans toutes les interventions, réunions et manifestations.</p> <p>14. Il est seul chargé de l'administration de l'Eurodistrict. Il peut déléguer par arrêté, sous sa surveillance et sa responsabilité, une partie de ses attributions au Vice-Président ainsi que sa signature au Secrétaire Général ou aux responsables désignés, notamment pour l'ordonnancement des dépenses.</p>	<p>l'Eurodistrict et agit au nom et pour le compte de celui-ci.</p> <p>6. Le Président prépare et exécute les décisions du Conseil et du Bureau.</p> <p>7. Il convoque le Conseil.</p> <p>8. Il arrête l'ordre du jour du Conseil. Au cours d'une séance du Conseil, $\frac{1}{4}$ (un quart) des représentants peut décider de l'inscription de points à l'ordre du jour de la prochaine séance. Hors séance du Conseil, $\frac{1}{4}$ (un quart) des représentants peut également décider de l'inscription de points à l'ordre du jour pour la séance qui suivra immédiatement la plus prochaine séance.</p> <p>9. Il prépare le budget et présente le compte administratif ainsi que le programme de travail, soumis au vote du Conseil.</p> <p>10. Il signe les conventions jusqu'à un montant de 25.000€ inclus HT.</p> <p>11. Il est ordonnateur des dépenses et prescrit l'exécution des recettes.</p> <p>12. Il est le chef des services de l'Eurodistrict. A ce titre, il recrute le Secrétaire Général ainsi que le personnel de l'Eurodistrict, en accord avec le Bureau pour les cadres. Il veille au respect du principe d'équilibre entre les deux parties.</p> <p>13. Il représente l'Eurodistrict en justice et dans toutes les interventions, réunions et manifestations.</p> <p>14. Il est seul chargé de l'administration de l'Eurodistrict. Il peut déléguer par arrêté, sous sa surveillance et sa responsabilité, une partie de ses attributions au Vice-Président ainsi que sa signature au Secrétaire Général ou aux responsables désignés, notamment pour l'ordonnancement des dépenses.</p>
---	---

<p>ARTICLE 9 : Secrétariat Général</p> <p>1. Le Président de l'Eurodistrict agit en étroite et confiante relation de coopération avec les administrations des membres.</p> <p>2. Le Président peut se faire assister d'un Secrétaire Général placé sous son autorité.</p> <p>3. Le Secrétaire Général s'appuie sur les services d'un secrétariat général qui assure notamment :</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 - la préparation des débats au Conseil de l'Eurodistrict et le suivi de l'exécution de ses décisions et projets ; 2 - la coordination des services administratifs et/ou techniques des membres de l'Eurodistrict ; 3 - le service commun de traduction et d'interprétation ; 4 - la communication externe de l'Eurodistrict. 	<p>ARTICLE 9 : Secrétariat Général</p> <p>1. Le Président de l'Eurodistrict agit en étroite et confiante relation de coopération avec les administrations des membres.</p> <p>2. Le Président peut se faire assister d'un Secrétaire Général placé sous son autorité.</p> <p>3. Le Secrétaire Général s'appuie sur les services d'un secrétariat général qui assure notamment :</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 - la préparation des débats au Conseil de l'Eurodistrict et le suivi de l'exécution de ses décisions et projets ; 2 - la coordination des services administratifs et/ou techniques des membres de l'Eurodistrict ; 3 - le service commun de traduction et d'interprétation ; 4 - la communication externe de l'Eurodistrict.
<p>ARTICLE 10 : Ressources de l'Eurodistrict</p> <p>1. Les ressources de l'Eurodistrict comprennent :</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 - les contributions annuelles des membres, 2 - les subventions, 3 - les dons et legs, 4 - les produits afférents aux services rendus, 5 - toute autre recette conforme aux lois et règlements en vigueur. 6 - le produit des emprunts. Chaque emprunt ainsi que ses modalités de remboursement doivent faire l'objet d'un accord de 	<p>ARTICLE 10 : Ressources de l'Eurodistrict</p> <p>1. Les ressources de l'Eurodistrict comprennent :</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. les contributions annuelles des membres, 2. les subventions, 3. les dons et legs, 4. les produits afférents aux services rendus, 5. toute autre recette conforme aux lois et règlements en vigueur. 6. le produit des emprunts. Chaque emprunt ainsi que ses modalités de remboursement doivent faire l'objet d'un accord de tous les

<p>tous les membres.</p> <p>2. L'Eurodistrict peut contracter des emprunts seulement si une autre source de financement n'est pas possible ou si elle est inappropriée. Les emprunts ne peuvent être contractés que pour les investissements ou des mesures de développement liées aux investissements. Les engagements d'emprunt ne peuvent pas dépasser la capacité de financement de l'Eurodistrict.</p>	<p>membres.</p> <p>2. L'Eurodistrict peut contracter des emprunts seulement si une autre source de financement n'est pas possible ou si elle est inappropriée. Les emprunts ne peuvent être contractés que pour les investissements ou des mesures de développement liées aux investissements. Les engagements d'emprunt ne peuvent pas dépasser la capacité de financement de l'Eurodistrict.</p>
<p>ARTICLE 11 : Modalités de contribution financière des membres</p> <p>1. Chaque membre finance le Groupement.</p> <p>2. La contribution financière annuelle des membres est votée par le Conseil avant le 1^{er} janvier de l'année d'exécution. Elle est répartie à parité entre la partie française et la partie allemande.</p> <p>La partie française supportera la moitié de la contribution financière. La contribution est calculée en fonction du nombre d'habitants au dernier recensement général ou complémentaire de la population connu.</p>	<p>ARTICLE 11 : Modalités de contribution financière des membres</p> <p>1. Chaque membre finance le Groupement.</p> <p>2. La contribution financière annuelle des membres est votée par le Conseil avant le 1^{er} janvier de l'année d'exécution. Elle est répartie à parité entre la partie française et la partie allemande.</p> <p>La partie française supportera la moitié de la contribution financière totale, à raison de :</p> <ul style="list-style-type: none"> - 5% du montant dû par la partie française, pour la République française ; - 95% du montant dû par la partie française, pour la Communauté urbaine de Strasbourg, la Communauté de communes du Pays d'Erstein, la Communauté de communes du Rhin et la Communauté de communes de Benfeld et environs. <p>La contribution est calculée en fonction du nombre d'habitants au dernier recensement général ou complémentaire connu de la Communauté Urbaine de Strasbourg, de la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de la Communauté de communes du Rhin et de la Communauté de communes de Benfeld et environs.</p>

Les membres de la partie allemande supporteront l'autre moitié de la contribution selon les modalités suivantes :

Dans un premier temps, la contribution totale de la partie allemande est divisée par le nombre d'habitants total de l'Ortenaukreis au dernier recensement général de la population connu.

Dans un deuxième temps, le résultat précédent, est multiplié par la population respective de chaque ville au dernier recensement général de la population connu. La moitié de la somme obtenue constitue la contribution respective de chaque ville.

La contribution propre de l'Ortenaukreis est calculée par différence entre la contribution globale de la partie allemande et celle des Villes allemandes.

3. Les contributions annuelles constituent des dépenses obligatoires pour les membres.

4. Le paiement des contributions annuelles des collectivités membres se fait en une fois et au plus tard le 31 mars de l'année en cours.

5. Les collectivités inscrivent à leur budget les sommes nécessaires pour couvrir les contributions qui leurs sont notifiées par l'Eurodistrict, après approbation du budget primitif par le Conseil.

6. Pour la première année de création de l'Eurodistrict, la contribution des membres est votée dans les 3 mois de l'entrée en vigueur des statuts et versée dans le délai fixé par le Conseil.

Les membres de la partie allemande supporteront l'autre moitié de la contribution selon les modalités suivantes :

Dans un premier temps, la contribution totale de la partie allemande est divisée par le nombre d'habitants total de l'Ortenaukreis au dernier recensement général de la population connu.

Dans un deuxième temps, le résultat précédent est multiplié par la population respective de chaque ville au dernier recensement général de la population connu. La moitié de la somme obtenue constitue la contribution respective de chaque ville.

La contribution propre de l'Ortenaukreis est calculée par différence entre la contribution globale de la partie allemande et celle des Villes allemandes.

3. Les contributions annuelles constituent des dépenses obligatoires pour les membres.

4. Le paiement des contributions annuelles des collectivités membres se fait en une fois et au plus tard le 31 mars de l'année en cours.

5. Les collectivités inscrivent à leur budget les sommes nécessaires pour couvrir les contributions qui leurs sont notifiées par l'Eurodistrict, après approbation du budget primitif par le Conseil.

6. Pour la première année de création de l'Eurodistrict, la contribution des membres est votée dans les 3 mois de l'entrée en vigueur des statuts et versée dans le délai fixé par le Conseil.

<p>7. Les collectivités membres peuvent mettre à disposition de l'Eurodistrict du personnel, des locaux ainsi que des moyens de fonctionnement. Dans ce cas les frais afférents donnent lieu à un remboursement total ou partiel, dans les conditions fixées par le Conseil.</p> <p>8. En cas d'admission ou de retrait en cours d'année civile, la contribution annuelle sera due pour toute l'année engagée.</p> <p>9. Toute admission ou retrait nécessite une modification de la clé de répartition.</p>	<p>Pour la première année d'adhésion, la contribution de la République française pourra être remboursée à la Communauté Urbaine de Strasbourg.</p> <p>7. Les collectivités membres peuvent mettre à disposition de l'Eurodistrict du personnel, des locaux ainsi que des moyens de fonctionnement. Dans ce cas les frais afférents donnent lieu à un remboursement total ou partiel, dans les conditions fixées par le Conseil.</p> <p>8. En cas d'admission ou de retrait en cours d'année civile, la contribution annuelle sera due pour toute l'année engagée.</p> <p>9. Toute admission ou retrait nécessite une modification de la clé de répartition.</p>
<p>ARTICLE 12 : Dispositions budgétaires et comptables</p> <p>1. Le Conseil vote le budget primitif (budget prévisionnel) sur proposition du Président au plus tard le 1^{er} janvier de chaque année. Il arrête les comptes par le vote du compte administratif présenté par le Président et du compte de gestion, au plus tard le 30 juin de l'année qui suit la clôture de l'exercice concerné.</p> <p>2. Copie du budget primitif et du compte administratif sont adressés chaque année aux membres.</p> <p>3. Les excédents comme les déficits sont repris au budget de l'exercice suivant.</p> <p>4. Au moment du vote du compte administratif le Président doit se retirer, le Conseil élit alors un Président de séance.</p> <p>5. La comptabilité de l'Eurodistrict est tenue et sa gestion est assurée selon les règles de la comptabilité publique française, notamment les articles L.1612-1 à L.1612-20 du code général des collectivités territoriales.</p>	<p>ARTICLE 12 : Dispositions budgétaires et comptables</p> <p>1. Le Conseil vote le budget primitif (budget prévisionnel) sur proposition du Président au plus tard le 31 mars de chaque année. Il arrête les comptes par le vote du compte administratif présenté par le Président et du compte de gestion, au plus tard le 30 juin de l'année qui suit la clôture de l'exercice concerné.</p> <p>2. Copie du budget primitif et du compte administratif sont adressés chaque année aux membres.</p> <p>3. Les excédents comme les déficits sont repris au budget de l'exercice suivant.</p> <p>4. Au moment du vote du compte administratif le Président doit se retirer, le Conseil élit alors un Président de séance.</p> <p>5. La comptabilité de l'Eurodistrict est tenue et sa gestion est assurée selon les règles de la comptabilité publique française, notamment les articles L.1612-1 à L.1612-20 du code général des collectivités territoriales.</p>

<p>6. Le comptable assignataire de l'Eurodistrict est le receveur des finances de la Ville de Strasbourg et de la Communauté urbaine de Strasbourg.</p> <p>7. Les documents budgétaires sont mis à la disposition du public, au siège de l'Eurodistrict dans les conditions fixées par l'article L.5722-1 du code général des collectivités territoriales.</p>	<p>6. Le comptable public, nommé dans les conditions de l'article L.1617-1 du CGCT, est désigné par le Préfet, après avis du Trésorier-Payeur Général.</p> <p>7. Les documents budgétaires sont mis à la disposition du public, au siège de l'Eurodistrict dans les conditions fixées par l'article L.5722-1 du code général des collectivités territoriales.</p>
<p>ARTICLE 13 : Marchés publics, concessions et délégations de service public.</p> <p>1. L'Eurodistrict, en tant qu'organisme de droit public, est soumis au Code des marchés publics.</p> <p>2. Le Conseil met en place une commission d'appel d'offres pour la passation des marchés publics, conformément à la réglementation applicable.</p> <p>3. Au cas où il serait procédé à une délégation de service public ou à une concession de service public il sera mis en place une commission conformément aux dispositions de l'article L.1411-5 du Code général des collectivités territoriales.</p>	<p>ARTICLE 13 : Marchés publics, concessions et délégations de service public.</p> <p>1. L'Eurodistrict, en tant qu'organisme de droit public, est soumis au Code des marchés publics.</p> <p>2. Le Conseil met en place une commission d'appel d'offres pour la passation des marchés publics, conformément à la réglementation applicable.</p> <p>3. Au cas où il serait procédé à une délégation de service public ou à une concession de service public il sera mis en place une commission conformément aux dispositions de l'article L.1411-5 du Code général des collectivités territoriales.</p>
<p>ARTICLE 14 : Modification des statuts</p> <p>1. Les présents statuts sont annexés aux délibérations concordantes des Assemblées des membres de l'Eurodistrict qui les a approuvés.</p> <p>2. Chaque modification des statuts doit être approuvée par le Conseil à la double majorité simple des représentants des membres statutaires français et allemands.</p>	<p>ARTICLE 14 : Modification des statuts</p> <p>1. Les présents statuts sont annexés aux délibérations concordantes des Assemblées des membres de l'Eurodistrict qui les a approuvés.</p> <p>2. Chaque modification des statuts doit être approuvée par le Conseil à la double majorité simple des représentants des membres statutaires français et allemands.</p>
<p>ARTICLE 15 : Responsabilités et droit applicable</p> <p>1. La responsabilité de l'Eurodistrict vis-</p>	<p>ARTICLE 15 : Responsabilités et droit applicable</p> <p>1. La responsabilité de l'Eurodistrict vis-</p>

<p>à-vis des tiers est basée sur le droit français.</p> <p>2. Les conséquences financières de la mise en œuvre de cette responsabilité seront supportées par le budget de l'Eurodistrict.</p> <p>3. En cas de difficultés ou de dissolution de l'Eurodistrict, les membres sont engagés proportionnellement à leur participation. Les membres restent responsables de ses dettes jusqu'à extinction de celles-ci.</p> <p>4. Pour toutes les autres missions, obligations et litiges pouvant survenir tant sur le plan administratif que judiciaire c'est le droit de la juridiction française qui s'applique, le siège de l'Eurodistrict étant en France.</p>	<p>à-vis des tiers est basée sur le droit français.</p> <p>2. Les conséquences financières de la mise en œuvre de cette responsabilité seront supportées par le budget de l'Eurodistrict.</p> <p>3. En cas de difficultés ou de dissolution de l'Eurodistrict, les membres sont engagés proportionnellement à leur participation. Les membres restent responsables de ses dettes jusqu'à extinction de celles-ci.</p> <p>4. Pour toutes les autres missions, obligations et litiges pouvant survenir tant sur le plan administratif que judiciaire c'est le droit de la juridiction française qui s'applique, le siège de l'Eurodistrict étant en France. Réserve étant faite de l'application, le cas échéant, des dispositions du règlement CE n°44/2001 du 22 décembre 2000 concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale.</p>
<p>ARTICLE 16 : Langue de travail</p> <p>1. Les langues de travail de l'Eurodistrict sont l'allemand et le français.</p> <p>2. Les moyens de communication généraux (Plaquettes, actes internes, site internet) et les documents (rapports d'études) produits au sein de l'Eurodistrict et à destination de l'extérieur doivent être édités au moins dans les deux langues de travail.</p>	<p>ARTICLE 16 : Langue de travail</p> <p>1. Les langues de travail de l'Eurodistrict sont l'allemand et le français.</p> <p>2. Les moyens de communication généraux (Plaquettes, actes internes, site internet) et les documents (rapports d'études) produits au sein de l'Eurodistrict et à destination de l'extérieur doivent être édités au moins dans les deux langues de travail.</p>
<p>ARTICLE 17 : Personnel</p> <p>L'Eurodistrict peut employer directement du personnel, bénéficiant de mises à disposition ou de détachements conformément au régime des syndicats mixtes régis par les articles L.5721-1 et suivants du code général des collectivités territoriales.</p>	<p>ARTICLE 17 : Personnel</p> <p>L'Eurodistrict peut employer directement du personnel, bénéficiant de mises à disposition ou de détachements. Les conditions relatives aux recrutements, à la rémunération, à la couverture sociale et aux conditions de travail sont déterminées par le Bureau. Celui-ci veille à ce que les</p>

	<p>conditions soient équivalentes pour l'ensemble du personnel, indépendamment de la nationalité ou du lieu de résidence des agents. Dans ce cadre, il peut décider d'appliquer le droit français ou allemand.</p> <p>En cas de mise à disposition de personnel par une collectivité, les éventuels surcoûts liés au régime national de rémunération sont pris en charge par les collectivités d'origine des agents.</p> <p>Le Bureau définit une grille de remboursement des collectivités en fonction du poste concerné.</p> <p>Le Bureau approuve le règlement de service applicable à l'administration du groupement, sur proposition du Secrétaire Général.</p>
<p>ARTICLE 18 : Règlement intérieur</p> <p>L'Eurodistrict établit son règlement intérieur dans les 6 mois de son installation.</p>	<p>ARTICLE 18 : Règlement intérieur</p> <p>L'Eurodistrict établit son règlement intérieur dans les 6 mois de son installation.</p>
<p>ARTICLE 19 : Commissions consultatives</p> <p>Le Règlement intérieur définit la nature, la composition et les fonctions des commissions consultatives de l'Eurodistrict, associant des partenaires extérieurs.</p>	<p>ARTICLE 19 : Commissions consultatives</p> <p>Le Règlement intérieur définit la nature, la composition et les fonctions des commissions consultatives de l'Eurodistrict, associant des partenaires extérieurs.</p>
<p>ARTICLE 20 : Désignation d'un organisme d'audit externe</p> <p>La Chambre Régionale des Comptes d'Alsace est chargée du contrôle de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau.</p>	<p>ARTICLE 20 : Désignation d'un organisme d'audit externe</p> <p>La Chambre Régionale des Comptes d'Alsace est chargée du contrôle de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau.</p>
<p>ARTICLE 21 : Entrée en vigueur des statuts</p>	<p>ARTICLE 21 : Entrée en vigueur des statuts</p>

Les statuts entrent en vigueur à la date mentionnée à l'article 8, premier alinéa, de la convention constitutive, soit à la publication de la décision de création de l'Eurodistrict prise par le représentant de l'Etat, Préfet de la région Alsace, Préfet du Bas-Rhin.	Les statuts entrent en vigueur à la date mentionnée à l'article 8, premier alinéa, de la convention constitutive, soit à la publication de la décision de création de l'Eurodistrict prise par le représentant de l'Etat, Préfet de la région Alsace, Préfet du Bas-Rhin.
Fait àle....., en exemplaires en langues française et allemande.	Fait àle....., en exemplaires en langues française et allemande.

**PRÉFECTURE
DU BAS-RHIN**
- 7 NOV. 2013
 Bureau du Contrôle
de Légalité



Vorschlag zur Änderung der Satzung
zur Gebietserweiterung auf französischer Seite

Linke Spalte :
Ursprüngliche Gründungsvereinbarung, in Kraft seit dem
04.02.2010

Rechte Spalte:
Modifizierte Gründungsvereinbarung vom 25.11.2010, im
Moment zur Validierung bei der Präfektur

Grau hinterlegt : Änderungen vom 17.06.2010	Grün hinterlegt : Änderungen vom 25.11.2010
Gelb hinterlegt : Änderungen, die sich aus dem Beitritt der neuen Gemeinden ergeben	Blau hinterlegt : Änderungen auf Vorschlag des Präsidenten

In Rot geschrieben : Übersetzung fehlte in bisherigen
Versionen

<p align="center">Satzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit "EURODISTRIKT STRASBOURG- ORTENAU"</p>	<p align="center">Satzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit "EURODISTRIKT STRASBOURG- ORTENAU"</p>
<p>ARTIKEL 1: Gründungsvereinbarung</p> <p>Die Regelungen der Gründungsvereinbarung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit "Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau" sind Bestandteil dieser Satzung.</p>	<p>ARTIKEL 1: Gründungsvereinbarung</p> <p>Die Regelungen der Gründungsvereinbarung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit "Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau" sind Bestandteil dieser Satzung.</p>
<p>ARTIKEL 2: Organe des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau</p> <p>1. Die Organe des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 - die Versammlung, nachstehend bezeichnet als "der Rat" 2 - der Direktor, nachstehend bezeichnet als "der Präsident" 3 - der Vizepräsident 4 - der Vorstand 	<p>ARTIKEL 2: Organe des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau</p> <p>1. Die Organe des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 - die Versammlung, nachstehend bezeichnet als "der Rat" 2 - der Direktor, nachstehend bezeichnet als "der Präsident" 3 - der Vizepräsident 4 - der Vorstand

<p>2. Soweit in dieser Satzung die männliche Amtsbezeichnung verwendet wird, ist damit auch die weibliche Amtsbezeichnung gemeint.</p>	<p>2. Soweit in dieser Satzung die männliche Amtsbezeichnung verwendet wird, ist damit auch die weibliche Amtsbezeichnung gemeint.</p>
<p>ARTIKEL 3: Der Eurodistriktrat - Zusammensetzung</p> <p>1. Der Rat setzt sich aus Vertretern kraft Amtes und aus von den Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften benannten Vertretern zusammen.</p> <p>Ändert sich die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften ganz oder teilweise, bleibt die Zusammensetzung des Rates des Eurodistrikts solange unverändert, bis die Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften neue Mitglieder benannt haben.</p> <p>2. Der Eurodistriktrat besteht zunächst aus 48 Mitgliedern, die zu gleichen Teilen auf die französische und auf die deutsche Seite entfallen:</p> <p>für die französische Seite 24 Vertreter der Communauté Urbaine de Strasbourg, darunter der gesetzliche Vertreter und der Bürgermeister von Strasbourg;</p>	<p>ARTIKEL 3: Der Eurodistriktrat - Zusammensetzung</p> <p>1. Der Rat setzt sich aus Vertretern aller Verbundmitglieder zusammen; d.h. aus Vertretern kraft Amtes und aus von den Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften und von der französischen Republik benannten Vertretern.</p> <p>Ändert sich die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften ganz oder teilweise, bleibt die Zusammensetzung des Rates des Eurodistrikts solange unverändert, bis die Entscheidungsgremien der Mitgliedskörperschaften neue Mitglieder benannt haben.</p> <p>2. Der Eurodistriktrat besteht zunächst aus 50 Mitgliedern, die zu gleichen Teilen auf die französische und auf die deutsche Seite entfallen:</p> <p>für die französische Seite 25 Mitglieder nämlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - (24) 21 Vertreter der Stadtgemeinschaft Straßburg, darunter der gesetzliche Vertreter und der Oberbürgermeister von Straßburg; - 1 Vertreter des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein - 1 Vertreter des Verbandes der Gemeinden des Rheins - 1 Vertreter des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung - 1 Vertreter der Französischen Republik ;

für die deutsche Seite 24 Mitglieder, nämlich

- 12 Vertreter des Ortenaukreises, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 3 Vertreter der Stadt Offenburg, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 3 Vertreter der Stadt Lahr, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Kehl, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Achern, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Oberkirch, darunter der gesetzliche Vertreter,

3. Die Vertreter der Staaten sind in der Erwartung ihres Beitritts als Beobachter eingeladen. Der Eurodistriktrat kann anderen regionalen, Departements- oder lokalen Körperschaften oder örtlichen öffentlichen Einrichtungen den Beobachterstatus einräumen. Sie nehmen an den Beratungen des Rates teil, sind aber nicht stimmberechtigt.

ARTIKEL 4: Geschäftsgang des Rates

1. Der Rat tritt mindestens zweimal im Jahr auf Einberufung durch seinen Präsidenten in öffentlicher Sitzung zusammen.
2. Der Rat tritt außerdem mit einer Frist von längstens 30 Tagen zusammen, wenn ein Viertel (1/4) der Vertreter es unter Vorlage einer von ihnen aufgestellten Tagesordnung verlangt.
3. Die vorgesehenen Fristen sind "franko", sie werden in folgender Weise berechnet: Der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung

für die deutsche Seite 25 Mitglieder, nämlich

- 13 Vertreter des Ortenaukreises, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 3 Vertreter der Stadt Offenburg, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 3 Vertreter der Stadt Lahr, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Kehl, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Achern, darunter der gesetzliche Vertreter,
- 2 Vertreter der Stadt Oberkirch, darunter der gesetzliche Vertreter,

3. Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg sind als Beobachter eingeladen. Der Eurodistriktrat kann anderen regionalen, Departements- oder lokalen Körperschaften oder örtlichen öffentlichen Einrichtungen den Beobachterstatus einräumen. Sie nehmen an den Beratungen des Rates teil, sind aber nicht stimmberechtigt.

ARTIKEL 4: Geschäftsgang des Rates

1. Der Rat tritt mindestens dreimal im Jahr auf Einberufung durch seinen Präsidenten in öffentlicher Sitzung zusammen.
2. Der Rat tritt außerdem mit einer Frist von längstens 30 Tagen zusammen, wenn ein Viertel (1/4) der Vertreter es unter Vorlage einer von ihnen aufgestellten Tagesordnung verlangt.
3. Die vorgesehenen Fristen sind "franko", sie werden in folgender Weise berechnet: Der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung

werden nicht gezählt. Die Frist verlängert sich nicht, wenn sie an einem Samstag, einem Sonntag oder einem Feiertag endet.

4. Die Sitzungen sind öffentlich. Jedoch kann der Rat ohne Aussprache beschließen, nichtöffentlich zu tagen, wenn ein Drittel (1/3) der Vertreter oder der Präsident es verlangen.

5. Die Einberufung erfolgt in jedem Fall durch den Präsidenten. Ihr ist eine Tagesordnung mit den Verhandlungsgegenständen und den zugehörigen Unterlagen beizufügen. Eine erläuternde Vorlage zu den Verhandlungsgegenständen ist beizufügen. Die Einladungen werden den Vertretern in Textform mindestens 7 Tage vor dem Datum der Sitzung an ihre Wohnadresse zugesandt, sofern sie nicht eine andere Adresse gewählt haben.

6. In Eilfällen verkürzt sich die Frist auf drei Tage. Die Einladungen und die Sitzungsunterlagen können elektronisch übermittelt werden.

7. Die Sitzungsunterlagen werden jeweils in französischer und deutscher Sprache verfasst. Eine Simultanübersetzung der Verhandlungen des Rates wird gewährleistet.

8. Der Rat wird vom Präsidenten, im Verhinderungsfall vom Vizepräsidenten, geleitet. Die Sitzungspolizei obliegt allein dem Präsidenten oder dem Vizepräsidenten in seiner Vertretung.

9. Zu den Ratssitzungen können Vertreter von Einrichtungen eingeladen werden, deren Anwesenheit der Präsident zur Aufklärung der Verhandlungen für nützlich erachtet. Sie können an den Diskussionen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht.

10. Über den Inhalt der Sitzung ist eine

werden nicht gezählt. Die Frist verlängert sich nicht, wenn sie an einem Samstag, einem Sonntag oder einem Feiertag endet.

4. Die Sitzungen sind öffentlich. Jedoch kann der Rat ohne Aussprache beschließen, nichtöffentlich zu tagen, wenn ein Drittel (1/3) der Vertreter oder der Präsident es verlangen.

5. Die Einberufung erfolgt in jedem Fall durch den Präsidenten. Ihr ist eine Tagesordnung mit den Verhandlungsgegenständen und den zugehörigen Unterlagen beizufügen. Eine erläuternde Vorlage zu den Verhandlungsgegenständen ist beizufügen. Die Einladungen werden den Vertretern in Textform mindestens 7 Tage vor dem Datum der Sitzung an ihre Wohnadresse zugesandt, sofern sie nicht eine andere Adresse gewählt haben.

6. In Eilfällen verkürzt sich die Frist auf drei Tage. Die Einladungen und die Sitzungsunterlagen können elektronisch übermittelt werden.

7. Die Sitzungsunterlagen werden jeweils in französischer und deutscher Sprache verfasst. Eine Simultanübersetzung der Verhandlungen des Rates wird gewährleistet.

8. Der Rat wird vom Präsidenten, im Verhinderungsfall vom Vizepräsidenten, geleitet. Die Sitzungspolizei obliegt allein dem Präsidenten oder dem Vizepräsidenten in seiner Vertretung.

9. Zu den Ratssitzungen können Vertreter von Einrichtungen eingeladen werden, deren Anwesenheit der Präsident zur Aufklärung der Verhandlungen für nützlich erachtet. Sie können an den Diskussionen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht.

10. Über den Inhalt der Sitzung ist eine

<p>Niederschrift in französischer und in deutscher Sprache aufzunehmen.</p>	<p>Niederschrift in französischer und in deutscher Sprache aufzunehmen.</p>
<p>ARTIKEL 5: Beschlussfassung des Rates</p>	<p>ARTIKEL 5: Beschlussfassung des Rates</p>
<p>1. Der Eurodistriktrat ist beschlussfähig, wenn mindestens je die Hälfte der Vertreter der französischen Seite und der deutschen Seite anwesend sind. Falls diese Zahl nicht erreicht wird, wird der Rat mit einer Frist von mindestens 7 Tagen zum selben Gegenstand erneut einberufen. In dieser Sitzung ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Vertreter gegeben.</p>	<p>1. Der Eurodistriktrat ist beschlussfähig, wenn mindestens je die Hälfte der Vertreter der französischen Seite und der deutschen Seite anwesend sind. Falls diese Zahl nicht erreicht wird, wird der Rat mit einer Frist von mindestens 7 Tagen zum selben Gegenstand erneut einberufen. In dieser Sitzung ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Vertreter gegeben.</p>
<p>2. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.</p>	<p>2. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.</p>
<p>3. Auf Verlangen eines Drittels (1/3) der anwesenden oder vertretenen Vertreter beschließt der Rat mit der doppelten einfachen Mehrheit der deutschen und der französischen Seite.</p>	<p>3. Auf Verlangen eines Drittels (1/3) der anwesenden oder vertretenen Vertreter beschließt der Rat mit der doppelten einfachen Mehrheit der deutschen und der französischen Seite.</p>
<p>4. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Präsidenten, in seiner Abwesenheit die des Vizepräsidenten, den Ausschlag.</p>	<p>4. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Präsidenten, in seiner Abwesenheit die des Vizepräsidenten, den Ausschlag.</p>
<p>5. Die Abstimmung erfolgt offen. Eine geheime Abstimmung findet statt, wenn ein Drittel (1/3) der anwesenden Vertreter dies verlangt.</p>	<p>5. Die Abstimmung erfolgt offen. Eine geheime Abstimmung findet statt, wenn ein Drittel (1/3) der anwesenden Vertreter dies verlangt.</p>
<p>6. Die Vertreter im Rat sorgen für die Bekanntmachung der Abstimmungsergebnisse des Eurodistrikts in der Körperschaft, die sie entsandt hat. Sie fördern die Umsetzung der Beschlüsse.</p>	<p>6. Die Vertreter im Rat sorgen für die Bekanntmachung der Abstimmungsergebnisse des Eurodistrikts in der Körperschaft, die sie entsandt hat. Sie fördern die Umsetzung der Beschlüsse.</p>
<p>7. Auf Beschluss des Vorstands tritt der Rat an einem anderen Ort als dem Sitz im gesamten Gebiet des Eurodistrikts zusammen.</p>	<p>7. Auf Beschluss des Vorstands tritt der Rat an einem anderen Ort als dem Sitz im gesamten Gebiet des Eurodistrikts zusammen.</p>
<p>8. Ein an der Sitzungsteilnahme verhinderteter Vertreter kann einem</p>	<p>8. Ein an der Sitzungsteilnahme</p>

anderen Vertreter seiner Wahl schriftlich Vollmacht erteilen, in seinem Namen abzustimmen. Ein Vertreter kann jeweils nur einen anderen vertreten. Die Vollmacht ist jederzeit widerruflich. Außer im Falle einer ordnungsgemäß festgestellten Krankheit kann Vollmacht nur für eine Sitzung erteilt werden.

9. Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht, dass ihr die Niederschriften des Rates, der Haushalt und die Rechnungen sowie die Beschlüsse des Vorstands und die Anordnungen des Präsidenten an den Ort mitgeteilt werden, wo sie sich befindet, und dass sie auszugsweise oder vollständige Abschriften davon erhält. Diese Unterlagen werden auf der Internetseite des Eurodistrikts bereitgestellt.

ARTIKEL 6: Zuständigkeiten des Rates

1. Der Rat beschließt über die Angelegenheiten, die zu den Aufgaben des Eurodistrikts gemäß Artikel 5 der Gründungsvereinbarung gehören, die Bestandteil dieser Satzung ist.

2. Insbesondere beschließt der Rat über folgende Angelegenheiten:

1 - Er beschließt über Änderungen der Gründungsvereinbarung und der Satzung, insbesondere über die Zustimmung zum Beitritt oder zum Ausscheiden eines Mitglieds;

2 - Er berät über die Strategie der gemeinsamen Entwicklung und die allgemeine Ausrichtung der Tätigkeit des Eurodistrikts;

3 - Er beschließt auf Vorschlag des Vorstands über das Arbeitsprogramm;

4 - Er beschließt das Budget primitif (budget prévisionnel)

verhinderter Vertreter kann einem anderen Vertreter seiner Wahl schriftlich Vollmacht erteilen, in seinem Namen abzustimmen. Ein Vertreter kann jeweils nur einen anderen vertreten. Die Vollmacht ist jederzeit widerruflich. Außer im Falle einer ordnungsgemäß festgestellten Krankheit kann Vollmacht nur für eine Sitzung erteilt werden.

9. Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht, dass ihr die Niederschriften des Rates, der Haushalt und die Rechnungen sowie die Beschlüsse des Vorstands und die Anordnungen des Präsidenten an den Ort mitgeteilt werden, wo sie sich befindet, und dass sie auszugsweise oder vollständige Abschriften davon erhält. Diese Unterlagen werden auf der Internetseite des Eurodistrikts bereitgestellt.

ARTIKEL 6: Zuständigkeiten des Rates

1. Der Rat beschließt über die Angelegenheiten, die zu den Aufgaben des Eurodistrikts gemäß Artikel 5 der Gründungsvereinbarung gehören, die Bestandteil dieser Satzung ist.

2. Insbesondere beschließt der Rat über folgende Angelegenheiten:

1 - Er beschließt über Änderungen der Gründungsvereinbarung und der Satzung, insbesondere über die Zustimmung zum Beitritt oder zum Ausscheiden eines Mitglieds;

2 - Er berät über die Strategie der gemeinsamen Entwicklung und die allgemeine Ausrichtung der Tätigkeit des Eurodistrikts;

3 - Er beschließt auf Vorschlag des Vorstands über das Arbeitsprogramm;

4 - Er beschließt das Budget primitif (budget prévisionnel)

(Haushaltsplan) und stellt die Rechnungen durch Beschluss über den Compte administratif, welcher vom Präsidenten vorgelegt wird, und über den Compte de gestion, fest;

5 - Er legt jährlich den satzungsmäßigen Beitrag fest;

6 - Er stellt den Stellenplan fest;

7 - Er wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die Mitglieder des Vorstands;

8 - Er bestimmt die dem Vorstand zu übertragenden Zuständigkeiten mit Ausnahme des Haushaltsbeschlusses, der Feststellung der Rechnungen, des Stellenplans und des Abschlusses von Verträgen, die zu einer Verpflichtung des Eurodistrikts höher als 50.000 € netto führen;

9 - Er beschließt über die Einrichtung, die Zusammensetzung und den Geschäftsgang von politischen und thematischen Ausschüssen mit dem Auftrag, Beschlüsse vorzubereiten oder Vorschläge zu machen;

10 - Er beschließt auf Vorschlag des Vorstands über die Aufstellung und die Änderung der Geschäftsordnung;

11 - Er beschließt über den Beitritt des Eurodistrikts zu einem anderen Verband;

12 - Er beschließt über die Ausführung von Vorhaben und über die Ausübung der Bauherrschaft;

13 - Er beschließt über die Auflösung des Eurodistrikts und

(Haushaltsplan) und stellt die Rechnungen durch Beschluss über den Compte administratif, welcher vom Präsidenten vorgelegt wird, und über den Compte de gestion, fest;

5 - Er legt jährlich den satzungsmäßigen Beitrag fest;

6 - Er stellt den Stellenplan fest;

7 - Er wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die Mitglieder des Vorstands;

8 - Er bestimmt die dem Vorstand zu übertragenden Zuständigkeiten mit Ausnahme des Haushaltsbeschlusses, der Feststellung der Rechnungen, des Stellenplans und des Abschlusses von Verträgen, die zu einer Verpflichtung des Eurodistrikts höher als 50.000 € netto führen;

9 - Er beschließt über die Einrichtung, die Zusammensetzung und den Geschäftsgang von politischen und thematischen Ausschüssen mit dem Auftrag, Beschlüsse vorzubereiten oder Vorschläge zu machen;

10 - Er beschließt auf Vorschlag des Vorstands über die Aufstellung und die Änderung der Geschäftsordnung;

11 - Er beschließt über den Beitritt des Eurodistrikts zu einem anderen Verband;

12 - Er beschließt über die Ausführung von Vorhaben und über die Ausübung der Bauherrschaft;

13 - Er beschließt über die Auflösung des Eurodistrikts und

die diesbezüglichen Maßnahmen.	die diesbezüglichen Maßnahmen.
<p>ARTIKEL 7: Vorstand</p> <p>1. Der Vorstand wird vom Eurodistriktrat gewählt. Er besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und 8 bis 12 Mitgliedern, die paritätisch den Mitgliedskörperschaften beider Seiten angehören.</p> <p>2. Der Vorstand tritt auf Einberufung des Präsidenten mindestens dreimal jährlich zusammen.</p> <p>3. Der Vorstand entscheidet in seinem Zuständigkeitsbereich über alle Angelegenheiten, die nicht dem Rat vorbehalten sind.</p> <p>4. Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst, wenn mindestens die Hälfte der Vertreter jeweils der französischen und der deutschen Seite, darunter der Präsident oder der Vizepräsident, anwesend sind. Falls diese Zahl nicht erreicht wird, wird der Vorstand mit einer Frist von mindestens 7 Tagen zum selben Gegenstand erneut einberufen. In dieser Sitzung ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Vertreter gegeben.</p>	<p>ARTIKEL 7: Vorstand</p> <p>1. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten und 10 bis 14 Mitgliedern, die paritätisch den deutschen und den französischen Teil vertreten, darunter der Vertreter der französischen Republik. Mit Ausnahme des Vertreters der französischen Republik, des Präsidenten und des Vize-Präsidenten, die kraft ihres Amtes Mitglied des Vorstands sind, werden alle Mitglieder des Vorstands vom Rat gewählt.</p> <p>2. Der Vorstand tritt auf Einberufung des Präsidenten mindestens dreimal jährlich zusammen. Beschlüsse können auch in einem Umlaufverfahren in elektronischer, schriftlicher, bzw. Form einer Telefax-Nachricht getroffen werden.</p> <p>3. Der Vorstand entscheidet in seinem Zuständigkeitsbereich über alle Angelegenheiten, die nicht dem Rat vorbehalten sind.</p> <p>4. Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst, wenn mindestens die Hälfte der Vertreter jeweils der französischen und der deutschen Seite, darunter der Präsident oder der Vizepräsident, anwesend sind. Falls diese Zahl nicht erreicht wird, wird der Vorstand mit einer Frist von mindestens 7 Tagen zum selben Gegenstand erneut einberufen. In dieser Sitzung ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Vertreter gegeben. Im Falle eines Beschlusses durch Umlaufverfahren sendet der Präsident jedem Mitglied auf elektronischem, schriftlichen bzw. Wege einer Telefax-Nachricht den Text der Beschlussvorlage sowie die zur Information der Vorstandsmitglieder notwendigen Dokumente. Die Vorstandsmitglieder können ihre Stimme in elektronischer,</p>

5. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Präsidenten, bei seiner Abwesenheit die des Vizepräsidenten, den Ausschlag.

6. Der Generalsekretär nimmt mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teil. Er stimmt nicht mit ab.

7. Der Vorstand ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

1 - Bestimmung der Tätigkeit des Eurodistrikts und Vorschlag des Arbeitsprogramms;

2 - Vorbereitung der Ratssitzungen und der Tagesordnungspunkte;

3 - Vorschlag des Haushaltsplans und des Betrages der jährlichen

schriftlicher bzw Form einer Telefax-Nachricht bis zu einem angegebenen Stichtag, der mindestens 7 Werktage nach Versenden der Dokumente liegen muss, abgeben. Die Stimmabgabe ist auf dem Text selbst in den Worten „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ vorformuliert. Für die Mehrheit entscheidend sind die auf elektronischem, schriftlichen oder dem Wege einer Telefax-Nachricht zurück gesandten Stimmen. Stimmen, die nach Ablauf der oben genannten Frist fehlen, werden nicht mitgezählt.

5. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Präsidenten, bei seiner Abwesenheit die des Vizepräsidenten, den Ausschlag.

6. Der Generalsekretär nimmt mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teil. Er stimmt nicht mit ab.

7. Ein an der Sitzungsteilnahme verhinderteter Vertreter kann einem anderen Vertreter seiner Wahl schriftlich Vollmacht erteilen, in seinem Namen abzustimmen. Ein Vertreter kann jeweils nur einen anderen vertreten. Die Vollmacht ist jederzeit widerruflich. Außer im Falle einer ordnungsgemäß festgestellten Krankheit kann die Vollmacht nur für eine Sitzung erteilt werden

8. Der Vorstand ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

1 - Bestimmung der Tätigkeit des Eurodistrikts und Vorschlag des Arbeitsprogramms;

2 - Vorbereitung der Ratssitzungen und der Tagesordnungspunkte;

3 - Vorprüfung des Haushaltsplans und der jährlichen Mitgliedsbeiträge,

<p>Mitgliedsbeiträge;</p> <p>4 - Bestimmung der notwendigen Stellen;</p> <p>5 - Abschluss von Verträgen, die zu einer Verpflichtung von mehr als 25.000 Euro netto bis 50.000 Euro netto führen;</p> <p>6 - Wahl des Generalsekretärs für eine Dauer von höchstens fünf Jahren mit der Möglichkeit der Abberufung oder der Verlängerung im Einvernehmen mit dem Präsidenten;</p> <p>7 - Einrichtung von Sachverständigengruppen und Bestimmung ihrer Aufgaben;</p> <p>8 - Ausarbeitung der Geschäftsordnung;</p> <p>9 - Empfehlungen an den Rat hinsichtlich der Aufnahme neuer Mitglieder;</p> <p>10 - den Ort der Ratssitzung;</p> <p>11 - die Gegenstände, die ihm vom Rat übertragen werden.</p> <p>8. Die Unterlagen sind jeweils in französischer und in deutscher Sprache zu verfassen.</p>	<p>4 - Bestimmung der notwendigen Stellen;</p> <p>5 - Abschluss von Verträgen, die zu einer Verpflichtung von mehr als 25.000 Euro netto bis 50.000 Euro netto führen;</p> <p>6 - Wahl des Generalsekretärs für eine Dauer von höchstens fünf Jahren mit der Möglichkeit der Abberufung oder der Verlängerung im Einvernehmen mit dem Präsidenten;</p> <p>7 - Einrichtung von Sachverständigengruppen und Bestimmung ihrer Aufgaben;</p> <p>8 - Ausarbeitung der Geschäftsordnung;</p> <p>9 - Empfehlungen an den Rat hinsichtlich der Aufnahme neuer Mitglieder;</p> <p>10 - den Ort der Ratssitzung;</p> <p>11 - die Gegenstände, die ihm vom Rat übertragen werden.</p> <p>9. Die Unterlagen und Sitzungsprotokolle sind jeweils in französischer und in deutscher Sprache zu verfassen. Im Falle eines Umlaufverfahrens wird dies im Sitzungsprotokoll als solches aufgeführt und die Stimmabgabe der Mitglieder des Vorstandes beigelegt.</p>
<p>ARTIKEL 8: Präsident</p> <p>1. Der Rat wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten aus seiner Mitte für die Dauer von 2 Jahren.</p> <p>2. Sie werden in zwei Wahlgängen gewählt.</p> <p>3. Der Präsident wird wechselnd auf Vorschlag einmal der deutschen und einmal der französischen Seite gewählt.</p>	<p>ARTIKEL 8: Präsident</p> <p>1. Der Rat wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten aus seiner Mitte für die Dauer von 2 Jahren.</p> <p>2. Sie werden in zwei Wahlgängen gewählt.</p> <p>3. Der Präsident wird wechselnd auf Vorschlag einmal der deutschen und einmal der französischen Seite gewählt.</p>

<p>4. Der Vizepräsident wird aus der Mitte der Vertreter derjenigen Partei gewählt, die nicht den Präsidenten stellt.</p>	<p>4. Der Vizepräsident wird aus der Mitte der Vertreter derjenigen Partei gewählt, die nicht den Präsidenten stellt.</p>
<p>5. Der Präsident nimmt die Aufgabe des Direktors im Sinne der Verordnung (EG) 1082/2006 wahr: er vertritt den EVTZ und handelt in dessen Namen und für dessen Rechnung.</p>	<p>5. Der Präsident nimmt die Aufgabe des Direktors im Sinne der Verordnung (EG) 1082/2006 wahr: er vertritt den EVTZ und handelt in dessen Namen und für dessen Rechnung.</p>
<p>6. Der Präsident bereitet die Entscheidungen des Rates und des Vorstands vor und führt sie aus.</p>	<p>6. Der Präsident bereitet die Entscheidungen des Rates und des Vorstands vor und führt sie aus.</p>
<p>7. Er beruft den Rat ein.</p>	<p>7. Er beruft den Rat ein.</p>
<p>8. Er legt die Tagesordnung fest. $\frac{1}{4}$ (ein Viertel) der Vertreter kann während einer Sitzung verlangen, dass eine Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. Außerhalb einer Sitzung kann $\frac{1}{4}$ (ein Viertel) der Vertreter verlangen, dass eine Angelegenheit auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung gesetzt wird.</p>	<p>8. Er legt die Tagesordnung fest. $\frac{1}{4}$ (ein Viertel) der Vertreter kann während einer Sitzung verlangen, dass eine Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. Außerhalb einer Sitzung kann $\frac{1}{4}$ (ein Viertel) der Vertreter verlangen, dass eine Angelegenheit auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung gesetzt wird.</p>
<p>9. Er bereitet den Haushaltsplan vor und legt den Comptes administratifs sowie das Arbeitsprogramm zur Beschlussfassung des Rates vor.</p>	<p>9. Er bereitet den Haushalt vor und legt den Comptes administratifs sowie das Arbeitsprogramm zur Beschlussfassung des Rates vor.</p>
<p>10. Er schließt Verträge bis zu einem Betrag von 25.000 € netto.</p>	<p>10. Er schließt Verträge bis zu einem Betrag von 25.000 € netto.</p>
<p>11. Er ordnet die Ausgaben und Einnahmen an.</p>	<p>11. Er ordnet die Ausgaben und Einnahmen an.</p>
<p>12. Er ist der Leiter der Verwaltung des Eurodistrikts. Als solcher stellt er den Generalsekretär und die übrigen Mitarbeiter des Eurodistrikts ein, soweit es sich um Führungskräfte handelt, im Einvernehmen mit dem Vorstand. Er achtet auf die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den beiden Parteien.</p>	<p>12. Er ist der Leiter der Verwaltung des Eurodistrikts. Als solcher stellt er den Generalsekretär und die übrigen Mitarbeiter des Eurodistrikts ein, soweit es sich um Führungskräfte handelt, im Einvernehmen mit dem Vorstand. Er achtet auf die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den beiden Parteien.</p>
<p>13. Er vertritt den Eurodistrikt gerichtlich und außergerichtlich.</p>	<p>13. Er vertritt den Eurodistrikt gerichtlich und außergerichtlich.</p>

<p>14. Er ist allein verantwortlich für die Verwaltung des Eurodistrikts. Er kann durch Verfügung unter Beibehaltung seiner Aufsicht und seiner Verantwortlichkeit einen Teil seiner Aufgaben dem Vizepräsidenten übertragen. In gleicher Weise kann er seine Zeichnungsbefugnis, insbesondere für die Anordnung von Ausgaben, dem Generalsekretär oder bestimmten Verantwortlichen übertragen.</p>	<p>14. Er ist allein verantwortlich für die Verwaltung des Eurodistrikts. Er kann durch Verfügung unter Beibehaltung seiner Aufsicht und seiner Verantwortlichkeit einen Teil seiner Aufgaben dem Vizepräsidenten übertragen. In gleicher Weise kann er seine Zeichnungsbefugnis, insbesondere für die Anordnung von Ausgaben, dem Generalsekretär oder bestimmten Verantwortlichen übertragen.</p>
<p>ARTIKEL 9: Generalsekretariat</p> <p>1. Der Präsident des Eurodistrikts handelt in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Mitglieder.</p> <p>2. Der Präsident kann sich der Unterstützung eines Generalsekretärs unter seiner Leitung bedienen.</p> <p>3. Der Generalsekretär bedient sich der Mitarbeit eines Generalsekretariats, welches insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Vorbereitung der Sitzungen des Eurodistriktrates und die Ausführung seiner Beschlüsse und Vorhaben, 2. die Koordination der Verwaltungen und der technischen Dienste der Mitglieder des Eurodistrikts, 3. den gemeinsamen Sprachdienst, 4. die Öffentlichkeitsarbeit des Eurodistrikts <p>gewährleistet.</p>	<p>ARTIKEL 9: Generalsekretariat</p> <p>1. Der Präsident des Eurodistrikts handelt in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Mitglieder.</p> <p>2. Der Präsident kann sich der Unterstützung eines Generalsekretärs unter seiner Leitung bedienen.</p> <p>3. Der Generalsekretär bedient sich der Mitarbeit eines Generalsekretariats, welches insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Vorbereitung der Sitzungen des Eurodistriktrates und die Ausführung seiner Beschlüsse und Vorhaben, 2. die Koordination der Verwaltungen und der technischen Dienste der Mitglieder des Eurodistrikts, 3. den gemeinsamen Sprachdienst, 4. die Öffentlichkeitsarbeit des Eurodistrikts <p>gewährleistet.</p>
<p>ARTIKEL 10: Mittelaufbringung des Eurodistrikts</p> <p>1. Die Einnahmen des Eurodistrikts umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die jährlichen Mitgliedsbeiträge, 2. Zuwendungen, 	<p>ARTIKEL 10: Mittelaufbringung des Eurodistrikts</p> <p>1. Die Einnahmen des Eurodistrikts umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die jährlichen Mitgliedsbeiträge, 2. Zuwendungen,

<p>3. Schenkungen und Vermächtnisse, 4. Leistungsentgelte, 5. sonstige rechtlich zulässige Einnahmen; 6. Zinseinkünfte. Die Gewährung von Krediten einschließlich der Rückzahlungsbedingungen sind durch Vereinbarung zwischen allen Mitgliedern zu regeln.</p> <p>2. Der Eurodistrikt darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierungsmöglichkeit nicht besteht oder wenn eine solche ungeeignet wäre. Kredite dürfen nur für Investitionen oder für Entwicklungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Investitionen aufgenommen werden. Die Kreditverpflichtungen dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit des Eurodistrikts nicht überschreiten.</p>	<p>3. Schenkungen und Vermächtnisse, 4. Leistungsentgelte, 5. sonstige rechtlich zulässige Einnahmen; Zinseinkünfte. Die Gewährung von Krediten einschließlich der Rückzahlungsbedingungen sind durch Vereinbarung zwischen allen Mitgliedern zu regeln.</p> <p>2. Der Eurodistrikt darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierungsmöglichkeit nicht besteht oder wenn eine solche ungeeignet wäre. Kredite dürfen nur für Investitionen oder für Entwicklungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Investitionen aufgenommen werden. Die Kreditverpflichtungen dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit des Eurodistrikts nicht überschreiten.</p>
<p>ARTIKEL 11: Mitgliedsbeiträge</p> <p>1. Jedes Mitglied trägt zur Finanzierung des Verbundes bei.</p> <p>2. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wird vom Rat vor dem 1. Januar jedes Geschäftsjahres beschlossen. Der Mitgliedsbeitrag wird zu gleichen Teilen von der französischen und von der deutschen Seite aufgebracht.</p> <p>Die französische Seite trägt die Hälfte des Beitrags. Der Beitrag berechnet sich nach der Einwohnerzahl gemäß dem letzten amtlichen Zensus.</p>	<p>ARTIKEL 11: Mitgliedsbeiträge</p> <p>1. Jedes Mitglied trägt zur Finanzierung des Verbundes bei.</p> <p>2. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wird vom Rat vor dem 1. Januar jedes Geschäftsjahres beschlossen. Der Mitgliedsbeitrag wird zu gleichen Teilen von der französischen und von der deutschen Seite aufgebracht.</p> <p>Die französische Seite trägt die Hälfte des Gesamtbeitrags, nämlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - 5% des von der französischen Seite geschuldeten Beitrags für die Französische Republik - 95% des von der französischen Seite geschuldeten Beitrags für die Stadtgemeinschaft Strasbourg, den Gemeindeverband der Gegend Erstein, den Verband der Gemeinden des Rheins sowie den Gemeinde-

verband Benfeld und Umgebung.

Der Beitrag berechnet sich nach der Einwohnerzahl gemäß dem letzten amtlichen Zensus, der Stadtgemeinschaft Straßburg, des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbands der Gemeinden des Rhein sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung.

Die Mitglieder der deutschen Seite tragen die andere Hälfte des Beitrags nach folgendem Schlüssel:

In einem ersten Schritt wird der gesamte auf die deutsche Seite entfallende Anteil durch die Einwohnerzahl des Ortenaukreises nach Maßgabe der letzten amtlichen Zählung geteilt.

In einem zweiten Schritt wird das Ergebnis für jede Stadt mit deren Einwohnerzahl nach Maßgabe der letzten amtlichen Zählung multipliziert. Die Hälfte des so ermittelten Betrages ist jeweils die Beitragsschuld der betreffenden Stadt.

Der Beitrag des Ortenaukreises selbst errechnet sich als Unterschied zwischen dem gesamten auf die deutsche Seite entfallenden Beitrag und dem der deutschen Städte.

3. Die Jahresbeiträge sind Ausgaben, zu denen die Mitglieder gesetzlich verpflichtet sind.

4. Die Zahlung des Jahresbeitrags der Mitgliedskörperschaften erfolgt in einer Summe spätestens bis zum 31. März des laufenden Jahres.

Die Mitglieder der deutschen Seite tragen die andere Hälfte des Beitrags nach folgendem Schlüssel:

In einem ersten Schritt wird der gesamte auf die deutsche Seite entfallende Anteil durch die Einwohnerzahl des Ortenaukreises nach Maßgabe der letzten amtlichen Zählung geteilt.

In einem zweiten Schritt wird das Ergebnis für jede Stadt mit deren Einwohnerzahl nach Maßgabe der letzten amtlichen Zählung multipliziert. Die Hälfte des so ermittelten Betrages ist jeweils die Beitragsschuld der betreffenden Stadt.

Der Beitrag des Ortenaukreises selbst errechnet sich als Unterschied zwischen dem gesamten auf die deutsche Seite entfallenden Beitrag und dem der deutschen Städte.

3. Die Jahresbeiträge sind Ausgaben, zu denen die Mitglieder gesetzlich verpflichtet sind.

4. Die Zahlung des Jahresbeitrags der Mitgliedskörperschaften erfolgt in einer Summe spätestens bis zum 31. März des laufenden Jahres.

<p>5. Die Körperschaften sehen in ihrem Haushalt die notwendigen Ansätze für die Zahlung der Beiträge vor, die ihnen vom Eurodistrikt nach Beschluss des Haushalts (Budget primitif) durch den Rat mitgeteilt werden.</p> <p>6. Der Mitgliedsbeitrag für das Gründungsjahr wird innerhalb einer Frist von 3 Monaten ab Inkrafttreten der Satzung beschlossen und innerhalb der vom Rat festgesetzten Frist entrichtet.</p> <p>7. Die Mitgliedskörperschaften können dem Eurodistrikt Personal, Räumlichkeiten oder Betriebsmittel zur Verfügung stellen. In diesem Fall führen die diesbezüglichen Kosten zu einer vollständigen oder teilweisen Erstattung nach Maßgabe der vom Rat festzusetzenden Bedingungen.</p> <p>8. Bei einem Beitritt oder Ausscheiden während des Kalenderjahres ist der Beitrag für das gesamte Jahr zu bezahlen.</p> <p>9. Jeder Beitritt und jedes Ausscheiden erfordern eine Anpassung des Verteilungsschlüssels.</p>	<p>5. Die Körperschaften sehen in ihrem Haushalt die notwendigen Ansätze für die Zahlung der Beiträge vor, die ihnen vom Eurodistrikt nach Beschluss des Haushalts (Budget primitif) durch den Rat mitgeteilt werden.</p> <p>6. Der Mitgliedsbeitrag für das Gründungsjahr wird innerhalb einer Frist von 3 Monaten ab Inkrafttreten der Satzung beschlossen und innerhalb der vom Rat festgesetzten Frist entrichtet. Für das erste Beitrittsjahr kann der Beitrag der französischen Republik der Stadtgemeinschaft Strasbourg zurückerstattet werden.</p> <p>7. Die Mitgliedskörperschaften können dem Eurodistrikt Personal, Räumlichkeiten oder Betriebsmittel zur Verfügung stellen. In diesem Fall führen die diesbezüglichen Kosten zu einer vollständigen oder teilweisen Erstattung nach Maßgabe der vom Rat festzusetzenden Bedingungen.</p> <p>8. Bei einem Beitritt oder Ausscheiden während des Kalenderjahres ist der Beitrag für das gesamte Jahr zu bezahlen.</p> <p>9. Jeder Beitritt und jedes Ausscheiden erfordern eine Anpassung des Verteilungsschlüssels.</p>
<p>ARTIKEL 12: Haushalt und Rechnungswesen</p> <p>1. Der Rat beschließt den Haushalt Budget primitif (budget prévisionnel) auf Vorschlag des Präsidenten spätestens bis zum 1. Januar jedes Jahres. Er stellt die Rechnungen durch Beschlussfassung über den Compte administratif, welcher vom Präsidenten vorgelegt wird und den Compte de gestion spätestens bis zum 30. Juni des Jahres, das auf den Schluss des betreffenden Rechnungsjahres folgt, fest.</p> <p>2. Abschriften des Haushalts (Budget primitif) und des Compte administratif</p>	<p>ARTIKEL 12: Haushalt und Rechnungswesen</p> <p>1. Der Rat beschließt den Haushalt Budget primitif (budget prévisionnel) auf Vorschlag des Präsidenten spätestens bis zum 31. März jeden Jahres. Er stellt die Rechnungen durch Beschlussfassung über den Compte administratif, welcher vom Präsidenten vorgelegt wird und den Compte de gestion spätestens bis zum 30. Juni des Jahres, das auf den Schluss des betreffenden Rechnungsjahres folgt, fest.</p> <p>2. Abschriften des Haushalts (Budget primitif) und des Compte administratif</p>

<p>werden den Mitgliedern jedes Jahr zugeleitet.</p> <p>3. Überschüsse und Fehlbeträge werden in den Haushalt des Folgejahres übernommen.</p> <p>4. Bei der Beschlussfassung über den Compte administratif muss sich der Präsident zurückziehen; der Rat wählt einen Präsidenten für diese Sitzung.</p> <p>5. Die Rechnungslegung und das Kassenwesen des Eurodistrikts richten sich nach den Vorschriften über die französische Rechnungslegung, insbesondere nach den Artikeln L.1612-1 bis L.1612-20 des Code général des collectivités territoriales.</p> <p>6. Der Comptable assignataire des Eurodistrikts ist der Receveur des finances der Stadt Strasbourg und der Stadtgemeinschaft Strasbourg.</p> <p>7. Die den Haushalt betreffenden Unterlagen werden der Öffentlichkeit am Sitz des Eurodistrikts nach Maßgabe von Artikel L.5722-1 des Code général des collectivités territoriales zur Verfügung gestellt.</p>	<p>werden den Mitgliedern jedes Jahr zugeleitet.</p> <p>3. Überschüsse und Fehlbeträge werden in den Haushalt des Folgejahres übernommen.</p> <p>4. Bei der Beschlussfassung über den Compte administratif muss sich der Präsident zurückziehen; der Rat wählt einen Präsidenten für diese Sitzung.</p> <p>5. Die Rechnungslegung und das Kassenwesen des Eurodistrikts richten sich nach den Vorschriften über die französische Rechnungslegung, insbesondere nach den Artikeln L.1612-1 bis L.1612-20 des Code général des collectivités territoriales.</p> <p>6. Der Comptable public, der nach den Bestimmungen des Artikels L. 1617-1 des CGCT (Code Général des Collectivités Territoriales) bestimmt wird, wird im Einvernehmen mit dem Trésorier-Payeur-Général vom Präfekten ernannt.</p> <p>7. Die den Haushalt betreffenden Unterlagen werden der Öffentlichkeit am Sitz des Eurodistrikts nach Maßgabe von Artikel L.5722-1 des Code général des collectivités territoriales zur Verfügung gestellt.</p>
<p>ARTIKEL 13: Vergaben, Konzessionen und Aufträge für öffentliche Dienstleistungen</p> <p>1. Da der Eurodistrikt eine Einrichtung des öffentlichen Rechts ist, ist der Code des marchés publics anwendbar.</p> <p>2. Der Rat richtet eine Vergabekommission für die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht ein.</p> <p>3. Im Falle der Beauftragung mit öffentlichen Dienstleistungen oder der Erteilung einer Konzession für öffentliche</p>	<p>ARTIKEL 13: Vergaben, Konzessionen und Aufträge für öffentliche Dienstleistungen</p> <p>1. Da der Eurodistrikt eine Einrichtung des öffentlichen Rechts ist, ist der Code des marchés publics anwendbar.</p> <p>2. Der Rat richtet eine Vergabekommission für die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht ein.</p> <p>3. Im Falle der Beauftragung mit öffentlichen Dienstleistungen oder der Erteilung einer Konzession für öffentliche</p>

<p>Dienstleistungen wird ein Ausschuss in Übereinstimmung mit Artikel L.1411-5 des Code général des collectivités territoriales eingerichtet.</p>	<p>Dienstleistungen wird ein Ausschuss in Übereinstimmung mit Artikel L.1411-5 des Code général des collectivités territoriales eingerichtet.</p>
<p>ARTIKEL 14: Änderung der Satzung</p> <p>1. Die vorliegende Satzung wird den übereinstimmenden Beschlüssen der Entscheidungsgremien der Mitglieder des Eurodistrikts beigefügt, durch welche ihr zugestimmt wird.</p> <p>2. Jede Änderung der Satzung bedarf der Zustimmung des Rates mit der doppelten einfachen Mehrheit der satzungsgemäßen Vertreter der Mitglieder der deutschen und der französischen Seite.</p>	<p>ARTIKEL 14: Änderung der Satzung</p> <p>1. Die vorliegende Satzung wird den übereinstimmenden Beschlüssen der Entscheidungsgremien der Mitglieder des Eurodistrikts beigefügt, durch welche ihr zugestimmt wird.</p> <p>2. Jede Änderung der Satzung bedarf der Zustimmung des Rates mit der doppelten einfachen Mehrheit der satzungsgemäßen Vertreter der Mitglieder der deutschen und der französischen Seite.</p>
<p>ARTIKEL 15: Haftung und anwendbares Recht</p> <p>1. Die Haftung des Verbundes gegenüber Dritten richtet sich nach französischem Recht.</p> <p>2. Die finanziellen Folgen der Haftung trägt der Haushalt des Verbundes.</p> <p>3. Bei Zahlungsschwierigkeiten oder bei Auflösung des Verbundes sind die Mitglieder nach Maßgabe ihrer Beteiligung verpflichtet. Die Mitglieder des Verbundes haften bis zur Erfüllung der Schulden fort.</p> <p>4. Für alle anderen Aufgaben, Verpflichtungen oder Streitigkeiten vor Verwaltungs- wie vor ordentlichen Gerichten ist das französische Recht anwendbar, da der Sitz des Verbundes sich in Frankreich befindet.</p>	<p>ARTIKEL 15: Haftung und anwendbares Recht</p> <p>1. Die Haftung des Verbundes gegenüber Dritten richtet sich nach französischem Recht.</p> <p>2. Die finanziellen Folgen der Haftung trägt der Haushalt des Verbundes.</p> <p>3. Bei Zahlungsschwierigkeiten oder bei Auflösung des Verbundes sind die Mitglieder nach Maßgabe ihrer Beteiligung verpflichtet. Die Mitglieder des Verbundes haften bis zur Erfüllung der Schulden fort.</p> <p>4. Für alle anderen Aufgaben, Verpflichtungen oder Streitigkeiten vor Verwaltungs- wie vor ordentlichen Gerichten ist das französische Recht anwendbar, da der Sitz des Verbundes sich in Frankreich befindet.</p> <p>Dies gilt nicht, soweit die Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen anwendbar ist.</p>
<p>ARTIKEL 16: Arbeitssprache</p>	<p>ARTIKEL 16: Arbeitssprache</p>

<p>1. Die Arbeitssprachen des Eurodistrikts sind Deutsch und Französisch.</p> <p>2. Die Veröffentlichungen (Broschüren, interne Papiere, Internetauftritt) und die Dokumente (Studien), die vom Eurodistrikt zum Zwecke der Veröffentlichung hergestellt werden, müssen mindestens in den beiden Arbeitssprachen verfasst werden.</p>	<p>1. Die Arbeitssprachen des Eurodistrikts sind Deutsch und Französisch.</p> <p>2. Die Veröffentlichungen (Broschüren, interne Papiere, Internetauftritt) und die Dokumente (Studien), die vom Eurodistrikt zum Zwecke der Veröffentlichung hergestellt werden, müssen mindestens in den beiden Arbeitssprachen verfasst werden.</p>
<p>ARTIKEL 17: Personal</p> <p>Der Eurodistrikt kann nach Maßgabe der Artikel L. 5721-1 ff des code général des collectivités territoriales unmittelbar Personal einstellen, sich Personal zur Verfügung stellen oder abordnen lassen.</p>	<p>ARTIKEL 17: Personal</p> <p>Der Eurodistrikt kann unmittelbar Personal einstellen, sich Personal zur Verfügung stellen oder abordnen lassen. Die Bedingungen der Einstellungen, Arbeitsverhältnisse, Entlohnung und sozialen Absicherung werden vom Vorstand festgelegt, der darauf achtet, dass die Bedingungen für das gesamte Personal gleichwertig sind, unabhängig davon, welche Nationalität und welchen Wohnort der Mitarbeiter hat. Es kann dabei grundsätzlich deutsches oder französisches Recht vereinbart werden.</p> <p>Im Falle einer Zurverfügungstellung von Personal durch eine Körperschaft werden die eventuellen Mehrkosten aufgrund von nationalen Entlohnungsstandards von den abgebenden Gebietskörperschaften getragen.</p> <p>Auf der Grundlage der jeweiligen Stellen legt der Vorstand eine Tabelle für die Erstattung an die betroffenen Gebietskörperschaften fest.</p> <p>Der Vorstand beschließt ergänzend eine Dienstordnung für die Verwaltung auf Vorschlag des Generalsekretärs.</p>
<p>ARTIKEL 18: Geschäftsordnung</p> <p>Der Eurodistrikt stellt innerhalb von 6 Monaten nach seiner Gründung eine Geschäftsordnung auf.</p>	<p>ARTIKEL 18: Geschäftsordnung</p> <p>Der Eurodistrikt stellt innerhalb von 6 Monaten nach seiner Gründung eine Geschäftsordnung auf.</p>

<p>ARTIKEL 19: Konsultativorgane</p> <p>Die Geschäftsordnung bestimmt die Art, die Zusammensetzung und den Geschäftsgang der Konsultativorgane des Eurodistrikts zu denen externe Partner beigezogen werden.</p>	<p>ARTIKEL 19: Konsultativorgane</p> <p>Die Geschäftsordnung bestimmt die Art, die Zusammensetzung und den Geschäftsgang der Konsultativorgane des Eurodistrikts zu denen externe Partner beigezogen werden.</p>
<p>ARTIKEL 20: Bezeichnung einer externen Prüfungseinrichtung</p> <p>Die <i>Chambre Régionale des Comptes d'Alsace</i> wird mit der Prüfung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau betraut.</p>	<p>ARTIKEL 20: Bezeichnung einer externen Prüfungseinrichtung</p> <p>Die <i>Chambre Régionale des Comptes d'Alsace</i> wird mit der Prüfung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau betraut.</p>
<p>ARTIKEL 21: Inkrafttreten der Satzung</p> <p>Die Satzung tritt mit dem in Artikel 8 Abs. 1 der Gründungsvereinbarung genannten Datum in Kraft, also mit der Veröffentlichung der Entscheidung des Vertreters des Staates, Präfekt der Region Elsass und Präfekt des Bas-Rhin, über die Schaffung des Eurodistrikts.</p>	<p>ARTIKEL 21: Inkrafttreten der Satzung</p> <p>Die Satzung tritt mit dem in Artikel 8 Abs. 1 der Gründungsvereinbarung genannten Datum in Kraft, also mit der Veröffentlichung der Entscheidung des Vertreters des Staates, Präfekt der Region Elsass und Präfekt des Bas-Rhin, über die Schaffung des Eurodistrikts.</p>
<p>Geschehen in am, in Urschriften in französischer und deutscher Sprache.</p>	<p>Geschehen in am, in Urschriften in französischer und deutscher Sprache.</p>





Vorschlag zur Änderung der Gründungsvereinbarung
zur Gebietserweiterung auf französischer Seite

Linke Spalte :
Ursprüngliche Gründungsvereinbarung, in Kraft seit dem
04.02.2010

Rechte Spalte:
Modifizierte Gründungsvereinbarung vom 25.11.2010, im
Moment zur Validierung bei der Präfektur

Grau hinterlegt : Änderungen vom 17.06.2010	Grün hinterlegt : Änderungen vom 25.11.2010 (keine)
Gelb hinterlegt : Änderungen, die sich aus dem Beitritt der neuen Gemeinden ergeben	

Gründungsvereinbarung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „EURODISTRIKT STRASBOURG-ORTENAU“	Gründungsvereinbarung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „EURODISTRIKT STRASBOURG-ORTENAU“
<p>Zwischen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Stadtgemeinschaft Strasbourg, (Communauté Urbaine de Strasbourg), - dem Landkreis Ortenaukreis, - der Stadt Offenburg, - der Stadt Lahr, - der Stadt Kehl, - der Stadt Achern, - der Stadt Oberkirch. <p>PRÄAMBEL In Anbetracht</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard SCHRÖDER, und des Präsidenten der Französischen Republik, Jacques CHIRAC, zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003, in der es heißt: „Wir 	<p>Zwischen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Französischen Republik - der Stadtgemeinschaft Strasbourg*, - dem Gemeindeverband der Gegend Erstein - dem Verband der Gemeinden des Rheins - dem Gemeindeverband Benfeld und Umgebung - dem Landkreis Ortenaukreis*, - der Stadt Offenburg*, - der Stadt Lahr*, - der Stadt Kehl*, - der Stadt Achern*, - der Stadt Oberkirch*. <p>PRÄAMBEL In Anbetracht</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard SCHRÖDER, und des Präsidenten der Französischen Republik, Jacques CHIRAC, zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003, in der es heißt: „Wir

* Gründungsmitglieder

<p>unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Strasbourg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen“;</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Gemeinsamen Resolution der oben genannten Gebietskörperschaften zur Errichtung eines Eurodistrikts vom 24. Mai 2003; - des „Eckpunktepapiers“ des deutschen und des französischen Staatsministers für Europa vom 30. Juni 2003; - der Vereinbarung über die Gründung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau vom 17. Oktober 2005; - der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ); - der Lahrer Erklärung vom 11. Oktober 2008; - des am 3. Februar 2009 von Bernard COTTIN und Erwin VETTER auf Ersuchen des deutschen und französischen Staatsministers für Europa vorgelegten Berichts. 	<p>unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Strasbourg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen“;</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Gemeinsamen Resolution der oben genannten Gebietskörperschaften zur Errichtung eines Eurodistrikts vom 24. Mai 2003; - des „Eckpunktepapiers“ des deutschen und des französischen Staatsministers für Europa vom 30. Juni 2003; - der Vereinbarung über die Gründung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau vom 17. Oktober 2005; - der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ); - der Lahrer Erklärung vom 11. Oktober 2008; - des am 3. Februar 2009 von Bernard COTTIN und Erwin VETTER auf Ersuchen des deutschen und französischen Staatsministers für Europa vorgelegten Berichts; - des Erlasses des Präfekten der Region Elsass vom 28. Januar 2010 über die Gründung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) mit der Bezeichnung „Eurodistrikt Straßburg-Ortenau“, bestehend aus den Gründungsmitgliedern. - der am 4. Februar 2010 von den Gründungsmitgliedern unterschriebenen politischen Erklärung in der sich die Unterzeichner dazu verpflichten, die Gründungsvereinbarung und die Satzung dahin zu ändern, dass die französische Republik als volles Mitglied dem Verbund beitreten kann.
---	--

IN DEM BESTREBEN

- einen Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger des Gebietes zu schaffen,
- sich zu einem Labor des geeinten Europas zu entwickeln,
- auf ihren Gebieten die Grundlagen für einen innovativen Eurodistrikt zu schaffen, der sich schrittweise zu einem wahrhaft grenzüberschreitenden, auf dem Prinzip von gemeinsamen Entscheidungen beruhenden Gemeindeverband entwickeln soll,
- die europäische Dimension Strasbourg als Sitz europäischer Institutionen und Organisationen zu stärken und sich auf die Intensität bestehender grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu stützen,

WIRD FOLGENDES VEREINBART:

IN DEM BESTREBEN

- einen Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger des Gebietes zu schaffen,
- sich zu einem Labor des geeinten Europas zu entwickeln,
- auf ihren Gebieten die Grundlagen für einen innovativen Eurodistrikt zu schaffen, der sich schrittweise zu einem wahrhaft grenzüberschreitenden, auf dem Prinzip von gemeinsamen Entscheidungen beruhenden Gemeindeverband entwickeln soll,
- die europäische Dimension Strasbourg als Sitz europäischer Institutionen und Organisationen zu stärken und sich auf die Intensität bestehender grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu stützen,

WIRD FOLGENDES VEREINBART:

ARTIKEL 1: Gründung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau

1. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 gründen die folgenden Gründungsmitglieder einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) nach französischem Recht, der die Bezeichnung „Eurodistrict Strasbourg-Ortenau“ auf Französisch und „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ auf Deutsch trägt:

- die Stadtgemeinschaft Strasbourg, (Communauté Urbaine de Strasbourg)
- der Landkreis Ortenaukreis,
- die Stadt Offenburg,
- die Stadt Lahr,
- die Stadt Kehl,
- die Stadt Achern.
- die Stadt Oberkirch.

ARTIKEL 1: Gründung des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau

1. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 gründen die nachfolgend aufgeführten Mitglieder einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) nach französischem Recht, der die Bezeichnung „Eurodistrict Strasbourg-Ortenau“ auf Französisch und „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ auf Deutsch trägt.

Gründungsmitglieder:

- die Stadtgemeinschaft Strasbourg, (Communauté Urbaine de Strasbourg)
- der Landkreis Ortenaukreis,
- die Stadt Offenburg,
- die Stadt Lahr,
- die Stadt Kehl,
- die Stadt Achern.
- die Stadt Oberkirch.

<p>2. Dem Verbund können darüber hinaus weitere Mitglieder gemäß Artikel 3 der oben genannten EG-Verordnung Nr. 1082/2006 beitreten,</p> <ul style="list-style-type: none"> - sofern diese aufgrund ihrer eigenen sowie der Zuständigkeiten des Eurodistrikts ein Interesse daran haben, - oder ihr Beitritt den Interessen des Eurodistrikts dient. <p>3. Mit Beitrittsanträgen potenzieller Mitglieder wird gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 dieser Gründungsvereinbarung verfahren.</p> <p>Die spätere Aufnahme von Mitgliedern erfordert die Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung.</p> <p>4. Die Unterzeichner geben dem Wunsch Ausdruck, dass der französische Staat und die deutschen Staaten dem Verbund beitreten.</p>	<p><u>Mitglieder kraft Beitritts:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - die Französische Republik - der Gemeindeverband der Gegend Erstein - der Verband der Gemeinden des Rheins - der Gemeindeverband Benfeld und Umgebung <p>2. Dem Verbund können darüber hinaus weitere Mitglieder gemäß Artikel 3 der oben genannten EG-Verordnung Nr. 1082/2006 beitreten,</p> <ul style="list-style-type: none"> - sofern diese aufgrund ihrer eigenen sowie der Zuständigkeiten des Eurodistrikts ein Interesse daran haben, - oder ihr Beitritt den Interessen des Eurodistrikts dient. <p>3. Mit Beitrittsanträgen potenzieller Mitglieder wird gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 dieser Gründungsvereinbarung verfahren.</p> <p>Die spätere Aufnahme von Mitgliedern erfordert die Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung.</p> <p>4. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg haben innerhalb des Verbunds Beobachterstatus. Sie nehmen an den Verhandlungen des Rates teil, beteiligen sich jedoch nicht an den Abstimmungen.</p>
<p>ARTIKEL 2: Sitz</p> <p>Der Sitz des Eurodistrikts ist Strasbourg.</p> <p>Die Geschäftsstelle befindet sich in Kehl.</p>	<p>ARTIKEL 2: Sitz</p> <p>Der Sitz des Eurodistrikts ist Strasbourg.</p> <p>Die Geschäftsstelle befindet sich in Kehl.</p>
<p>ARTIKEL 3: Anwendbares Recht und gegenseitige Anerkennung</p> <p>1. Der Eurodistrikt unterliegt der Verordnung</p>	<p>ARTIKEL 3: Anwendbares Recht und gegenseitige Anerkennung</p> <p>1. Der Eurodistrikt unterliegt der Verordnung</p>

<p>(EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit, dem Recht des Staates, in dem der Verbund seinen Sitz hat, d.h. französischem Recht, sowie seiner Gründungsvereinbarung und seiner Satzung.</p> <p>2. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt“ ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung in Form eines Syndicat mixte nach Art. L. 1115-4-2 und L.5721-1 ff des Code Général des Collectivités territoriales.</p> <p>3. Die Aufsicht über die Verwaltungstätigkeit, den Haushalt und die Finanzen des Eurodistrikts richtet sich nach französischem Recht. Die für die Aufsicht zuständigen französischen Behörden tauschen geeignete Erkenntnisse mit den entsprechenden deutschen Stellen aus und können von letzteren angerufen werden.</p>	<p>(EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit, dieser Gründungsvereinbarung und seiner Satzung, subsidiär unterliegt er dem Recht des Staates, in dem der Verbund seinen Sitz hat, d.h. französischem Recht.</p> <p>2. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt“ ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung in Form eines Syndicat mixte nach Art. L. 1115-4-2 und L.5721-1 ff des Code Général des Collectivités territoriales.</p> <p>3. Die Aufsicht über die Verwaltungstätigkeit, den Haushalt und die Finanzen des Eurodistrikts richtet sich nach französischem Recht. Die für die Aufsicht zuständigen französischen Behörden tauschen geeignete Erkenntnisse mit den entsprechenden deutschen Stellen aus und können von letzteren angerufen werden.</p>
<p>ARTIKEL 4: Gebietskulisse</p> <p>Der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau umfasst zunächst das Gebiet, auf das sich die Zuständigkeit der im Artikel 1 dieser Vereinbarung aufgezählten Mitglieder erstreckt.</p>	<p>ARTIKEL 4: Gebietskulisse</p> <p>Der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau umfasst jetzt das Gebiet der Stadtgemeinschaft Straßburg, des Gemeindeverbandes der Gegend Erstein, des Verbands der Gemeinden des Rheins sowie des Gemeindeverbandes Benfeld und Umgebung für den französischen Teil und auf deutscher Seite das Gebiet, auf das sich die Zuständigkeit der in Art. 1 dieser Vereinbarung aufgezählten deutschen Mitglieder erstreckt.</p>
<p>ARTIKEL 5: Zweck und Aufgaben</p> <p>1. Der Eurodistrikt hat das allgemeine Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern, zu unterstützen, zu ermutigen und abzustimmen, indem er für die Umsetzung gemeinsamer Vorhaben sorgt.</p> <p>2. Im Hinblick auf die Erreichung der in der</p>	<p>ARTIKEL 5: Zweck und Aufgaben</p> <p>1. Der Eurodistrikt hat das allgemeine Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern, zu unterstützen, zu ermutigen und abzustimmen, indem er für die Umsetzung gemeinsamer Vorhaben sorgt.</p> <p>2. Im Hinblick auf die Erreichung der in der</p>

Präambel dieser Vereinbarung genannten politischen Ziele stellt sich der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau insbesondere die folgenden Aufgaben:

a.) Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereichen der Mitglieder des Verbundes.

Dabei gelten die folgenden Aktionsbereiche als vorrangig:

- Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung sowie einer abgestimmten und kohärenten Raumplanung auf deutscher und französischer Seite;
- Maßnahmen, die zur Verbesserung des Alltags der Bevölkerung und zum Abbau grenzbedingter Erschwernisse beitragen;
- Förderung und Unterstützung der Zweisprachigkeit auf dem Gebiet des Eurodistrikts;
- Unterstützung der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Kulturraums;
- Stärkung der Attraktivität des Gebietes;
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und Organisationen.

b.) Entwicklung gemeinsamer Infrastruktureinrichtungen und gemeinsame Nutzung von bestehenden Angeboten und Dienstleistungen;

c.) Unterstützung von Bürgerinitiativen die zur Verwirklichung der Ziele des Eurodistrikts beitragen.

d.) Initiierung, Begleitung und Unterstützung von grenzüberschreitenden Projekten, die nicht in die Zuständigkeit der Mitglieder des Verbundes oder lediglich in die Zuständigkeit einzelner von ihnen fallen,

Präambel dieser Vereinbarung genannten politischen Ziele stellt sich der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau insbesondere die folgenden Aufgaben:

a.) Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereichen der Mitglieder des Verbundes.

Dabei gelten die folgenden Aktionsbereiche als vorrangig:

- Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung sowie einer abgestimmten und kohärenten Raumplanung auf deutscher und französischer Seite;
- Maßnahmen, die zur Verbesserung des Alltags der Bevölkerung und zum Abbau grenzbedingter Erschwernisse beitragen;
- Förderung und Unterstützung der Zweisprachigkeit auf dem Gebiet des Eurodistrikts;
- Unterstützung der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Kulturraums;
- Stärkung der Attraktivität des Gebietes;
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und Organisationen.

b.) Entwicklung gemeinsamer Infrastruktureinrichtungen und gemeinsame Nutzung von bestehenden Angeboten und Dienstleistungen;

c.) Unterstützung von Bürgerinitiativen, die zur Verwirklichung der Ziele des Eurodistrikts beitragen

d.) Initiierung, Begleitung und Unterstützung von grenzüberschreitenden Projekten

<p>aber mit den Zielen des Eurodistrikts voll und ganz übereinstimmen;</p> <p>e.) Beantragung nationaler oder europäischer Kofinanzierung zur Durchführung seiner verschiedenen Aufgaben;</p> <p>f.) Förderung und Erleichterung der Schaffung grenzüberschreitender Netzwerke von Vereinen und Verbänden sowie im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Bereich;</p> <p>g.) Beteiligung an Kooperationen über das Gebiet des Eurodistrikts hinaus zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der Oberrheinregion;</p> <p>h.) Beteiligung am Informationsaustausch zwischen Grenzregionen im nationalen und europäischen Rahmen;</p> <p>i.) Vertretung des Eurodistrikts in nationalen, europäischen und internationalen Gremien und Netzwerken zur Gewährleistung der Positionierung des Gebietes und des gemeinsamen Standortmarketings;</p> <p>j.) Stärkung der europäischen Positionierung des Gebietes, indem die Rolle Strasbourgs als Hauptstadt des demokratischen und parlamentarischen Europas als unbestreitbarer Bestandteil des Eurodistrikt-Images verankert wird.</p> <p>3. Das gemeinsame Handeln im Eurodistrikt schließt andere Formen von grenzüberschreitender Zusammenarbeit nicht aus, die Mitglieder projektbezogen oder aufgrund von geeigneten Partnerschaften eingehen möchten. Der Eurodistrikt kann seine Mitglieder bei der Aufstellung und der Durchführung von Projekten von grenzüberschreitendem Interesse unterstützen.</p>	<p>e.) Beantragung nationaler oder europäischer Kofinanzierung zur Durchführung seiner verschiedenen Aufgaben;</p> <p>f.) Förderung und Erleichterung der Schaffung grenzüberschreitender Netzwerke von Vereinen und Verbänden sowie im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Bereich;</p> <p>g.) Beteiligung an Kooperationen über das Gebiet des Eurodistrikts hinaus zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der Oberrheinregion;</p> <p>h.) Beteiligung am Informationsaustausch zwischen Grenzregionen im nationalen und europäischen Rahmen;</p> <p>i.) Vertretung des Eurodistrikts in nationalen, europäischen und internationalen Gremien und Netzwerken zur Gewährleistung der Positionierung des Gebietes und des gemeinsamen Standortmarketings;</p> <p>j.) Stärkung der europäischen Positionierung des Gebietes, indem die Rolle Strasbourgs als Hauptstadt des demokratischen und parlamentarischen Europas als unbestreitbarer Bestandteil des Eurodistrikt-Images verankert wird.</p> <p>3. Das gemeinsame Handeln im Eurodistrikt schließt andere Formen von grenzüberschreitender Zusammenarbeit nicht aus, die Mitglieder projektbezogen oder aufgrund von geeigneten Partnerschaften eingehen möchten. Der Eurodistrikt kann seine Mitglieder bei der Aufstellung und der Durchführung von Projekten von grenzüberschreitendem Interesse unterstützen.</p>
---	--

<p>ARTIKEL 6: Änderung der Gründungsvereinbarung</p> <p>1. Allgemeine Regel: Änderungen der Vereinbarung erfolgen auf Beschluss des Rates, der jeweils die einfache Mehrheit der satzungsgemäßen deutschen und französischen Vertreter erfordert. Der Beschluss wird den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt.</p> <p>Jede Änderung der Vereinbarung bedarf der Zustimmung der Behörden, die die Gründung des Verbundes gemäß dem in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 festgelegten Verfahren genehmigt haben.</p> <p>2. Aufnahme neuer Mitglieder: Die Aufnahme eines neuen Mitglieds ist schriftlich beim Verbund zu beantragen; der Vorstand gibt hierzu eine Empfehlung ab.</p> <p>Der Präsident setzt den Antrag auf die Tagesordnung des Rates.</p> <p>Der Rat beschließt über den Antrag mit der Mehrheit nach Ziffer 1 dieses Artikels.</p> <p>Die Aufnahme wird wirksam mit Inkrafttreten der Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung, nach Genehmigung der Änderung der Vereinbarung und der Satzung durch den Vertreter des Staates, welcher die Gründung des Verbundes genehmigt hat, sowie ggf. der Zustimmung des Staates, dem das neue Mitglied angehört, nach Maßgabe des für dieses geltenden innerstaatlichen Rechts.</p> <p>3. Austritt eines Mitglieds: Die Mitgliedschaft endet mit dem Austritt. Jedes Mitglied kann am Ende eines Geschäftsjahres aus dem Verbund austreten, sofern es seine Absicht mindestens ein Jahr vor Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres mitgeteilt hat. Die Entscheidung über den Austritt wird</p>	<p>ARTIKEL 6: Änderung der Gründungsvereinbarung</p> <p>1. Allgemeine Regel: Änderungen der Vereinbarung erfolgen auf Beschluss des Rates, der jeweils die einfache Mehrheit der satzungsgemäßen deutschen und französischen Vertreter erfordert. Der Beschluss wird den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt.</p> <p>Jede Änderung der Vereinbarung bedarf der Zustimmung der Behörden, die die Gründung des Verbundes gemäß dem in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 festgelegten Verfahren genehmigt haben.</p> <p>2. Aufnahme neuer Mitglieder: Die Aufnahme eines neuen Mitglieds ist schriftlich beim Verbund zu beantragen; der Vorstand gibt hierzu eine Empfehlung ab.</p> <p>Der Präsident setzt den Antrag auf die Tagesordnung des Rates.</p> <p>Der Rat beschließt über den Antrag mit der Mehrheit nach Ziffer 1 dieses Artikels.</p> <p>Die Aufnahme wird wirksam mit Inkrafttreten der Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung, nach Genehmigung der Änderung der Vereinbarung und der Satzung durch den Vertreter des Staates, welcher die Gründung des Verbundes genehmigt hat, sowie ggf. der Zustimmung des Staates, dem das neue Mitglied angehört, nach Maßgabe des für dieses geltenden innerstaatlichen Rechts.</p> <p>3. Austritt eines Mitglieds: Die Mitgliedschaft endet mit dem Austritt. Jedes Mitglied kann am Ende eines Geschäftsjahres aus dem Verbund austreten, sofern es seine Absicht mindestens ein Jahr vor Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres mitgeteilt hat. Die Entscheidung über den Austritt wird</p>
--	--

<p>durch den Rat festgestellt und den anderen Mitgliedern mitgeteilt. Der Rat betreibt daraufhin die Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung gemäß den in Absatz 1 vorgesehenen Mehrheitsregeln.</p> <p>Der Beschluss der Versammlung wird den Mitgliedern des Verbundes schriftlich mitgeteilt.</p> <p>Der Austritt wird wirksam mit Inkrafttreten der Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung, nach Genehmigung der Änderung der Vereinbarung und der Satzung durch den Vertreter des Staates, welcher die Gründung des Verbundes genehmigt hat, sowie ggf. der Zustimmung des Staates, dem das austretende Mitglied angehört, nach Maßgabe des für dieses geltenden innerstaatlichen Rechts.</p> <p>Die Modalitäten des Austritts, insbesondere finanzieller Art, werden in einer Vereinbarung zwischen dem austretenden Mitglied und dem Verbund geregelt.</p> <p>Ausgeschiedene Mitglieder haften nach ihrem Austritt aus dem Verbund für Verpflichtungen, die sich aus der Tätigkeit des Verbundes während ihrer Mitgliedschaft ergeben.</p> <p>Das austretende Mitglied beteiligt sich an der Schuldentilgung im Verhältnis seiner vorher eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, so wie sie im Compte administratif des letzten Jahres seiner Mitgliedschaft im Verbund festgehalten sind.</p>	<p>durch den Rat festgestellt und den anderen Mitgliedern mitgeteilt. Der Rat betreibt daraufhin die Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung gemäß den in Absatz 1 vorgesehenen Mehrheitsregeln.</p> <p>Der Beschluss der Versammlung wird den Mitgliedern des Verbundes schriftlich mitgeteilt.</p> <p>Der Austritt wird wirksam mit Inkrafttreten der Änderung der Gründungsvereinbarung und der Satzung, nach Genehmigung der Änderung der Vereinbarung und der Satzung durch den Vertreter des Staates, welcher die Gründung des Verbundes genehmigt hat, sowie ggf. der Zustimmung des Staates, dem das austretende Mitglied angehört, nach Maßgabe des für dieses geltenden innerstaatlichen Rechts.</p> <p>Die Modalitäten des Austritts, insbesondere finanzieller Art, werden in einer Vereinbarung zwischen dem austretenden Mitglied und dem Verbund geregelt.</p> <p>Ausgeschiedene Mitglieder haften nach ihrem Austritt aus dem Verbund für Verpflichtungen, die sich aus der Tätigkeit des Verbundes während ihrer Mitgliedschaft ergeben.</p> <p>Das austretende Mitglied beteiligt sich an der Schuldentilgung im Verhältnis seiner vorher eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, so wie sie im Compte administratif des letzten Jahres seiner Mitgliedschaft im Verbund festgehalten sind.</p>
<p>ARTIKEL 7: Auflösung</p> <p>1. Neben den in Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 und in Artikel L 1115-4-2 des Code Général des Collectivités Territoriales vorgesehenen Fällen und nach den dort beschriebenen Modalitäten kann die Auflösung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ auch aufgrund eines</p>	<p>ARTIKEL 7: Auflösung</p> <p>1. Neben den in Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 und in Artikel L 1115-4-2 des Code Général des Collectivités Territoriales vorgesehenen Fällen und nach den dort beschriebenen Modalitäten kann die Auflösung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ auch aufgrund eines</p>

<p>Beschlusses mit jeweils der einfachen Mehrheit seiner satzungsgemäßen deutschen und französischen Vertreter beantragt werden.</p> <p>2. Die Auflösung wird durch den Vertreter des Staates, Präfekt der Région Alsace und Präfekt des Bas-Rhin, spätestens 15 Tage vor ihrem Inkrafttreten bzw. nach Tilgung der Ansprüche Dritter verfügt.</p> <p>3. Bei Auflösung des Verbundes werden dessen Aktiva und Passiva sowie sein Vermögen unter den in Artikel 1 dieser Vereinbarung genannten Mitgliedern aufgeteilt, wobei der Beitragsschlüssel nach Artikel 11 der Satzung zugrunde gelegt wird.</p>	<p>Beschlusses mit jeweils der einfachen Mehrheit seiner satzungsgemäßen deutschen und französischen Vertreter beantragt werden.</p> <p>2. Die Auflösung wird durch den Vertreter des Staates, Präfekt der Région Alsace und Präfekt des Bas-Rhin, spätestens 15 Tage vor ihrem Inkrafttreten bzw. nach Tilgung der Ansprüche Dritter verfügt.</p> <p>3. Bei Auflösung des Verbundes werden dessen Aktiva und Passiva sowie sein Vermögen unter den in Artikel 1 dieser Vereinbarung genannten Mitgliedern aufgeteilt, wobei der Beitragsschlüssel nach Artikel 11 der Satzung zugrunde gelegt wird.</p>
<p>ARTIKEL 8: Inkrafttreten und Dauer</p> <p>1. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ erwirbt die Rechtsfähigkeit, nachdem die zuständigen deutschen Behörden der Beteiligung der deutschen Mitglieder zugestimmt haben und mit dem Tag, an welchem die Verfügung des Vertreters des Staates, Präfekt der Région Elsass und Präfekt des Bas-Rhin, über die Gründung des Verbundes bekannt gemacht wird.</p> <p>2. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ wird auf unbestimmte Zeit gegründet.</p> <p>3. Die vorliegende Vereinbarung wird ersetzt, sobald der Eurodistrikt infolge der Weiterentwicklung der verfassungsmäßigen, gesetzlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen in einer derzeit für die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit noch nicht existierenden Rechtsform errichtet werden kann.</p>	<p>ARTIKEL 8: Inkrafttreten und Dauer</p> <p>1. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ erwirbt die Rechtsfähigkeit, nachdem die zuständigen deutschen Behörden der Beteiligung der deutschen Mitglieder zugestimmt haben und mit dem Tag, an welchem die Verfügung des Vertreters des Staates, Präfekt der Région Elsass und Präfekt des Bas-Rhin, über die Gründung des Verbundes bekannt gemacht wird.</p> <p>2. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau“ wird auf unbestimmte Zeit gegründet.</p> <p>3. Die vorliegende Vereinbarung wird ersetzt, sobald der Eurodistrikt infolge der Weiterentwicklung der verfassungsmäßigen, gesetzlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen in einer derzeit für die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit noch nicht existierenden Rechtsform errichtet werden kann.</p>

<p>ARTIKEL 9: Streitfall</p> <p>1. Streitsachen zwischen den Partnern, die sich aus der Durchführung und / oder der Auslegung dieser Vereinbarung ergeben und nicht gütlich beigelegt werden konnten, unterliegen der französischen Rechtsprechung, die sich nach der französischen Version dieser Vereinbarung richtet.</p> <p>2. Kann bei Streitigkeiten keine gütliche Lösung oder Einigung erzielt werden, können die Vertragspartner die zuständigen Stellen ihres jeweiligen Staates um Schlichtung ersuchen.</p>	<p>ARTIKEL 9: Streitfall</p> <p>1. Streitsachen zwischen den Partnern, die sich aus der Durchführung und / oder der Auslegung dieser Vereinbarung ergeben und nicht gütlich beigelegt werden konnten, unterliegen der französischen Rechtsprechung, die sich nach der französischen Version dieser Vereinbarung richtet.</p> <p>2. Kann bei Streitigkeiten keine gütliche Lösung oder Einigung erzielt werden, können die Vertragspartner die zuständigen Stellen ihres jeweiligen Staates um Schlichtung ersuchen.</p>
<p>Geschehen in am, in Urschriften in französischer und deutscher Sprache.</p>	<p>Geschehen in am, in Urschriften in französischer und deutscher Sprache.</p>



Document de séance n°2/4.1/2013
Vorlage Nr. 2/4.1/2013

Séance du Conseil de l'Eurodistrict Ratssitzung des Eurodistrikts 2 / 2013	Date de la séance / Sitzungstag 05.09.2013
Dossier suivi par/ Projektbeauftragter Cordula RIEDEL	

Point n°4.1 de l'ordre du jour / Punkt Nr. 4.1 der Tagesordnung

**Objet / Betreff: Santé : Projets prioritaires pour la mise en œuvre de la ZOAST /
Gesundheit : Prioritäre Projekte zur Umsetzung der PZGML**

I. Rapport / Sachverhalt:

1) Volonté de créer une ZOAST

En tant que région-pilote transfrontalière l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau recherche des solutions innovatrices afin de faciliter le quotidien de ses habitants. A ce titre, il est en train de mettre en œuvre une Zone Organisée d'Accès aux Soins Transfrontaliers (ZOAST).

Pour ce faire, le Conseil de l'Eurodistrict a décidé dans sa séance du 5 décembre 2011 le lancement d'une étude réalisée ensuite par le Centre Européen de Consommation. Sur la base des résultats de l'étude, le Conseil de l'Eurodistrict a confirmé dans sa séance du 14 mars sa volonté de réaliser une ZOAST et d'aborder sa réalisation dans un premier temps par la mise en œuvre de coopérations dans le domaine de la cancérologie. De plus, il a adopté une résolution demandant la suppression de l'accord préalable pour les coopérations réalisées dans le cadre de la ZOAST.

2) Mise en œuvre de la ZOAST dans le domaine de la cancérologie

Le projet a été présenté aux représentants des acteurs concernés du côté français (Agence Régionale de Santé, Caisse primaire d'Assurance Maladie, hôpitaux universitaires de Strasbourg (HUS)). L'Agence Régionale de Santé, dans son courrier à l'attention de M. Feltz du 11 juin 2013, a confirmé son accord pour une coopération transfrontalière dans le

1) Absicht der Einrichtung einer PZGML

Als grenzüberschreitende Pilotregion für die Entwicklung innovativer Lösungen zur Erleichterung des Alltags der Bürger arbeitet der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau an der Umsetzung einer Pilotregion für den grenzüberschreitenden Zugang zu medizinischen Leistungen (PZGML).

Dazu beschloss der Eurodistriktrat am 5. Dezember 2011 die Durchführung einer Studie, die 2012 vom Europäischen Zentrum für Verbraucherschutz durchgeführt wurde. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie bestätigte der Eurodistriktrat am 14. März 2013 die Absicht der Einrichtung einer solchen Pilotregion, sowie der prioritären Umsetzung von Projekten im Bereich der Krebsbehandlung. Außerdem verabschiedete er eine Resolution mit dem Antrag auf Aufhebung der vorherigen Genehmigung für die im Rahmen der PZGML umgesetzten Kooperationen.

2) Umsetzung der PZGML im Bereich Krebsbehandlung

Das Projekt wurde den Vertretern der betroffenen Akteure auf französischer Seite vorgestellt (Krankenkassen, Straßburger Universitätskliniken). Die Agence Régionale de Santé hat daraufhin mit Brief vom 11. Juni 2013 an Dr. Feltz einer grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich der Krebsvorsorge zugestimmt und die Ausarbeitung einer Kooperationsvereinbarung

domaine de la cancérologie. Elle propose d'élaborer une convention de coopération qui supprimerait l'accord préalable dans ce domaine et règle la tarification.

Une réunion équivalente du côté allemand aura lieu le 22 juillet 2013. Seront présents entre autres les représentants de la clinique MediClin Staufenburg à Durbach qui ont signalé au Secrétariat Général leur intérêt de coopérer avec le Centre Paul Strauss des HUS.

Par la suite la signature d'une convention de coopération doit être préparée. En attendant le résultat des discussions, le Secrétariat Général recherche un prestataire afin d'accompagner l'élaboration juridique de cette convention. Il est envisagé de permettre dès l'automne 2013 la prise en charge respective de patients de l'autre côté du Rhin.

3) Définition et priorisation d'autres domaines de coopération

Après consultation, le comité de pilotage du Groupe de Travail Santé de l'Eurodistrict s'est prononcé en faveur de la liste de priorités pour la mise en œuvre d'autres coopérations comme suit :

- 1) Imagerie médicale
 - au moins dans le domaine de la cancérologie
- 2) Chirurgie ambulatoire
 - Hépato-gastroentérologie
 - Gynécologie-obstétrique
 - Ophtalmologie
- 3) Urgence
 - domaine de la neurologie

La mise en œuvre des coopérations dans l'ordre proposé semble judicieux car :

(1) Le domaine de l'imagerie médicale est étroitement lié à celui de la cancérologie. Dans le cadre de cette dernière, des coopérations dans le domaine de l'imagerie médicale pourront rapidement être réalisées.

(2) Dans le domaine de la chirurgie ambulatoire il s'agit notamment de la co-utilisation de plateaux techniques dont la mise en œuvre semble assez simple sur le plan de l'organisation

vorgeschlagen, die die vorherige Genehmigung in diesen Bereich aussetzt sowie die Tarifgestaltung regelt.

Eine entsprechende Sitzung auf deutscher Seite wird am 22 Juli 2013 stattfinden. Daran sollen unter anderem Vertreter der MediClin Staufenburg Klinik Durbach teilnehmen, die dem Generalsekretariat ihr Interesse an einer Kooperation mit dem Centre Paul Strauss der Straßburger Universitätskliniken signalisiert hat.

Im Anschluss daran soll die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung vorbereitet werden. Während die Ergebnisse der oben genannten Gespräche erwartet werden, ist das Generalsekretariat auf der Suche nach einem geeigneten Dienstleister zur juristischen Begleitung dieser Kooperationsvereinbarung. Ziel ist es, ab Herbst dieses Jahres eine Behandlung von Patienten der jeweils anderen Rheinseite zu ermöglichen.

3) Definition und Priorisierung weiterer Kooperationsbereiche

Die Konsultation des Lenkungsausschusses der Arbeitsgruppe Gesundheit des Eurodistrikts hat die folgende Prioritätenliste im Hinblick auf die Umsetzung weiterer Kooperationen ergeben:

- 1) Bildgebende Verfahren
 - zumindest im Bereich der Krebsbehandlung
- 2) Ambulante Chirurgie
 - Gastroenterologie, Hepatologie
 - Gynäkologie
 - Augenheilkunde
- 3) Notfallversorgung
 - Bereich Neurologie

Die Umsetzung in dieser Reihenfolge wäre aus folgenden Gründen sinnvoll:

(1) Bildgebende Verfahren hängen eng mit dem bereits beschlossenen Kooperationsbereich der Krebsbehandlung zusammen. In diesem Rahmen können Kooperationen im Bereich bildgebender Verfahren bereits zeitnah umgesetzt werden.

(2) Im Bereich der ambulanten Chirurgie geht es insbesondere um die gemeinsame Benutzung von technischer Ausstattung, die organisatorisch relativ einfach umzusetzen ist.

(3) Dans le domaine de l'urgence neurologique, il faudrait dans un premier temps clarifier les conditions administratives générales (coopération des urgences) avant de pouvoir procéder à la mise en œuvre de la coopération dans le sens propre.

4) Mise en œuvre des coopérations

Une mise en œuvre rapide des coopérations mentionnées est visée. Le secrétariat général récolte des offres concernant l'accompagnement de la mise en œuvre des coopérations souhaitées. Ce travail sera confié sur la base des propositions à recevoir pour les étapes nécessaires à la réalisation de la coopération dans les domaines indiqués ci-dessus.

Au niveau du budget primitif 2013, un montant de 25.000 € a été destiné aux projets émergents après la publication des résultats de l'étude santé. Selon des premières informations cela semble trop peu. Pour permettre une mise en œuvre rapide des coopérations visées il est proposé au Conseil de l'Eurodistrict d'attribuer aux dépenses un montant pouvant aller jusqu'à hauteur de 80.000 €.

(3) Im Bereich der neurologischen Notfallversorgung müssten zunächst die administrativen Rahmenbedingungen (Zusammenarbeit der Notdienste) abgeklärt werden, bevor die eigentliche Zusammenarbeit umgesetzt werden kann.

4) Umsetzung der Kooperationen

Es soll eine zügige Umsetzung der angestrebten Kooperationen gewährleistet werden. Das Generalsekretariat holt zur Begleitung der angestrebten Kooperationen Angebote ein. Auf Grundlage der Vorschläge wird eine Beauftragung mit den notwendigen Schritten zur Realisierung der Kooperationen in den o.g. Bereichen erfolgen.

Im Haushaltsplan 2013 wurden die Ausgaben für eventuelle Folgeprojekte im Anschluss an die Veröffentlichung der Ergebnisse der Gesundheitsstudie mit 25.000 € veranschlagt. Da dies nach ersten Informationen zu niedrig erscheint und um eine zügige Umsetzung der angestrebten Kooperationen zu gewährleisten, wird dem Eurodistrict vorgeschlagen für die Umsetzung der oben genannten Projekte Ausgaben bis zu einem Betrag von 80.000 € zu genehmigen.

II. Proposition de résolution / Beschlussvorschlag:

En vue de la réalisation de la ZOAST, le Conseil de l'Eurodistrict décide la mise en œuvre des coopérations mentionnées ci-dessus dans l'ordre de priorité suivant :

- 1) Imagerie médicale
 - au moins dans le domaine de la cancérologie
- 2) Chirurgie ambulatoire
 - Hépatogastroentérologie
 - Gynécologie-obstétrique
 - Ophtalmologie
- 3) Urgence
 - domaine de la neurologie

Le Conseil de l'Eurodistrict souligne l'importance d'une mise en œuvre rapide des coopérations décidées. Il charge le Secrétaire Général de prendre les mesures nécessaires pour la mise en œuvre de ces coopérations.

Im Hinblick auf die Umsetzung der PZGML beschließt der Eurodistriktrat die Umsetzung der oben genannten Kooperationen in folgender Prioritätenfolge:

- 1) Bildgebende Verfahren
 - zumindest im Bereich der Krebsbehandlung
- 2) Ambulante Chirurgie
 - Gastroenterologie, Hepatologie
 - Gynäkologie
 - Augenheilkunde
- 3) Notfallversorgung
 - Bereich Neurologie

Der Eurodistriktrat betont die Wichtigkeit einer zügigen Umsetzung der beschlossenen Kooperationen. Er beauftragt das Generalsekretariat, die notwendigen Schritte zur Umsetzung dieser Kooperationen in die Wege zu leiten.

Der Eurodistriktrat bewilligt für die Umsetzung

Le Conseil de l'Eurodistrict décide d'allouer un montant jusqu'à hauteur de 80.000 € pour la réalisation des projets indiqués ci-dessus et il autorise le Président à signer les conventions y afférentes.

der oben genannten Projekte ein Budget von bis zu 80.000 € und ermächtigt den Präsidenten, die entsprechenden Vereinbarungen zu unterzeichnen.

III. Résultat des délibérations / Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Accord <input type="checkbox"/> Refus <input type="checkbox"/> Résolution modifiée	<input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
--	---

Accord à l'unanimité des suffrages exprimés, adopté le 5 septembre 2013 par le Conseil de l'Eurodistrict rendu exécutoire après transmission au contrôle de légalité préfectoral et affichage au siège de l'Eurodistrict le **7 NOV. 2013**



**Document de séance n°2/4.2/2013
Vorlage Nr. 2/4.2/2013**

Séance du Conseil de l'Eurodistrict Ratssitzung des Eurodistrikts 2 / 2013	Date de la séance / Sitzungstag 05.09.2013
Dossier suivi par/ Projektbeauftragter Simon FATH	

Point n°4.2 de l'ordre du jour / Punkt Nr. 4.2 der Tagesordnung

Objet / Betreff: Bilan et suivi du Rendez-vous élus-citoyens (stratégie pour le bilinguisme et l'éducation) / Ergebnisse und Folgerungen aus dem Eurodistrikt-Konvent - Strategie für Zweisprachigkeit und Bildung

I. Rapport / Sachverhalt:

Le 14 mars s'est tenu le premier Rendez-vous élus-citoyens de l'Eurodistrict, une soirée dévolue à la démocratie locale "sans frontière".

Les citoyens et les élus présents ont été repartis en tables franco-allemandes.

Ainsi une vingtaine de groupes de réflexion ont formulé différentes recommandations sur la mobilité, le bilinguisme, la culture et le sport. Une rubrique "expression libre" a permis aux participants de donner un avis sur d'autres thématiques.

En annexe se trouve le rapport réalisé par l'Euro-institut. Il est également disponible sur le site internet de l'Eurodistrict.

Vu le grand succès de l'événement auprès du public, de la politique et de la presse, il paraît opportun de reconduire cet événement en 2014.

Les participants ont mis l'éducation et le bilinguisme au cœur de leurs préoccupations. La thématique apparaît, avec la mobilité ou encore la culture et le sport, comme un domaine d'action prioritaire pour l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau.

Face aux attentes des citoyens sur cette thé-

Am 14. März fand der erste Bürgerdialog mit Kommunalpolitikern des Eurodistrikts statt. Der Abend war dem Thema Lokale Demokratie „ohne Grenzen“ gewidmet.

Die anwesenden Bürger und Kommunalpolitiker saßen an deutsch-französischen Tischen.

In den rund zwanzig Gesprächsgruppen wurden verschiedene Empfehlungen für die Bereiche Mobilität, Bilingualität, Kultur und Sport erarbeitet. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ konnten die Teilnehmer außerdem ihre Meinung zu anderen Themen äußern.

Der im Anhang beigefügte Bericht des Euro-Instituts steht auch auf der Internetseite des Eurodistrikts zur Verfügung.

In Anbetracht der ausgezeichneten Resonanz bei Teilnehmern, Politik und Presse bietet es sich an, die Veranstaltung 2014 zu wiederholen.

Bildung und Bilingualität standen im Zentrum des Interesses der Teilnehmer. Diese Bereiche stellen, neben der Mobilität oder Kultur und Sport Schwerpunkte der künftigen Maßnahmen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau dar.

Eine Stärkung der Strategie des Eurodistrikts für Bildung und Bilingualität erscheint angesichts

matique, le renforcement de la stratégie pour l'éducation et le bilinguisme de l'Eurodistrict semble primordial.

1. L'éducation et le bilinguisme

Ci-après une série de propositions qui permettra le soutien au bilinguisme dans l'Eurodistrict:

1. Le prochain Forum de l'Eurodistrict sera consacré à cette thématique. Il s'accompagnera de la mise en œuvre d'un Groupe de Travail «éducation et bilinguisme».

2. Le "fonds de soutien aux déplacements scolaires", qui dispose d'une enveloppe annuelle de 25 000 € et qui est à ce jour sous-exploité, sera réaffecté au titre d'un "fonds pour l'éducation et le bilinguisme".

3. L'Eurodistrict mettra en place un appel à projets annuel destiné à soutenir et à labelliser des actions favorisant le bilinguisme dans le territoire de l'Eurodistrict.

4. Le Conseil de l'Eurodistrict s'adressera aux écoles françaises et allemandes, aux directeurs et aux enseignants de l'Eurodistrict afin de les sensibiliser aux dispositifs de soutien du bilinguisme et de l'éducation mis en place par l'Eurodistrict.

5. L'Eurodistrict poursuivra le lobbying au niveau politique en faveur du bilinguisme.

2. La mobilité, la culture et le sport

Le bilinguisme est la thématique qui a concentré sur le plus d'attentions cependant la mobilité, la culture et le sport sont également des thématiques prioritaires pour les citoyens de l'Eurodistrict. Ces thématiques bénéficieront d'actions à forte valeur ajoutée dans les mois à venir.

La mobilité sera renforcée avec l'arrivée du tram à Kehl et les résultats d'une étude sur le transport multimodal devraient permettre de répondre au mieux aux attentes des citoyens dans ce domaine.

der Erwartungen der Bürger auf diesem Gebiet von höchster Priorität.

1. Bildung und Bilingualität

Nachstehend einige Vorschläge zur Förderung der Bilingualität im Eurodistrict:

1. Das nächste Eurodistrictforum wird sich dieser Thematik annehmen. Außerdem wird eine Arbeitsgruppe „Bildung und Bilingualität“ gegründet.

2. Die Mittel des zurzeit nicht vollständig ausgeschöpften „Unterstützungsfonds für grenzüberschreitende Fahrten“ mit einem jährlichen Budget in Höhe von 25.000 € werden auf einen neuen „Fonds für Bildung und Bilingualität“ übertragen.

3. Der Eurodistrict wird einen jährlichen Projektwettbewerb einrichten, um Projekte zur Förderung der Bilingualität im Eurodistrictgebiet zu unterstützen und mit einem Label auszuzeichnen.

4. Der Eurodistrictrat wird sich an die französischen und deutschen Schulen, Schuldirektoren und Lehrer des Eurodistricts wenden, um diese für die im Eurodistrict bestehenden Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bilingualität und Bildung zu sensibilisieren.

5. Der Eurodistrict wird seine politische Lobbyarbeit zugunsten der Bilingualität fortführen.

2. Mobilität, Kultur und Sport

Obwohl das Thema Bilingualität im Rahmen des Bürgerdialogs die größte Beachtung fand, stellte sich heraus, dass Kultur und Sport für die Bürger des Eurodistricts ebenfalls wichtige Themen sind. In den kommenden Monaten werden verschiedene Projekte diese Gebiete bereichern.

Die Mobilität wird durch den Bau der Straßensbahnlinie Strasbourg-Kehl gestärkt. Auch die Ergebnisse einer Studie zur multimodalen Beförderung sollten es ermöglichen, den Erwartungen der Bürger auf diesem Gebiet so weit wie möglich gerecht zu werden.

La culture et le sport sont des domaines déjà bien développés et seront davantage soutenus et mis en valeur, notamment via le fonds pour les microprojets et à travers les possibilités offertes par la refonte du site internet de l'Eurodistrict.

Als zwei bereits gut entwickelte Bereiche werden die Kultur und der Sport in Zukunft in noch höherem Maße gefördert und gewürdigt, insbesondere durch den Mikroprojektfonds und die sich aus der Neugestaltung des Internetauftritts des Eurodistrikts ergebenden Möglichkeiten.

II. Proposition de résolution / Beschlussvorschlag:

Le Conseil de l'Eurodistrict se réjouit de la participation des citoyens à la définition des politiques publiques transfrontalières menées par le GECT et accueille très favorablement leurs propositions et leurs recommandations.

Der Eurodistriktrat freut sich über die Teilnahme der Bürger an der Definition der Leitlinien der grenzüberschreitenden Politik des EVTZ und begrüßt deren Vorschläge und Empfehlungen.

Le Conseil de l'Eurodistrict rappelle son attachement au concept de "démocratie locale sans frontières" qui guide son action depuis la consultation publique par internet de 2010.

Der Eurodistriktrat erinnert an seine Verbundenheit mit dem Konzept einer „lokalen Demokratie ohne Grenzen“, die seit der öffentlichen Internet-Konsultation des Jahres 2010 als Grundlage seiner Arbeit gelten kann.

Compte tenu du succès de la manifestation, le Conseil se prononce en faveur de sa reconduction en 2014. Le Conseil attribue un budget de 20.000 € à l'organisation de cette nouvelle édition.

Angesichts des Erfolgs der Veranstaltung spricht sich der Eurodistriktrat für eine Wiederholung der Veranstaltung im Jahr 2014 aus und beschließt ein Budget in Höhe von 20.000 € für die Durchführung.

Afin de prendre des premières mesures allant dans le sens des demandes formulées par les participants lors du rendez-vous élus citoyens, le Conseil se prononce en faveur de la mise en œuvre d'une stratégie pour l'éducation et le bilinguisme et décide des actions suivantes :

Um erste Maßnahmen im Sinne der Erwartungen der Teilnehmer des Eurodistriktkonvents zu ergreifen, spricht sich der Rat zugunsten der Umsetzung einer Strategie für Bildung und Bilingualität aus und beschließt folgende konkrete Maßnahmen:

1. L'organisation d'un Forum de l'Eurodistrict au sujet du bilinguisme et de l'éducation et la mise en œuvre du Groupe de Travail, intitulé « éducation et bilinguisme ».
2. La réaffectation des fonds destinés aux déplacements scolaires vers un fonds de soutien au bilinguisme.
3. La mise en place d'un appel à projets annuel destiné à soutenir et à labelliser des actions favorisant le bilinguisme dans l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau.
4. La sensibilisation des écoles et ensei-

1. Die Durchführung eines Eurodistriktforums zum Thema Bilingualität und Bildung sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Bildung und Bilingualität“.
2. Die Übertragung der Mittel zur Unterstützung grenzüberschreitender Klassenfahrten auf einen neuen Fonds zur Förderung der Bilingualität.
3. Die Einrichtung eines jährlichen Projektwettbewerbs zur Unterstützung und Kennzeichnung von Projekten, welche die Bilingualität im Eurodistriktgebiet fördern.
4. Die Sensibilisierung der Schulen und Leh-

gnants aux dispositifs mis en place par l'Eurodistrict.

5. Le lobbying politique en faveur du bilinguisme.

Le Conseil de l'Eurodistrict charge le Secrétariat général de la mise en œuvre de ces propositions.

rer für die im Eurodistrict bestehenden Förderinstrumente.

5. Die Fortführung der politischen Lobbyarbeit zugunsten der Bilingualität.

Der Eurodistrictrat beauftragt das Generalsekretariat mit der Umsetzung dieser Vorschläge.

III. Résultat des délibérations / Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Accord	<input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung
<input type="checkbox"/> Refus	<input type="checkbox"/> Ablehnung
<input type="checkbox"/> Résolution modifiée	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss

Accord à l'unanimité des suffrages exprimés, adopté le 5 septembre 2013 par le Conseil de l'Eurodistrict rendu exécutoire après transmission au contrôle de légalité préfectoral et affichage au siège de l'Eurodistrict le **7 NOV. 2013**

